



98. Sitzung

Mittwoch, 6. Februar 2008

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten	5231 A	Walter Zuckerer SPD	5246 A, 5248 A 5250 C
Abwicklung, Ergänzung und Änderung der Tagesordnung	5231 A	Thies Goldberg CDU	5250 A
Zur Geschäftsordnung	5231 A		
Klaus-Peter Hesse CDU	5231 B	Zur Geschäftsordnung	5243 D
Britta Ernst SPD	5231 C	Michael Neumann SPD	5243 D
Christian Maaß GAL	5231 D		
Beschlüsse	5232 B	Fraktion der CDU:	
Aktuelle Stunde	5232 B	Die SPD fordert Freibier für alle – wer zahlt die Zeche?	
Fraktion der GAL:		(Fortführung am 07.02.2008)	
Torschlusspanik bei der CDU – vor der Wahl noch Fakten schaffen			
Christa Goetsch GAL	5232 C	Fraktion der SPD:	
Rüdiger Kruse CDU	5233 B, 5238 D	Sieben Jahre CDU-Regierung: Wie falsche Politik zur Spaltung der Stadt führt	
Gesine Dräger SPD	5234 B	(Fortführung am 07.02.2008)	
Axel Gedaschko, Senator	5235 A, 5236 D 5240 B		
Christian Maaß GAL	5235 D, 5240 D	Bericht des Wirtschaftsausschusses:	
Dr. Monika Schaal SPD	5237 A	Evaluierungsbericht zum Hamburgi- schen Vergabegesetz – Drs. 18/7809 –	5251 B
Jens Kerstan GAL	5237 D	dazu	
Ingo Egloff SPD	5239 D	Antrag der Fraktion der SPD:	
Frank-Thorsten Schira CDU	5241 C	Evaluierungsbericht zum Hamburgi- schen Vergabegesetz – Hamburg steht zur Tariftreue – Drs. 18/7969 (Neufassung) –	5251 B
Hans-Detlef Roock CDU	5242 C		
Olaf Ohlsen CDU	5243 B	mit	
Dr. Willfried Maier GAL	5244 C, 5247 B 5249 B		
Dr. Michael Freytag, Senator	5245 A, 5246 C 5248 D		

Bericht des Wirtschaftsausschusses:

Lohndumping – Drs. 18/7813 –	5251 B	Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen – Drs. 18/7977 –	5261 D
und		Hans-Detlef Roock CDU	5262 A
Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:		Jan Quast SPD	5262 D, 5266 D
Faire Löhne für Dienstleister der Bürgerschaft – Drs. 18/7864 –	5251 B	Claudius Lieven GAL	5264 C, 5267 C
dazu		Axel Gedaschko, Senator	5265 D, 5268 A
		Beschlüsse	5268 A

Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

Gehaltsstruktur der Hamburger Ratsdiener – Drs. 18/7971 –	5251 C	"Hamburg schützt seine Kinder: Umsetzung der Maßnahmen" Umsetzung des Hamburgischen Ausführungsgesetzes zum SGB VIII Allgemeine Soziale Dienste – Drs. 18/7920 –	5268 B
Gesine Dräger SPD	5251 C	mit	
Bernd Reinert CDU	5252 C		
Gudrun Köncke GAL	5253 B	Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses:	
Uwe Grund SPD	5254 A	Gesetz zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung – Drs. 18/7922 –	5268 B
Dr. Verena Lappe GAL	5255 B	Jürgen Schüssler SPD	5268 C
Beschlüsse	5255 C	Egbert von Frankenberg CDU	5270 B, 5276 A

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Volksinitiative "Eine Schule für Alle" – Drs. 18/7710 –	5255 D	Christiane Blömeke GAL	5271 B, 5275 B
Christa Goetsch GAL	5255 D, 5261 A	Birgit Schnieber-Jastram, Zweite Bürgermeisterin	5272 D
Robert Heinemann CDU	5257 C	Dirk Kienscherf SPD	5274 A
Wilfried Buss SPD	5259 C	Carola Veit SPD	5276 B
Kenntnisnahme	5261 C	Beschlüsse	5276 B

Bericht des Stadtentwicklungsausschusses:

Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen – Drs. 18/7852 –	5261 D	Antrag der Fraktion der CDU:	
dazu		Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010" hier: Platz der Republik – Aufwertung des Entrees zum Altonaer Theater und zum Altonaer Museum	
Antrag der Fraktion der SPD:		– Drs. 18/7831 –	5276 C

Mieterschutz und Wohnraumförderung für breite Bevölkerungsschichten – Drs. 18/7970 –	5261 D
dazu	

und

Antrag der Fraktion der GAL:

Erlass des Hamburgischen Wohnraumförderungsgesetzes, des Hamburgischen Wohnungsbindungsgesetzes sowie Novellierung des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes – Drs. 18/7972 –	5261 D	Antrag der Fraktion der SPD:	
und		Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010" hier: Platz der Republik – Grundüberholung und Aufwertung des Entrees zum Altonaer Theater und zum Altonaer Museum	
		– Drs. 18/7967 –	5276 C

Große Anfrage der Fraktion der CDU:

Die Bedeutung des Forschungsvorhabens CliSAP für Hamburg als Spitzenstandort der Klimaforschung

– Drs. 18/7309 –	5276 D
Wolfgang Beuß CDU	5276 D
Wolfgang Marx SPD	5277 C
Dr. Heike Opitz GAL	5277 D
Besprechung erfolgt	5278 B

Bericht des Haushaltsausschusses:

Finanzierung von Investitionsprojekten aus Verkaufserlösen

– Drs. 18/7825 –	5278 B
Beschlüsse	5278 C

Bericht des Haushaltsausschusses:

**"Sonderinvestitionsprogramm Hamburg 2010"
Modernisierung des Hamburger
Umweltzentrums zum Umwelterlebnis-
Park Karlshöhe mit den Themen-
schwerpunkten Natur, Energie und
Klimaschutz**

– Drs. 18/7827 –	5278 C
Beschlüsse	5278 D

Bericht des Stadtentwicklungsausschusses:

**94. Änderung des Flächennutzungs-
plans für die Freie und Hansestadt
Hamburg**

**79. Änderung des Landschaftspro-
gramms einschließlich Arten- und Bio-
topschutzschutzprogramm für die Freie
und Hansestadt Hamburg**

**Gesetz über den Bebauungsplan Wohl-
dorf-Ohlstedt 13**

– Drs. 18/7855 –	5278 D
Beschlüsse	5279 A

A

Beginn: 15.00 Uhr

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich beginne zunächst mit Geburtstagsglückwünschen. Sie richten sich dieses Mal an den Kollegen Manuel Sarrazin.

(Beifall im ganzen Hause)

Lieber Herr Sarrazin, im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen herzlich zu Ihrem Geburtstag, den Sie in diesem wunderbaren Kreise verbringen dürfen und wünsche Ihnen alles Gute für Ihr neues Lebensjahr.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrates haben die Fraktionen vereinbart, dass die Tagesordnung um vier weitere Punkte ergänzt werden soll. Es handelt sich dabei um die vier Berichte des Rechtsausschusses aus den Drs. 18/7956, 18/7973, 18/7974 und 18/7975, die als Tagesordnungspunkte 89 e bis 89 h nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen worden sind. Die Drucksachen liegen Ihnen vor.

Darüber hinaus sind die Fraktionen übereingekommen, die Debatten zu den Tagesordnungspunkten 4 und 94 zu tauschen. Die ursprünglich für morgen vorgesehene Debatte zu Tagesordnungspunkt 4 findet bereits heute als letzte Debatte statt. Die ursprünglich für heute geplante Debatte zu Tagesordnungspunkt 94 wird morgen als vorletzter Debattenpunkt aufgerufen werden.

Meine Damen und Herren! Mir ist mitgeteilt worden, dass vor Eintritt in die Tagesordnung aus den Reihen der CDU-Fraktion gemäß Paragraf 44 in Verbindung mit Paragraf 26 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung das Wort gewünscht wird. Der Abgeordnete Hesse hat es für maximal zwei Minuten.

B

Klaus-Peter Hesse CDU (zur Geschäftsordnung):* Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU beantragt nach Paragraf 26 Absatz 4 unserer Geschäftsordnung für den Tagesordnungspunkt 72, das ist die Drs. 18/7825, Bericht des Haushaltsausschusses über die Drs. 18/7608 aus dem Haushaltplan 2007/2008 – Finanzierung von Investitionsprojekten aus Verkaufserlösen, für den Tagesordnungspunkt 74, Drs. 18/7827, Haushaltplan 2007/2008 – "Sonderinvestitionsprogramm Hamburg 2010" (SIP) Umwelterlebnispark Karlshöhe und für den Tagesordnungspunkt 82, das ist die Drs. 18/7855 – 94. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Wohldorf-Ohlstedt), die Abstimmung für heute, Mittwoch, den 6. Februar 2008 und die Abstimmung über die zweite Lesung der Drucksachen für morgen, Donnerstag, den 7. Februar 2008 vorzusehen, sofern a) der Senat heute den sofortigen zweiten Lesungen nicht widerspricht und b) es heute Widerspruch gegen sofortige zweite Lesungen aus dem Hause gibt.

Die drei genannten Punkte sind aus Sicht unserer Fraktion so bedeutsam,

(*Doris Mandel SPD*: Das ist ja lächerlich!)

dass wir eine Verabschiedung in dieser letzten Bürgerschaftssitzung für unabdingbar halten. Normalerweise könnte man davon ausgehen, dass das auch die Opposition so sieht, aber wir stellen diesen Antrag, um nicht wieder – und das haben wir leider schon das eine oder andere Mal erlebt – von Spontanverweigerungen der zweiten Lesung ohne Vorwarnung getroffen zu werden.

Infofern bitte ich um Zustimmung. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

C

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Ernst.

Britta Ernst SPD (zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Hesse, vorweg muss man sagen, wenn die CDU so mühsam bei mehreren Anträgen die Tagesordnung gegen das einvernehmliche Benehmen ändert, zeigt das zunächst einmal, dass Sie in der Vergangenheit nicht sorgfältig gearbeitet haben

(Beifall bei der SPD und der GAL)

und jetzt in Torschlußpanik die ansonsten einvernehmlich zustande gekommene Tagesordnung ändern wollen. Ich kann Sie auch beruhigen. Wir hatten bei den Punkten 72 und 74 gar nicht vor, der zweiten Lesung zu widersprechen.

(Zuruf von der CDU: Man kann nie wissen!)

– Man kann nie wissen, das stimmt. Aber die Termine der Bürgerschaftssitzung sind sozusagen seit Langem bekannt und wenn es Ihnen nicht gelingt, die Drucksachen rechtzeitig vorzulegen, spricht das nicht für Ihre Politik.

Ich will aber inhaltlich etwas zu dem Plan Wohldorf-Ohlstedt sagen, weil unsere Verärgerung hier noch viel größer ist. Unabhängig von der Frage, wie man diesen Bebauungsplan bewertet, muss man sehr deutlich sagen, dass Sie hier ganz kurz vor der Bürgerschaftswahl noch einmal dokumentieren, dass Sie sich weder für Volksentscheide noch für Bürgerentscheide in Hamburg interessieren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D

Da setzen Sie heute in der vorletzten Sitzung sehr konsequent Ihren undemokratischen Politikstil fort. Ich will für diejenigen, die vielleicht nicht genau informiert sind, sagen, dass es einen Bürgerentscheid gegen diesen Bebauungsplan gegeben hat. Alle Parteien, außer der CDU, sind gegen diesen Bebauungsplan. Die CDU hat sich mit ihrer Mehrheit eines Tricks bedient, indem sie sich formal des Bürgerentscheides angenommen hat. Das haben wir auch schon einmal in der Stresemannstraße in Altona beobachten können, wie Sie mit formalen Tricks dem Ansinnen von Bürgerinnen und Bürgern entgegentreten und das hier nun mit Ihrer Mehrheit machen. Ich glaube, diesen Politikstil sind die Bürgerinnen und Bürger leid und Sie werden dafür am 24. Februar 2008 die Quittung bekommen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL (zur Geschäftsordnung):* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will mich auf zwei Drucksachen beschränken und das sind, glaube ich, die, die auch am strittigsten sind, nämlich Karlshöhe und Wohldorf-Ohlstedt. Sie wollen das hier noch schnell vor der Wahl durchzocken, zwei nicht ganz unproblematische und hochgradig strittige Entscheidungen.

A Zum Thema Wohldorf-Ohlstedt. Sie hatten über sechs Jahre Zeit, ein vernünftiges Verfahren zustande zu bringen und auch alle Fragen zu klären. Sie haben das innerhalb von sechs Jahren nicht geschafft und jetzt sollen wir das noch schnell – abgesehen von den demokratischen Problemen, die Sie da am Hals haben – durchzocken.

Eine Entscheidung, mit der man sich länger als nur für die nächsten vier Jahre bindet – das wäre vielleicht noch verständlich –, aber eine Entscheidung mit der unwiederbringlich ein sehr wertvolles Stück Hamburger Natur verloren geht, ein paar Tage vor der Wahl zu treffen, finde ich nicht richtig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Beim Umweltzentrum Karlshöhe – das muss Ihnen doch selber peinlich sein, was da gerade in Ihrer Fraktion abläuft – haben Sie vor wenigen Tagen einen kompletten Kurswechsel vollzogen. Sie sind dem Senat richtig in die Parade gefahren, sind da mit einem Zusatzantrag hineingegrätscht und haben die gesamte Konstruktion, wie der Senat dieses Umweltzentrum betreiben wollte, noch einmal über den Haufen geworfen. Was Sie anstelle dessen wollen, konnten Sie uns in den Ausschüssen nicht so richtig erklären. Irgendwie eine Stiftung, irgendwie 5 Millionen Euro. Was genau damit gemacht werden soll, ob das eine Verkehrsstiftung sein wird oder ob man so viel Kapital braucht und ob man davon überhaupt alle Investitionen durchführen kann, das wissen Sie nicht. Sie kommen hier zur Bürgerschaft und sagen, Sie wollen mal eben 5 Millionen Euro und wofür, das wissen Sie nicht genau. Beim besten Willen, da noch zwei Lesungen vor der Wahl zu machen, ist wirklich grober Quatsch. Da sollten Sie sich einmal überlegen, was Sie mit dem Geld machen wollen. Dann kann man in Ruhe darüber beraten, aber Sie können doch so etwas nicht kurz vor der Wahl von uns verlangen. Das ist eine Zumutung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Die CDU-Fraktion hat beantragt, die Abstimmung zu den Tagesordnungspunkten 72, 74 und 82 auf den heutigen Sitzungstag vorzuverlegen und, falls es bei diesen Punkten heute Widerspruch für eine sofortige zweite Lesung geben sollte, die zweite Lesung am morgigen Sitzungstage durchzuführen. Wer so verfahren möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Stimmabstimmungen? – Das ist mehrheitlich so beschlossen.

Dann werden die Abstimmungen zu den Tagesordnungspunkten 72, 74 und 82 heute im Anschluss an die Debatten erfolgen und die zweiten Lesungen gegebenenfalls am morgigen Tage durchgeführt.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind drei Themen angemeldet worden, und zwar von der GAL-Fraktion

Torschlusspanik bei der CDU – vor der Wahl noch Fakten schaffen

von der CDU-Fraktion

Die SPD fordert Freibier für alle – wer zahlt die Zeche?

und von der SPD-Fraktion

Sieben Jahre CDU-Regierung: Wie falsche Politik zur Spaltung der Stadt führt

Wir kommen zum ersten, von der GAL angemeldeten Thema. Das Wort wird gewünscht. Die Abgeordnete Goetsch hat das Wort.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Torschlusspanik haben wir eben wieder paradebeispielmäßig erlebt. Ich wollte an dieser Stelle eigentlich eine ganze Reihe dieser Beispiele aufzählen, die Sie in den letzten Wochen fabriziert haben, Herr Bürgermeister, so kurz vor der Wahl noch alles schnell unter Dach und Fach zu bringen, offenbar, weil Sie ahnen, dass Sie später keine Gelegenheit mehr dazu haben. Ich wollte zum Beispiel auch über den Vertrag mit E.on Hanse reden, über die Nutzung der Gasnetze. Da haben Sie kurz vor Toresschluss die Gründung von Stadtwerken verhindert. Das ist verantwortungslos für die Hamburgerinnen und Hamburger und für Hamburg, dass Sie das verhindert haben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich wollte natürlich auch über den Bebauungsplan Wohldorf-Ohlstedt sprechen, den Sie in einem solchen Landschaftsschutzgebiet noch ganz schnell durchdrücken wollen. Oder nehmen Sie den Bebauungsplan Obergeorgswerder, den Sie auch noch schnell beschließen, bevor Obergeorgswerder zum Bezirk Mitte kommt. Aber ich lasse es sein, da weiter einzusteigen. Wenn man heute die Zeitung gelesen hat und Sie die Einsicht zu den Unterlagen zum Kohlekraftwerk Moorburg verweigern, dann ist klar, worüber wir heute sprechen müssen. Sie wollen der Öffentlichkeit keinen Einblick geben, Sie wollen verbergen, was Sie in Torschlusspanik mit Vattenfall alles verhandelt, festgezurrt und vereinbart haben. Das ist eine Unverschämtheit gegenüber dem Parlament und gegenüber den Hamburgerinnen und Hamburgern.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Man muss doch eines einmal klarstellen: Die Luft zum Atmen, um die es hier geht, gehört allen in Hamburg. Das Klima, das hier gefährdet wird, ist unser aller Klima. Die Stadt, die Sie hier mit dem Klimakiller überhaupt belasten, ist unsere Stadt und nicht Ihre. Es geht uns alle an, was Sie mit dieser Stadt und dem Klima anstellen. Die Öffentlichkeit hat ein Recht zu erfahren, was die Wahrheit ist. Nicht umsonst hat Greenpeace eben vor dem Rathaus demonstriert. Gott sei Dank gibt es Greenpeace.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Was haben Sie denn zu verbergen, dass wir nicht die Verträge einsehen dürfen? Welche Dinge wollen Sie geheim halten, welche Vereinbarungen gibt es, die die Öffentlichkeit nicht erfahren soll?

(Michael Neumann SPD: Die Spenden sehen wir erst nächstes Jahr!)

Vielleicht um Ihre Wähler nicht zu vertreiben? Jeder kann sich vorstellen, wie Sie, Herr von Beust, vielleicht mit Herrn Freytag die Köpfe zusammengesteckt und überlegt haben: Was ist schlimmer, die Negativschlagzeilen über das, was wir verbergen wollen oder die Wahrheit, was wir da getrieben haben? Sie haben abgewogen und sich für das Verbergen entschieden. Da muss es schon ein ganz

C

D

A schöner Hammer sein, den Sie vor der Öffentlichkeit vertuschen wollen.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Kai Voet van Vormizeele CDU*: Sie fischen im Trüben!)

Die Leute werden zu Recht denken, Sie haben etwas mit Vattenfall ausgehandelt, ausgemauschelt, wie schon bei E.on Hanse bei den Gasnetzen, und die Leute werden zu Recht denken, der Bürgermeister muss wohl vor der Wahl noch schnell seine Freunde der großen Energiekonzerne bedienen.

(*Michael Neumann SPD*: Der braucht ja einen Job nach der Wahl! – Unmutsäußerungen bei der CDU)

– Ihre Aufregung spricht für sich.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die Zeche zahlen die Hamburgerinnen und Hamburger und auch die Hamburgerinnen und Hamburger, die den Dreck in Moorburg und Umgebung einatmen müssen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Dem Vorwurf der Vetternwirtschaft können Sie nur entgegentreten, indem Sie den Bürgerinnen und Bürgern und der Bürgerschaft Akteneinsicht gewähren. Nur so können Sie Transparenz schaffen, nicht mehr und nicht weniger. Sie müssen sich dem stellen, hier und heute.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

B Aber das wollen Sie nicht. Ich wundere mich, in welcher Konsequenz Sie sich wieder verweigern, demokratische Spielregeln einzuhalten. Sie sind da ein Wiederholungstäter. Wir kennen das schon von der Volksgesetzgebung.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Glocke*)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Frau Abgeordnete, Ihre Redezeit ist bereits überschritten.

Christa Goetsch (fortfahrend): Eines ist klar, Herr Bürgermeister, Sie kommen damit nicht durch.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Goetsch, das war jetzt Ihre Generalabrechnung mit diesem Senat?

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Hochmut kommt vor dem Fall!)

Das hat wirklich etwas mit Panik zu tun, aber Panik auf Ihrer Seite.

(Beifall bei der CDU)

Tatsächlich hatten Sie geäußert, worüber Sie eigentlich sprechen wollten. Darauf hatten wir uns auch vorbereitet. Sie haben E.on genannt.

Was wir bei E.on gemacht haben, ist, dass wir aus dieser Situation heraus eine ganz normale Lagebeurteilung gemacht haben, die Sie auch gemacht hätten, wenn Sie sich um das Wohl der Stadt kümmern würden. Die Option Stadtwerke. Wie wollten Sie es denn machen? Zwischen

heute und Ostern die Stadtwerke gründen, bis Weihnachten Stadtwerke gründen?

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Lesen Sie doch mal die Grundlage!)

Das traue ich Ihnen nicht zu. Das traue ich der SPD zu, denn das ist ja nicht so schlimm, da macht man 2 Milliarden Euro Schulden und dann hat man Stadtwerke.

(Beifall bei der CDU)

Ich erlaube mir einmal – was bei Ihnen längst nicht mehr erlaubt ist –, eine gedankliche Nähe zu Ihnen herzustellen. Das dürfen Sie umgekehrt zurzeit nicht. Wenn ich mich in Sie hineinversetze und mir sage, wie würden wir es als GAL denn machen, dann wäre es doch so, dass man einen geeigneten Zeitpunkt für die Gründung von Stadtwerken finden müsste. Das wäre zum Beispiel der Zeitpunkt, zu dem auch das Stromnetz zur Verfügung steht und das ist 2014. Und was für einen Vertrag hat der Senat abgeschlossen? Einen Vertrag, der genau diese Möglichkeit für beides offenhält. Ein kluger Senat.

(Beifall bei der CDU)

Was wäre eigentlich Torschlusspanik bei uns gewesen? Wenn wir nicht mehr entscheiden würden, wenn wir uns sagen würden, mit dieser oder jener Maßnahme könnten wir in die Kritik geraten, lässt es uns nicht tun, lässt uns nicht angreifbar werden, wer nichts macht, macht nichts verkehrt. Das könnte das Motto sein. Tun wir nicht. Wir handeln ganz bewusst und es ist die Aufgabe einer Regierung, bis zum letzten Tag für diese Stadt zu arbeiten und das tun wir.

(Beifall bei der CDU)

Wie sieht Panik im Allgemeinen aus, Frau Goetsch? Da gibt es zwei Hauptbilder. Das sind zum einen Menschen, die völlig agitiert, hilflos schreiend durch die Gegend rennen und die anderen sitzen apathisch in der Ecke.

Fangen wir einmal bei dem Letzteren an. Apathisch in der Ecke, dann schließt man ja keine Verträge mehr. Das können Sie uns nicht vorwerfen. Gerade haben Sie noch gesagt, wir würden selbst in dieser Bürgerschaft noch Beschlüsse fassen wollen. Das werfen Sie uns vor. Das Wesen der Bürgerschaft ist, Beschlüsse zu fassen.

(Beifall bei der CDU)

Wann wollen Sie denn aufhören, vor einer Wahl Beschlüsse zu fassen? Zwei Monate, drei Monate, vier Monate? Durfte dieser Bürgermeister überhaupt vor einem Jahr das Thema Klimaschutz nach oben stellen? Das ist doch ein Generationsthema. Ein Jahr vor der Wahl.

(*Ingo Egloff SPD*: Was haben Sie denn für einen Kalender!)

D Dann haben wir das auch noch beschlossen. Es gibt also keinen Zeitpunkt, zu dem man Regierungshandeln einstellen darf, auch nicht und erst recht nicht vor den Wahlen, es sei denn, man denkt rein populistisch, wie Sie vielleicht.

(Beifall bei der CDU)

Aber nun wollen wir einmal ein Zeichen heraussuchen für Regierungspanik vor den Wahlen.

A (Gerhard Lein SPD: Wer ist hier wir?)

Das war zum Beispiel, als die damalige, von Ihnen beiden getragene Regierung auf den letzten 100 Metern in den letzten 100 Tagen noch mal schnell einen neuen Innenminister benannt hat, den Olaf Scholz, damit der Senat zeigen konnte, dass Sie immerhin jemanden haben, der auch bellen kann. Aber der Bürger hat sich natürlich auch gesagt, ein bellernder Innenminister ist noch lange nicht ein Senat mit Biss.

(Beifall bei der CDU – Ingo Egloff SPD: Und Sie haben nicht die Traute, einen unfähigen Justizminister abzuwählen!)

Torschlusspanik ist es auch, wenn Sie, weil es leider keine Skandale dieser Regierung gibt ...

(Zurufe von der SPD und der GAL)

– Haben Sie einen? Sie haben keinen. Sie regen sich über normales Regierungshandeln auf.

(Beifall bei der CDU)

Wir stellen einen Senat, der gute Politik für Hamburg macht

(Glocke)

– ich komme zum Schluss – und der dem Bürger auch verspricht, dies fortzusetzen. Ob es nun populistisch ist oder nicht, wir halten den Kurs für Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Dräger.

Gesine Dräger SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Herr Kruse, das Festhalten an schlechten Senatoren ist kein Zeichen von Kurs halten, sondern von Feigheit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn Sie jetzt meinen, der Senat würde sich dadurch auszeichnen, dass er Regierungshandeln bis zum letzten Tag machen würde und wir würden da querschießen, würde ich Sie doch bitten, sich einmal die Tagesordnung anzuschauen. Alle Ausschüsse haben bis zum letzten Moment dieser Legislaturperiode konstruktiv zusammen-gearbeitet

(Dr. Andreas Dressel SPD: Ist auch richtig so!)

und viele gemeinsame Drucksachen beschlossen. Gute Drucksachen werden auch beschlossen. Schlechte Drucksachen, die der Senat im Schweinsgalopp in letzter Sekunde noch durch die Bürgerschaft jagen will, lehnen wir ab und das ist, glaube ich, gut für diese Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben gesagt, es wäre schlecht gewesen, wenn der Senat die schlechten Senatoren jetzt noch ausgewechselt hätte. Es gibt zwei Senatoren in dieser Stadt, nämlich Frau Dinges-Dierig und Herrn Lüdemann. Da wäre es höchste Zeit und es wäre ein gutes Signal, auch noch einen Tag vor der Wahl, diese aus dem Senat hinauszuschieben.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Michael Neumann SPD: Schnieber-Jastram nicht vergessen!)

C Jetzt möchte ich noch einmal auf den Vorgang eingehen, den Frau Goetsch angesprochen hat, und zwar was das Kraftwerk in Moorburg und die Verweigerung der Einsichtnahme für die Bürgerinnen und Bürger anbelangt. Es gibt da zwei Seiten. Die eine Seite hat Frau Goetsch beschrieben, nämlich die Frage, was da eigentlich ausgetragen worden ist und was Sie so dringend vor den Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt verbergen wollen, was Sie drei Wochen vor der Wahl unter der Decke halten möchten. Das ist die eine Sache.

Die andere Sache ist, dass wir hier im Parlament sehr berechtigte Zweifel an zwei größeren Komplexen deutlich gemacht haben. Das ist einmal die Frage, ob die CO₂-Abscheidung realistisch ist und dann die Frage, ob der avisierte Ausbau des Fernwärmennetzes realistisch ist. In beiden Fällen haben Sie gesagt, Sie hätten dazu eindeutige Aussagen und Gutachten, nach denen völlig klar wäre, dass das ginge. Jetzt haben Sie Angst, diese Gutachten an die Öffentlichkeit zu geben. Wer soll Ihnen das in dieser Stadt eigentlich noch glauben?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Kruse, Sie sagen, man müsste immer alles auf einmal machen. Das haben Sie bei den Stadtwerken gesagt und deswegen müsste man warten, bis auch das Stromnetz vorhanden wäre. Vielleicht wäre es mal eine vernünftige Politik, nicht immer alles so megamäßig aufzubauen zu wollen, sondern solch eine durchaus schwierige und komplexe Sache, wie die Gründung von Stadtwerken, schrittweise vorzunehmen. Auf diesen Gedanken sind Sie offenbar nicht gekommen, weil Sie in dem Größenwahn Ihres Senatshandelns verfangen sind.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

D Zum Thema Panik. Ich sehe sehr viel Panik beim Senat. Wenn man in sechseinhalb Jahren in bestimmten Bereichen – ich nenne nur Wohnungsbaupolitik, Schulpolitik, aber auch Industriepolitik – nicht zu Pote gekommen ist – soziale Spaltung habe ich vergessen –, dann kommt man in der Tat in die Situation, dass man in den Wochen vor der Wahl sehr panikartig ein Programm nach dem anderen heraushaut, ankündigt und mit der großen Tüte umhergeht und sagt, es gibt zwar keine soziale Spaltung, aber ein bisschen weiße Salbe tun wir drauf. Es gibt eigentlich keine Probleme im Wohnungsbau, aber ein kleines Wohnungsbauprogramm machen wir noch mal. Es gibt zwar keine Probleme in der Schulpolitik, aber als Bürgermeister äußere ich mich drei Wochen vorher noch einmal besorgt, nachdem ich sechseinhalb Jahre dem Chaos in der Schulpolitik tatenlos zugesehen habe.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Kruse, Sie haben am Anfang versucht, spöttisch zu sagen, das sei ja wohl wenig gewesen, was man dem Bürgermeister hätte vorwerfen können. Aber die Abrechnung kommt am Sonntag in zweieinhalb Wochen.

(Rolf Harlinghausen CDU: Können Sie auch mal ein paar eigene Ideen entwickeln?)

Wenn das alles war, womit Sie Ihren Senat verteidigen können, ist das denkbar wenig, Herr Kruse. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

A (Zurufe von der SPD und der GAL)

Senator Axel Gedaschko: So viel Freude am Anfang ist natürlich toll. Sehr verehrte Damen und Herren! Es ist natürlich das legitime Recht einer Opposition zu sagen, dann zeigt mal alles her, was ihr da so habt und dann wollen wir mal gucken. Aber, meine Damen und Herren, Ihr Gedächtnis ist sehr kurz. Ich habe einmal bei uns in die Schublade gucken lassen, wie Sie in der Vergangenheit mit diesen Themen umgegangen sind. Ich darf zum Beispiel an das Aktenvorlageersuchen in Sachen SAGA-Wohnungen mit Kabelanschlüssen erinnern oder an Roland Bergers Unternehmenskonzeption, Gutachten SAGA oder an Grundstücksverkäufe Altenwerder. In all diesen Fällen haben Sie genauso gehandelt wie wir und damals wahrscheinlich auch aus gutem Grunde.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff*
SPD: Wahrscheinlich hat von Beust das damals ganz anders gesehen!)

Das, was wir vereinbart haben, steht in einem Vertrag und diesen Vertrag haben Sie erhalten. Im Übrigen gilt Folgendes – und deshalb ist es wirklich völlig abwegig, hier von irgendwelchen Geheimgenehmigungen zu sprechen –: Das ganze Verfahren mit Vattenfall, Kraftwerk Moorburg ist ein öffentliches Verfahren, bei dem jetzt noch eine ergänzende Auslegung stattfindet. Im Rahmen dieser ergänzenden Auslegung wird insbesondere ein wesentlicher Punkt – da geht es um das Thema Wassererwärmung, Einleitung, Mengen, Temperaturbegrenzung – in einem rechtsstaatlichen Verfahren abgehandelt. Ich sage ganz ausdrücklich, dass dieses Verfahren nicht vor der Wahl abgeschlossen wird, um da noch irgendwelche Geheimnisse herauszunehmen, sondern es wird rein verfahrenstechnisch über den Wahltermin hinaus laufen und ganz normal abgearbeitet werden. Ich finde es schade, wenn hier etwas hineingeheimnist wird.

Dann zum Thema Gaskonzession. Hier wird behauptet, wir hätten die Möglichkeit genommen, Stadtwerke zu gründen. Das ist so absurd. Sie können morgen losgehen und sofort Stadtwerke gründen.

(Zurufe von der GAL)

Wer behauptet, das würde nicht gehen, der weiß schlicht und ergreifend nicht, wovon er redet.

(Beifall bei der CDU)

Sie leben nach dem Motto: No risk, no fun. Das wollen wir nicht. Wir wollen hier kein Risiko eingehen, denn Sie haben sich für die Möglichkeit, Stadtwerke zu gründen, nämlich auf der Basis von Gasnetzen, den allerschlechtesten Zeitpunkt, den man überhaupt wählen kann, ausgesucht. Warum ist das so und warum haben wir deshalb einen anderen Zeitpunkt vorgeschlagen und auch ausdrücklich in den Vertrag hineingeschrieben, nämlich dass die nächste Bürgerschaft sich spätestens im Jahre 2011 mit dieser Frage beschäftigen muss, denn das sieht der Vertrag vor. Warum ist dieser Zeitpunkt, den Sie jetzt kritisieren, der denkbar schlimmste Gau für einen Vertrag? Ganz einfach. Der Vertrag beginnt im Jahre 2009 zu laufen. Im Jahre 2009 beginnt aber die sogenannte Anreizregulierung, auch für das Gasnetz. Die Anreizregulierung verläuft in zwei Phasen. In der ersten Phase – das sind dreieinhalb Jahre – wird die Preisluft aus den Gasnetzkosten herausgelassen. Das bedeutet, dass jeder, der vor einer funktionierenden Anreizregulierung

das Netz abnimmt, das Netz zu überteuerten Kosten nimmt. Denkbar dumm ein solches Verhalten. C

Zum Zweiten ist es so, dass der alte Vertrag, der seinerzeit noch unter Ihrer Federführung abgeschlossen wurde, einen denkbar ungünstigen Regelungscharakter für die Stadt hat, wenn wir ihn jetzt weiter übernehmen würden, weil seinerzeit der Sachzeitwert galt.

Wir haben in den Verhandlungen erreicht, dass künftig der Ertragszeitwert gilt. Unsere Gutachter haben berechnet, dass etwa 30 Prozent dadurch eingespart werden, wenn wir künftig zum Ertragszeitwert kaufen können – 30 Prozent, und das innerhalb eines Zeitraums von sechs Jahren, in dem wir dieses Sonderkündigungsrecht haben. Ich glaube, das ist für die Bürger dieser Stadt ein wirklich gutes Geschäft.

(Beifall bei der CDU)

Die Zeche für Ihren Übereifer würde nur einer zahlen, das sind die Verbraucher in Hamburg, die Gas beziehen.

(Beifall bei der CDU)

Drittens: Beim Verteilernetz haben Sie noch die Betrachtungsweise der alten Welt. Ich spreche Ihnen gar nicht Ihren guten Willen ab, aber was Sie schlicht und ergreifend außen vorlassen, ist, dass dieses Verteilernetz diskriminierungsfrei für alle offen sein muss. Auf den eigentlichen Gaspreis haben Sie durch das Gasnetz keinen Einfluss.

(*Jens Kerstan GAL: Das will auch gar keiner!*)

Es werden in etwa 20 Prozent der Gaspreise auf den Transport entfallen. Darauf hat man Einfluss, nicht auf den Gaspreis, sondern auf den Transport. Wir stellen fest: Es ist der denkbar ungünstigste Zeitpunkt. Aber selbst, wenn man es macht, muss man überlegen – das können wir dann auch auf Basis günstiger Preise für die Netze tun –, ob es sich lohnt. Wenn man über das Lohnen redet, muss man wissen, dass wir über 20 Prozent Transportkosten reden. Aber von Ihnen wird dann wieder behauptet, diese 20 Prozent wären auch schon toll. Dabei lassen Sie einen weitern Punkt außer Acht und verschweigen ihn der Öffentlichkeit, dass nämlich das Endleitungsnetz nur einen Teil der Gasverteilungskosten betrifft. Die wesentlichen Kosten fallen aber bei der Gasbevorratung an. Wir haben in Reitbrook eine große Lagerstätte, die betrieben werden muss, und das ist teuer. Die ist in dem Betrag nicht enthalten. Und wir haben weiterhin die Gasdruckfernleitung, die auch einen wesentlichen Kostenbeitrag leistet. Auch die ist in dem Betrag nicht enthalten.

Sie haben zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt "Hurra" schreien wollen. Wir haben das verwehrt. Was wir geschaffen haben, ist die Option – nachdem Klarheit hinsichtlich der finanziellen Auswirkung besteht und nachdem wir die Möglichkeit haben, zu einem anderen, günstigeren Wert das Netz zu erwerben – zu handeln. Das ist kluge Politik.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Maaß.

Christian Maaß GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu zwei Punkten etwas sagen, zu Moorburg und zum Gasnetz. Zunächst zu Moorburg: Herr

A Senator, Sie sagen, es sei ein öffentliches Verfahren, deswegen sei das alles unproblematisch. Unser Verdacht ist schlicht der, dass das zwar ein öffentliches Verfahren ist, aber die entscheidenden Fragen eben im nicht öffentlichen Raum zwischen Ihnen und Vattenfall ausgedealt werden. Diesen Verdacht müssen Sie ausräumen und das können Sie nicht. Das konnten Sie auch heute nicht, Herr Gedaschko.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – *Rolf Harlinghausen CDU*: Eine grobe Unterstellung!)

Sie schaffen einfach Fakten, indem Sie die Bagger rollen lassen. Im Übrigen hätten Sie das nicht machen müssen. Sie hätten nicht die Genehmigung für den vorzeitigen Baubeginn geben müssen. Denn die Voraussetzung dafür ist doch, dass tatsächlich auch eine Genehmigung zu erwarten ist. Einmal abgesehen davon, dass die Genehmigung nicht zu erwarten ist, weil die Wähler Sie am 24. Februar von Ihrem Stuhl räumen werden und wir deswegen die Genehmigung verweigern werden, ist die Genehmigung auch aus rechtlichen Gründen nicht zu erteilen. Das ist doch der Punkt und das müssten Sie eigentlich auch wissen. Wenn Sie sich in Ihrer Behörde die Vermerke ansehen, dann sehen Sie, dass das Wasserrecht besagt, dass die Elbe am Grenzpunkt der Belastungsfähigkeit angelangt ist. Trotzdem lassen Sie – aus welchen Gründen auch immer, wir würden das gerne durch eine Akteneinsicht wissen – die Bagger rollen. Das geht so nicht.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

B Sie berufen sich auf einen Kernbereich des Senats, in den die Öffentlichkeit keinen Einblick haben darf. Zum einen berufen Sie sich auf ein Gerichtsurteil aus dem Jahr 1973, das längst von der neueren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts überholt ist. Im Übrigen möchte ich Sie auf einen gewissen Widerspruch aufmerksam machen. Sie sagen immer, wenn es darum geht gläserne Bürger zu schaffen, wer nichts zu verbergen habe, bei dem könne man ohne Bedenken Onlinedurchsuchungen und Videoüberwachungen vornehmen. Beim rechtschaffenen Bürger, der nichts zu verbergen hat, könne der Staat gerne einmal einen Blick in die Privatsphäre hineinwerfen. Wenn es darum geht, dass die Öffentlichkeit erfahren will, was Sie im Geheimen mit einem großen Energieversorgungsunternehmen ausdealten, dann bekommen Sie die Aktendeckel gar nicht schnell genug zu. Das ist ein Widerspruch, den Sie uns einmal erklären müssen, Herr Gedaschko.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zum zweiten Punkt, dem Gasnetz. Sie sagen, wir könnten die Stadtwerke morgen gründen. Sie klangen selbst ein bisschen so, als ob Sie das eigentlich einmal vorgehabt hätten oder vorhaben. Das ist auch ein gewisser Widerspruch, wenn man uns zuerst sagt, wir würden ein Wolkenkuckucksheim aufbauen, und dann sagt, man hielte sich die Option offen und wolle das im Prinzip selber, nur ein bisschen anders als wir – das nur als Randbemerkung. Wir könnten also morgen Stadtwerke gründen, sagen Sie. Ehrlich gesagt frage ich mich, womit wir denn die Stadtwerke gründen sollen.

(Zurufe von der CDU – *Robert Heinemann CDU*: Wir haben gar kein Geld dafür!)

Wir haben weder das Stromnetz noch das Gasnetz. Wir

C haben, wie Sie sagen, Wettbewerb bei den Gas- und Stromnetzen. Sie erzählen uns wirklich etwas vom Pferd. Dazu kann ich nur feststellen, wenn Sie ein Stadtwerk gründen, möchte ich das lieber selber machen – so nicht.

(Beifall bei der GAL)

Im Übrigen sagen Sie, es sei ein schlechter Zeitpunkt, die Stadtwerke zu gründen. Ich möchte Ihnen eine Äußerung vorhalten, die Sie im Umweltausschuss gemacht haben. Da haben Sie gesagt, aus Ihrer Sicht würden Sie denken, dass das eine so gravierende Entscheidung sei und eigentlich Sache der nächsten Bürgerschaft sei, das zu entscheiden.

(*Bernd Reinert CDU*: Hat er ja auch!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Das haben Sie nicht. Sechs Jahre sind nicht die nächste Bürgerschaft, wenn Sie rechnen können, Herr Reinert. Das ist genau der Punkt. Sie haben für sechs Jahre die Entscheidung der Gründung von Stadtwerken blockiert und Sie nehmen dieser und der nächsten Bürgerschaft das Recht, endlich den Fehler der Privatisierung der Energieversorgung bei den Netzen rückgängig zu machen.

(*Bernd Reinert CDU*: Stimmt doch gar nicht!)

Das ist eine ziemliche Schande, Herr Reinert.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

D Wenn Sie sagen, es sei ein schlechter Zeitpunkt, weil die Anreizregulierung kommen würde – das ist praktisch so, als ob man mit dem Netz überhaupt kein Geld mehr verdienen könnte –, dann muss ich Ihnen sagen, wenn Sie von dem Ansturm der Investoren überrascht werden, die zu eben diesem Zeitpunkt liebend gerne dieses Hamburger Gasnetz nehmen wollten: Die Investoren standen Schlange, weil sie meinten, sie könnten richtig Geld verdienen. Dann wollen Sie uns erzählen, dass damit überhaupt kein Geld zu verdienen sei. Für wie naiv halten Sie uns eigentlich oder sind Sie selber so naiv, Herr Gedaschko?

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie und auch Herr Senator Freytag immer Krokdilstränen darüber vergießen, dass der Verkauf von HeinGas und der HEW ein Fehler gewesen sei – letzter Satz –, dann müssen Sie doch auch einmal die Konsequenzen daraus ziehen. Das haben Sie auch der nächsten Bürgerschaft verbaut. Das ist der Skandal.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Bernd Röder: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: Herr Maaß, das war schon starker Tobak, den Sie abgelassen haben – in allen Teilen.

(Beifall bei der CDU)

Wir führen beim Kraftwerk Moorburg ein ganz klar rechtsstaatliches Verfahren durch. Wir haben eine öffentliche Anhörung gemacht. Alle Punkte, die relevant sind, finden im öffentlichen Verfahren statt. Zu behaupten, dort würde irgendwo gemauschelt, ist so sehr neben der Spur und eine Beleidigung aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – inklusive von mir –, die daran beteiligt sind.

A (Beifall bei der CDU)

Zum Wolkenkuckucksheim. Sie sind ein durchaus intelligenter Mensch und haben natürlich verstanden, worum es geht. Es geht nämlich darum – das Wolkenkuckucksheim –, wer jetzt kauft, kauft zum schlechtesten Zeitpunkt zum höchsten Preis.

(*Christian Maaß GAL*: Ja, und die Investoren, was sollen die noch kaufen?)

Diese Zeche zahlen die Bürger. Wir haben jetzt die Möglichkeit, die Luft herauszulassen und die Kosten zu senken. Die anderen Bewerber haben sich auf ein Verfahren beworben, bei dem sie davon ausgegangen sind, dass sie ein Netz für 20 Jahre bekommen. Genau das haben wir nicht getan. Genau das wollen wir nicht, weil wir die Möglichkeit haben wollen, dann, wenn die Netze günstig sind, diese Entscheidung zu treffen. – Aber nicht mit Schaum vor dem Mund, sondern mit klarem Kopf, nicht mit verbrannten Fingern an einem zu teuren Gasnetz, das unter dem Strich von den Bürgern bezahlt werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie liefern die Stadt handstreichartig an die Energiekonzerne aus.

(*Robert Heinemann CDU*: Unglaublich!)

B Letzte Woche haben Sie die Konzession schon verlängert, obwohl das überhaupt nicht notwendig war. Sie haben die Gaskonzession für ein Linsengericht aus der Hand gegeben. Die 30 Euro, die den Bürgerinnen und Bürgern versprochen wurden, werden locker bei den nächsten Preiserhöhungen wieder aufgefressen. Sie haben offensichtlich alle schon vergessen, dass in dieser Stadt eine Reihe von Sammelklagen gegen E.on anhängig sind, weil dieses Unternehmen seine Kostenstruktur nicht offenlegt. Welchen Nutzen es hat, dass die Netze kommunalisiert werden, können Sie sehen, wenn Sie einmal nach Ahrensburg schauen. Ahrensburg hat im Oktober 2006 die Netze für 11,5 Millionen übernommen. Ahrensburger Netze sind 124 Kilometer lang. Hamburg hat 4.500 Kilometer und wir würden dann hochgerechnet möglicherweise eine halbe Milliarde dafür ausgeben. Aber das ist kein einseitiges Geschäft. Ahrensburg kassiert pro Jahr über 1 Million Euro aus dem Netzbetrieb. Hamburg würde über 50 Millionen aus dem Netzbetrieb kassieren und in die Staatskassen einnehmen, wenn Sie das hochrechnen. Hierbei hat der Senat leichtfertig das Wohl der Bürgerinnen und Bürger und auch das Wohl der Stadt verspielt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Und wenn Sie davon reden, dass die Netze zum heutigen Zeitpunkt zu teuer wären und erst zu einem späteren Zeitpunkt für die Übernahme durch die Stadt günstiger wären, dann kennen Sie offensichtlich die Rechtslage nicht. Es gibt ein Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs zur Übernahme von Netzen durch die Kommunen. In dem sogenannten Kaufering-Urteil ist festgelegt, dass die Kommunen durch den Kaufpreis für die Netze nicht ruiniert werden dürfen. Also werden andere Kriterien zu gelten haben als die, die Sie dargestellt haben. Jetzt ist es so, dass Sie auch noch das Kohlekraftwerk Moorburg

vor der Wahl durchpeitschen wollen.

(*Bernd Reinert CDU*: Das steht zwar auf Ihrem Zettel, aber das stimmt nicht. Das hat der Senator doch erklären können!)

– Das stimmt nicht? Die Staatsrätin hat gesagt, dass das vielleicht nicht sein könnte. Aber nachdem Senator Gedaschko gesagt hat, dass die Netze vor der Wahl nicht vergeben werden, kann man diesem Senat gar nichts mehr glauben.

(Beifall bei der SPD – *Michael Neumann SPD*: Richtig!)

Hierbei hat der Senat offensichtlich etwas zu verheimlichen, denn wenn Sie nichts zu verheimlichen hätten, hätten Sie auch die Akten offengelegt. Diese Heimlichtueri hat bereits Methode. Wir haben es festgestellt. Die Volkspetition stand im Oktober zur Beschlussfassung an und wurde verzögert. Mit einem Dreivierteljahr Verspätung ist dann erst in der Bürgerschaft darüber beschlossen worden. Im Schweinsgalopp wurde die Anhörung angesetzt. Das sind doch alles Methoden, die einem zu denken geben.

Zudem wollten Sie den Vertrag mit Vattenfall, über den Sie am 14. November großartig in der Öffentlichkeit informiert haben, zunächst auch nicht herausgeben. Jetzt ist ganz klar, dass er noch gar nicht abgeschlossen war. Er steht jetzt im Netz, aber er wurde auch erst ins Netz gestellt, nachdem die Anhörung vorbei war. Das gibt doch alles zu denken. Transparenz ist doch etwas anderes.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es gibt eine Reihe von inhaltlichen Widersprüchen und Unklarheiten, wie sich aus der Anhörung gezeigt hat. Ich erinnere an die Rauchgaswäsche. Wenn Experten sagen, diese Technik stehe frühestens 2020 zur Verfügung, und die Staatsrätin erzählt, dass die Genehmigung schon 2013 erteilt werden könnte und 2015 das Werk gebaut würde, dann fragt man sich, woher Sie denn Ihre Erkenntnisse haben. Warum legen Sie das denn nicht offen? Offensichtlich gibt es auch hinter den Kulissen darüber einen herrlichen Streit, sonst würden Sie die Vorgänge aus dem Senat zu diesen Diskussionen auch auf den Tisch legen.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Unglaublich, was Sie alles wissen oder meinen zu wissen!)

Genauso ist es mit der Fernwärmeauskopplung. Dazu hören wir von Vattenfall selbst, dass die Fernwärmeauskopplung nicht gleich stattfinden kann, sondern dass man sich sozusagen erst im Häuserkampf die Netze Richtung Süden erobern muss. Auf diese ganze Geheimnistuerie gibt es nur eine einzige Antwort. Warum macht der Bürgermeister das? Er will mit diesen schnellen Entscheidungen noch vor der Wahl die Marktmacht von E.on und Vattenfall zementieren und die Zeche dafür zahlen die Stromkunden, das Klima und die Umwelt. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kerstan.

Jens Kerstan GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator Gedaschko, Sie haben versucht dieses sehr politische Thema, über das wir heute reden, auf eine Fachdebatte zu reduzieren. Ich möchte noch

C

D

A einmal auf den Kern der heutigen Debatte zurückkommen. Wir stehen drei Wochen vor der nächsten Bürgerschaftswahl. In einer Demokratie gehen wir davon aus, dass die Entscheidung über die politischen Weichenstellungen der Souverän, der Bürger, trifft. Wenn man sich jetzt die Entscheidung anschaut, die Sie gerade einmal drei Wochen vor der Wahl durch das Parlament winken, muss man feststellen, dass Sie – egal für wen die Bürger am 24. Februar stimmen werden, für die CDU, für die SPD, für die Grünen, egal wie die Mehrheitsverhältnisse sein werden – in bestimmten Punkten die Realität und die Fakten, die Sie jetzt schaffen, nicht mehr ändern können werden. Letztendlich wird es dann egal sein, was die Bürger wählen, wenn man die Energieversorgung anschaut, weil die Entscheidung, die Sie jetzt getroffen haben, nicht nur die Bürgerschaft der nächsten vier Jahre bindet, sondern auch die Mehrheiten in den nächsten zehn bis 20 oder 30 Jahren. Sie genehmigen ein Kraftwerk, das im Jahr 2040 immer noch 8 Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen wird, ganz unabhängig davon, was die politischen Mehrheiten in diesem Haus entscheiden müssen, wie viel man reduzieren muss. Und Sie verlängern die Debatte und den Zustand, dass Stromkonzerne und Energiekonzerne zulasten der Bürgerinnen und Bürger, die am 24. Februar vielleicht sagen, dass sie das beenden wollen, weiterhin ihre Gewinne verlängern können. Das sind willkürliche, unverschämte und undemokratische Entscheidungen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

B Wenn man sich diese ganzen Entscheidungen ansieht, dann muss man sich wirklich fragen, warum die CDU in Hamburg ganz anders entscheidet als die CDU in anderen Bundesländern. In Hessen redet ein jetzt hoffentlich bald abtretender Wirtschaftsminister der CDU davon, dass man den Strommonopolisten keine neuen Kraftwerke genehmigen soll. Dieser Senat entscheidet kurz vor der Wahl einmal eben einen vorgezogenen Baubeginn für ein Kohlekraftwerk. Es geht darum, dass andere Bundesländer sagen, dass es ein Fehler war, die Netze zu verkaufen. Dieser Senat verlängert das Monopol kurz vor einer Wahl für weitere sechs Jahre. Da stellt sich wirklich eine Frage und darum geht es heute.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Auch familiär verbundene Abgeordnete sollten den Senat nicht stören.

Jens Kerstan (fortfahrend): Es geht heute darum, meine Damen und Herren und Herr von Beust, Diener wessen Herrn Sie eigentlich sind.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wem dienen Sie? Dienen Sie dem Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher, indem Sie die Gewinnchance der Monopolisten verlängern?

(Beifall bei der CDU)

Da klatschen Sie, Sie sollten sich wirklich schämen. Jetzt schauen Sie sich doch das Geschäft, das Sie geschlossen haben, einmal an.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie bekommen eine Konzessionsabgabe von 3 Millionen im Jahr. Das ist wahr, das ist Ihr neuer Vertrag. E.on wird für die nächsten sechs Jahre jedes Jahr 60 Millionen

Gewinne einstreichen. Dann wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern erzählen, das wäre ein gutes Geschäft für Hamburg? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein. Darum stellt sich wirklich die Frage, wem der Bürgermeister dieser Stadt dient, den Interessen der Hamburgerinnen und Hamburger oder denen der Energiekonzerne?

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Dann wollen Sie auch die Verträge nicht vorlegen. Sie scheuen das Licht der Öffentlichkeit. Darum stellt sich die Frage, was die Gegenleistungen sind. Vorhin haben Sie beschlossen, dass sie eine Stiftung mit 5 Millionen durchdrücken wollen. Wo das Kapital herkommen soll, weiß keiner. Ich würde gerne wissen, ob Sie mit E.on vereinbart haben – bevor Sie diesen Deal abgeschlossen haben –, dass E.on sich verpflichtet, diese Stiftung mit Geld zu versorgen. Ich glaube, das ist eine wichtige Entscheidung. Sie müssten das dann auch ...

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Nehmen Sie das doch einmal zur Kenntnis!)

– Dann legen Sie doch die Verträge vor. Dann geben Sie uns doch Akteneinsicht. Das ist doch nicht die erste Entscheidung in diesem Sinne.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

– Ich komme zum Schluss.

Oder wandeln Sie auf den Wegen von Herrn Clement, der, nachdem er aus dem Amt ausgeschieden ist, in die Dienste von Stromkonzernen eingetreten ist?

(*Karen Koop CDU*: Und Herr Schröder? – *Frank-Thorsten Schira CDU*: Da fragen Sie doch einmal die SPD!)

Haben Sie sich damit im Angesicht einer drohenden Wahlniederlage ein Aufsichtsratmandat eingehandelt, Herr von Beust? Das würde mich auch noch einmal interessieren.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist bei Weitem überschritten.

Jens Kerstan (fortfahrend): Der letzte Satz.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist bei Weitem überschritten.

Jens Kerstan (fortfahrend): Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kruse.

Rüdiger Kruse CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf Herrn Kerstan eingehe, möchte ich auf die Preisfindung nach sozialdemokratischem Muster eingehen. Das ist nämlich sehr lehrreich. Es ist schick, wenn man im Parlament etwas lernt. Von Frau Dr. Schaal habe ich gerade gelernt, wie ich in Hamburg oder auch in München an eine günstige Eigentumswohnung komme. Ich stelle mir dann meinthalben eine Wohnung von 80 Quadratmetern vor. Um

A den Preis zu ermitteln, fahre ich nach Brandenburg, schaue mir eine Wohnung mit einer Größe von 160 Quadratmetern an, frage nach dem Preis und teile ihn durch zwei. Damit fahre ich zurück nach Hamburg und sage dem Verkäufer, dass das jetzt der Preis sei und ich diesen und nichts anderes bezahle.

(Beifall bei der CDU)

Das kann lustig werden mit Ihnen. Es würde mit Ihnen lustig werden, aber Politik ist nicht nur dazu da, dass die Comedys in Hamburg Hochkonjunktur haben. Aber jetzt haben wir eine gewisse Ahnung, wie Sie Ihr Regierungsprogramm finanzieren wollen.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben uns dann noch einen Handstreich vorgeworfen. Und Frau Goetsch hatte gesagt, wir seien Büttel des Kapitals oder irgendetwas in dieser Richtung. Herr Kerstan fragte mit großem Impetus, wem dieser Senat diene. Letzteres kann ich leicht beantworten. Er dient dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie unbedingt einem Senat vorwerfen möchten, dass er den großen Energiekonzernen Geschenke gemacht hat, dann war es Ihr eigener. Denn der hat die Stadtwerke verkauft.

(Beifall bei der CDU)

Es ist auch gut und richtig, dass Sie das heute bereuen. Aber der Reflex kann nicht sein, dass Sie zwischen heute und Ostern sagen, dass Sie das ganze wieder zurückkaufen und den Fehler dann in der anderen Richtung noch einmal machen. Sie müssen sich einmal überlegen – und dann sprechen Sie einmal mit dem scheidenden Kollegen Maier –, wenn Sie denn Milliarden ausgeben, dass man auch Milliarden nur einmal ausgeben kann.

(Doris Mandel SPD: Ja, das hätten Sie sich einmal merken müssen, als Sie die 4,5 Milliarden ausgeben haben!)

Von daher muss man auch sagen: Der Besitz der Netze alleine ist es nicht. Wenn es so wäre, könnte es niemand anderes geben, der mit Strom oder Gas Geld verdient. Das heißt, so ist es nicht. Natürlich können Sie morgen Stadtwerke gründen und diese dann sukzessive ausbauen. Von daher ist überhaupt nichts verschenkt. Ihre Vorstellung, den Vertrag 2008 auslaufen zu lassen und außer Frau Dr. Schaal, die schon weiß, wie man es macht, ansonsten keine Konzeption zu haben – nach einer Regierungsbildung in wenigen Wochen –, klingt nicht sehr gut. Deswegen ist es auch gut so, dass Sie diese Gelegenheit nicht bekommen werden.

(Beifall bei der CDU)

Es ist ein Zeichen von Torschlusspanik, dass Sie jetzt bei jeder Sache versuchen, "Skandal" zu rufen. Ich bin gespannt, welche miesen Machenschaften Sie dann beim Umweltzentrum Karlshöhe finden, was da für Tricks gelaufen sein sollen.

(Ingo Egloff SPD: Das ist schlicht und einfach konzeptlos!)

Das ist wie eine Inszenierung im Deutschen Schauspielhaus, wo dann auch immer jemand halbnackt über die Bühne läuft und "Skandal" brüllt. Das interessiert heute noch nicht einmal mehr die Theaterkritiker.

C Sie haben Moorburg aufgegriffen, Sie haben die E.on-Geschichte aufgegriffen und immer wieder sagen Sie, das sei ein Skandal. Sie finden ihn zwar nicht und können ihn nicht benennen, weil das Verfahren öffentlich ist. Sie machen einen wirklich skandalösen Fehler und den machen Sie bewusst. Sie suggerieren den Menschen, dass allein der Senat entscheiden könnte, ob Moorburg gebaut wird oder nicht. Das ist falsch. Das wissen Sie. Das ist ein rechtsstaatliches Genehmigungsverfahren. Das ist eine ganz schlimme Sache, wenn Sie suggerieren, Politik wäre omnipotent und könnte den Rechtsstaat ausbremsen.

(Beifall bei der CDU)

Indem Sie suggerieren, Politik könnte den Rechtsstaat ausbremsen und dürfte das vielleicht auch noch, betreiben Sie in Ihrer Torschlusspanik die Sache Der Linken. Die können das besser und die marginalisieren sie. Sie holen diese Leute hier herein, indem Sie diese Politik machen – Sie und Ihr Kandidat, der herumläuft und von Suppenküchen redet.

(Glocke – Wolfgang Beuß CDU: Gaza-Streifen!)

– Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

Sie sind am Ende, wenn Sie zu so etwas greifen müssen. Rechtsstaat bleibt Rechtsstaat und Regierungen müssen sich daran halten.

(Beifall bei der CDU)

D **Präsident Berndt Röder:** Das Wort erhält der Abgeordnete Egloff.

Ingo Egloff SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kruse, wenn ich mir Ihre Rechenkünste anschau, bin ich froh, dass Sie nur Fachsprecher Haushalt der CDU sind und nicht wirklich den Haushalt aufstellen.

(Beifall bei der SPD – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

Sie tun gerade so, als wenn wir über Peanuts verhandeln und als wenn sowohl bei Moorburg als auch bei der Frage der Gasnetze über Kleinigkeiten geredet wird. In Wahrheit wird darüber geredet, wie die Energiepolitik und die Energieversorgung dieser Stadt in den nächsten 40 Jahren aussehen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Wie ist es denn bei Moorburg gewesen? Zuerst haben Sie nicht gewusst, was Sie machen sollten. Da gab es ganz unterschiedliche Aussagen bis hin zu der Aussage von Herrn Gedaschko, dass dieses Kraftwerk politisch nicht gewollt sei. Das hat er von diesem Pult aus gesagt. Dann gibt es mit einem Mal eine Pressekonferenz – nachdem man die Köpfe zusammengesteckt hat – und man sagt, es sei alles in Ordnung und das Kraftwerk werde in einer Größenordnung gebaut, die Vattenfall ursprünglich gar nicht wollte. Und damit legen Sie die Energieversorgung dieser Stadt in dieser Form für die nächsten 40 Jahre fest. Das ist ein Skandal, wenn Sie das vor der Wahl einfach durchziehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das hat auch gar nichts mit Rechtsstaatlichkeit zu tun. Natürlich gibt es Rechtsansprüche. Das streitet überhaupt

A niemand ab. Aber es läuft doch anders, wenn es um solche Projekte geht. Welcher Energiekonzern stellt sich denn hin und sagt, dass er gegen diesen Senat solch ein Kraftwerk baut? Das macht doch kein Energiekonzern. Das ist doch weltfremd, Herr Kruse, wenn Sie behaupten, dass das einfach nur so sein muss, weil das Recht es erfordere. Nein, es ist der politische Wille dieses Senats, dass es so passiert. Das müssen Sie sich vorwerfen lassen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das Gleiche gilt für die Frage der Gasnetze. Herr Gedaschko, wenn Sie diese Fachdebatte anfangen und uns wortreich erklären, wie kompliziert die Materie sei, dann frage ich mich, warum Sie das jetzt in dieser Art und Weise kurz vor Torschluss noch durchziehen. Warum diskutieren Sie das nicht ordnungsgemäß? Warum erklären Sie das nicht? Warum suchen Sie an dieser Stelle nicht den Konsens und warum verschwenden Sie nicht einen Gedanken daran, wie man Energieversorgung in dieser Stadt vielleicht zukünftig anders organisieren könnte? Nein, Sie zementieren das, was wir haben. Sie handeln im Interesse der großen Konzerne. Nichts anderes passiert hier.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es ist doch nicht so, dass die großen Konzerne keine Angst vor dieser Situation hätten. Überall in der Republik erlebt man im Moment, dass Kommunen sich dagegen wehren, dass Monopolisten versuchen bestimmte Dinge zu diktieren. Es mag Sie überraschen, aber auch in der Wirtschaft gibt es Leute, die damit rechnen, dass wir vielleicht die Regierung übernehmen, und die mit uns über diese Frage auch schon einmal gesprochen haben.

(Zurufe von der CDU)

– Ja, da lachen Sie.

Aber das zeigt doch nur, dass die Angst bei den Konzernen existiert, dass es so nicht weitergeht, wie es bisher war. Diese Angst ist berechtigt. Sie sollten an Zukunftsmodelle glauben und darüber nachdenken, wie zukünftig Energieversorgung zu organisieren ist, und das nicht so machen, wie wir das Hundert Jahre lang gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Senator Gedaschko.

Senator Axel Gedaschko: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Egloff, ausgerechnet von Ihrer Seite diese Belehrungen zu erhalten, ist wirklich die Krönung.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben mit den Konzessionsverträgen in der Vergangenheit für die Zementierung gesorgt, da diese ohne Ausschreibung auf 20 Jahre geschlossen worden sind. Das ist Ihre Art gewesen, Politik zu machen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben ein völlig anderes Verfahren. Wir machen eine europaweite Ausschreibung,

(Ingo Egloff SPD: Weil Sie dazu gezwungen sind!)

haben fünf internationale Bewerber und wir haben einen

eindeutigen Gewinner sowie auch eine eindeutige Empfehlung seitens der Gutachter zu diesem Verfahren. Daher können wir auch entscheiden. Wir sind kein Senat, der weichgespült ist, wenn wir Entscheidungsgrundlagen haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Kerstan, ich habe das als ganz besonders geistreich empfunden, als Sie ausgeführt haben, dass hier Politik auf der Basis von Fakten gemacht wird. Ja, das machen wir und wir haben Spaß daran, weil das uns Freude bringt.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD: Herr Gedaschko, nur die Ruhe!)

– Wissen Sie, Herr Neumann, hier wird nicht zementiert. Zementiert haben Sie in der Vergangenheit. Was wir durchgeführt haben, ist eine flexible Antwort auf die Frage, wie wir mit der Herausforderung umgehen, jetzt zu teure Netze zu kaufen und eine kurze Frist zu haben, wo bereits die nächste Bürgerschaft im Jahre 2011 die Entscheidung treffen wird, wie es in der Frage mit dem Erwerb der Gasnetze weitergeht. Wir hätten uns gewünscht, Sie hätten seinerzeit nicht auch noch die Stromnetze für 20 Jahre ausgeschrieben, sondern hätten sich so klug wie dieser Senat verhalten. Vor allen Dingen haben wir den Konzernen nicht den maximalen Wert zugeordnet, wie Sie seinerzeit, sondern wir haben das Berechnungsverfahren zum Erwerb der Netze umgestellt. Ich hatte das vorhin dargestellt, aber es ist anscheinend bloß immer die selektive Wahrnehmung. Wir hätten es uns seinerzeit gewünscht, dass auch Sie so gehandelt hätten. Das haben Sie aber nicht. Neumalklug, danke!

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Maaß.

Christian Maaß GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Senator, Sie sagen, dass Sie Spaß daran hätten, Politik auf der Basis von Fakten zu machen. Ich habe eine ganz kleine Bitte. Lassen Sie uns doch bitte an den Fakten teilhaben, auf deren Basis Sie angeblich Ihre Politik machen. Das ist nicht zuviel verlangt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn ich mir die Fakten einmal anschau, die auf dem Tisch liegen, dann sprechen die eine etwas andere Sprache. Sehen wir uns einfach mal die Grundlagen an, auf die Hamburg für Jahre hinaus weiter zementiert wird.

Wir haben auf Seiten der Energieerzeugung ein Monopol. Das heißt, wir haben die vielen großen Energieunternehmen, die 80 bis 90 Prozent der Energieerzeugung in ihrer Hand haben. Es gibt kluge Kollegen unter Ihnen, beispielsweise in Hessen sowie die Handelskammer Berlin, die daraus den marktwirtschaftlich vernünftigen Schluss ziehen, dass es nicht angehen kann, dass dieses Monopol noch vergrößert wird und weitere Erzeugungskapazitäten in die Hände dieser Monopolisten gelegt werden. Was machen wir in Hamburg? Genau das tun wir, indem wir Vattenfall den roten Teppich ausrollen.

(Beifall bei der GAL)

Des Weiteren haben wir ein Monopol bei den Netzen. Das ist nun etwas schwieriger, davon wegzukommen, was auch in der Vergangenheit nicht möglich war. Von

C

D

A daher ist Ihre Zwischenbemerkung hinsichtlich der vor 20 Jahren erfolgten Vergabe ohne Ausschreibung an E.on schlichtweg neben der Sache, weil Sie genau wissen, dass es damals noch keinen Wettbewerb gegeben hat.

(*Ingo Egloff SPD*: Damals gehörten die HEW uns noch!)

Wir haben ein Monopol bei den Netzen und das Nebenmonopol bei der Erzeugung. Das hat erstens zur Folge, dass wir keinen vernünftigen Wettbewerb auf dem Energiemarkt haben, weil beides zufälligerweise die gleichen Monopolisten sind. Das hat zweitens zur Folge, dass wir – festgestellt vom Bundeskartellamt – sehr harte Indizien dafür haben, dass es Preisabsprachen zwischen den großen Energieversorgungsunternehmen gibt, die Sie in Hamburg begünstigt haben. Das hat drittens zur Folge, dass die Preise für die Verbraucher höher sind, als sie unter Wettbewerbsbedingungen sein müssten. Die Verbraucher in Hamburg werden also schlichtweg abgezockt. Und das hat viertens zur Folge, dass sich diese großen Unternehmen nicht um Klimaschutz kümmern, wie sie das eigentlich tun müssten, wenn man an eine dezentrale und effizientere Energieversorgung denkt, sondern einfach nur ihre alten und zentralen Kraftwerke neu bauen und abschreiben wollen.

Fakt ist doch, dass die alten Energiestrukturen, die uns in diesen Schlamassel und den Klimawandel überhaupt erst hineingebracht haben, nicht aufgebrochen werden sollen. In diesem Bereich wollen wir auch mehr Wettbewerb und mehr Umweltschutz hinbekommen. Daher verstehe ich nicht, wie Sie als angeblich marktwirtschaftlich orientierte Partei sich immer hier hinstellen können und diese Entscheidungen anscheinend aus ganzem Herzen zugunsten von E.on und Vattenfall unterstützen. Das ist doch auch aus Ihrer Sicht Antimarktwirtschaft, was Sie hier machen, und aus unserer Sicht ist das auch noch Antiumweltschutz, was Sie hier betreiben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich möchte noch ein Argument bringen, warum es für uns wichtig ist, dass die Stadtwerke an den Netzen anfangen sollen. Eben weil wir dort die Möglichkeit haben, gerade jetzt für Wettbewerb zu sorgen. Das muss Ihnen ordnungspolitisch doch auch einleuchten, dass wir ein natürliches Monopol bei der Netzverteilung haben und dass dieses natürliche Monopol auch nach der klassischen neoliberalen Lehre nicht in private Hände gehört.

Daher ist das doch der Ansatzpunkt, warum wir aus ordnungspolitischer Sicht dieses Netz in staatliche Hand bekommen müssen und wir uns nicht daran beteiligen wollen, einen weiteren Anbieter auf der Angebotsseite zu schaffen, sondern wir benötigen jemanden, der faire Wettbewerbsbedingungen gibt, indem er die Netze zu gleichen Bedingungen allen Anbietern zur Verfügung stellt. Das müssen Sie endlich einmal begreifen.

Herr Kruse hat ausgeführt, dass der Haushalt belastet werden würde, wenn wir die Netze zurücknehmen. Ich glaube, es gibt kein Argument, was unzutreffender sein könnte. Sie wissen doch ganz genau, dass die Entschädigung, die an E.on Hanse zu zahlen wäre, nicht aus dem Haushalt zu entrichten ist, sondern im Ergebnis von dem neuen Netzbetreiber, der dann wiederum die Erträge und die Gegenfinanzierung erwirtschaftet.

Daher verstehe ich nicht, dass Sie immer erklären, dass wir damals einen Fehler gemacht hätten, dem HEW- und

Hein Gas-Verkauf zuzustimmen. Wenn es ein Fehler war – und ich glaube, dass es ein Fehler war –, dann lassen Sie uns doch auch die Konsequenzen daraus ziehen und nicht die gleiche damalige Politik weitermachen. Holen wir uns wenigstens die Netze in städtische Hand zurück, wozu wir heute die Möglichkeit haben.

(Beifall bei der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Schira.

(*Ingo Egloff SPD*: Oh, Herr Schira hat sich mal vorbereitet!)

Frank-Thorsten Schira CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, durch die Antwort des Senators – dreimal ist er und zweimal ist Herr Kruse in die Debatte hineingegangen – müssen doch jetzt alle begriffen haben, dass Sie die Debatte in diesem Punkt bereits eindeutig verloren haben.

(Beifall bei der CDU)

Aber wir bedanken uns bei der GAL für diese Steilvorlage. "Torschlussspanik bei der CDU – vor der Wahl Fakten schaffen!" Liebe GAL, schön, dass Sie uns dieses Thema gegeben haben. Wir haben positive Fakten für die Menschen in dieser Stadt geschaffen, das aber kontinuierlich seit mindestens vier Jahren. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Wie war es denn bis 2001? Rotgrünes Geeiere, anstatt Entscheidungen.

(*Michael Neumann SPD*: Das kommt morgen dran!)

Rotgrüne Langeweile, anstatt Aufbruch, rotgrüne Schuldenspolitik, anstatt Solidität. Rotgrüne Vernachlässigungen, anstatt innere Sicherheit. Rotgrünes Versagen, anstatt Bürgersinn in den Stadtteilen.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt komme ich zu den Stadtteilen. Dort haben wir Fakten geschaffen, beispielsweise vor einem Jahr, als Ole von Beust, unser Bürgermeister, zusammen mit dieser CDU-Fraktion die Initiative für die lebenswerte Stadt in die Hand genommen hat. Was haben Sie herumgemekert und herumgemäkelt.

(*Michael Neumann SPD*: Ist ein Arzt im Hause?)

Fakt ist, die Initiative "Lebenswerte Stadt" ist ein einziges Erfolgsmodell.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben drei Schwerpunkte geschaffen, und zwar Bildungsoffensive, Familienoffensive und Quartiersoffensive. Die Menschen in den betroffenen Stadtteilen, Familien und Schüler sind in der Offensive. Sie aber, insbesondere Sie von der Sozialdemokratie, sind in der Defensive. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der CDU)

Sie können versichert sein, eines ist dem Bürgermeister und der CDU-Fraktion bewusst gewesen, und zwar, dass eine solche Initiative Risiken birgt. Was ist mit dem Geld? Kommt es richtig an? Herr Grund, bis 2011, gehen immerhin 80 Millionen Euro Steuergelder in die stadtweite

A Familien- und Bildungsoffensive. Für die Quartiersoffensive sind im Jahre 2007 10 Millionen Euro zur Verfügung gestellt worden. Aber es ging Ole von Beust und der CDU-Fraktion nicht um das Risiko, was alles schiefgehen könnte, sondern es ging um den festen Willen, etwas zu gestalten, und zwar mit und für die Menschen in Wilhelmsburg, in Barmbek, in Steilshoop, in Altona oder in Lohbrügge.

(Beifall bei der CDU)

Wir wissen bei aller historischen Unterschiedlichkeit unserer Hamburger Stadtteile, dass Hamburg keine gespaltene Stadt ist und Hamburg unter der Führung von Ole von Beust und der Hamburger CDU auch keine gespaltene Stadt wird.

(Beifall bei der CDU)

Das Gegenteil, hören Sie gut zu, das sind die Fakten.

(*Ingo Egloff SPD*: Herr Schira hat die falsche Rede ausgepackt! – *Michael Neumann SPD*: Falsche Rede!)

94 Projekte im Rahmen der lebenswerten Stadt wurden in sechs ausgewählten Stadtteilen durchgeführt. Gerade gestern hat der Erste Bürgermeister erklärt, dass weitere 10 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Das heißt, durch die Aufnahme in das Programm "Aktive Stadtentwicklung" wird die Förderung für die nächsten Jahre gesichert. Mehr als 30 Millionen Euro jährlich stehen dann den Quartieren zur Verfügung. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

B **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden** (unterbrechend): Herr Schira, es kann möglich sein, dass Sie bei der Lautstärke die Glocke nicht gehört haben. Gestatten Sie dem Abgeordneten Kienscherf eine Zwischenfrage?

Frank-Thorsten Schira (fortfahrend): Nein, Herrn Kienscherf gestatte ich keine Zwischenfrage.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, Rotgrün hat geredet, gezankt und gewackelt. Wir haben tatsächlich positive Fakten für die Menschen geschaffen. Hierauf sind wir insbesondere als CDU-Fraktion stolz.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Auf irgendetwas müssen Sie ja auch stolz sein!)

Die Wähler in unserer Stadt haben am 24. Februar die Chance, die Frage zu entscheiden, ob sie entweder zurück zur Verzagtheit und zurück zu rotgrünem Stillstand gehen wollen oder Mut zum Anpacken von Problemen, Mut zum Handeln und Mut zum Aufbruch in allen Hamburger Stadtteilen haben. Wir alle in der CDU-Fraktion glauben fest daran – und man kann das Wissen beziehungsweise Erspüren an Ihren Gesichtern bereits ein wenig ablesen –, dass die Antwort der Wählerinnen und Wähler in Hamburg am 24. Februar Ole von Beust und die Hamburger CDU sein wird.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU – *Uwe Grund SPD*: In welchem Wald geht Herr Schira denn spazieren?)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Roock.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich verstehe Ihre Aufregung gar nicht.

(*Ingo Egloff SPD*: Das ist jetzt das Schaulaufen für die nächste Fraktionsspitze!)

Wir haben während der Aktuellen Stunde die Energiedebatte detailliert geführt. Jetzt möchte ich noch einmal Ihren Blick auf die Sportstadt Hamburg richten.

Sie haben einen Antrag vorgelegt, in dem Sie uns vorwerfen, vor der Wahl noch Fakten zu schaffen. Ich will einmal sehr deutlich begründen, warum wir diese Fakten schaffen.

Der Masterplan Volkspark ist mit reger Beteiligung in verschiedenen Informationsveranstaltungen und Workshops abgearbeitet worden.

(*Michael Neumann SPD*: Kann hier eigentlich jeder sein eigenes Pläsierchen halten? – Gegenruf *Wolfgang Beuß CDU*: Halten Sie sich mal zurück, Herr Neumann!)

– Herr Neumann, Ihre unqualifizierten Zwischenrufe bringen Sie auch nicht weiter.

(Beifall bei der CDU)

Viele haben an diesem Masterplan mitgearbeitet und hoffen jetzt auf die Realisierung. Eine Workshop-Teilnehmerin beispielsweise hat das auf den Punkt gebracht. Wir brauchen wieder mehr Platz für Bewegung, für unsere Kinder und Jugendlichen. Das ist richtig und dem kommen wir auch nach.

(Beifall bei der CDU)

Insgesamt wird im Volkspark eine Vielzahl von kostenfreien und kostengünstigen Angeboten entstehen. Vereine haben ihre Bereitschaft signalisiert, mitzumachen und sich zu engagieren. Investoren stehen beispielsweise für die Soccerhalle und den Hochseilgarten bereit und möchten sich ebenfalls zum Teil in Kooperationen mit den Vereinen einbringen. Darüber hinaus haben Sponsoren die Bereitschaft zum Engagement signalisiert, wenn es dann grünes Licht für das Projekt gibt. Wir geben grünes Licht für dieses Projekt.

(Beifall bei der CDU)

Hierbei darf man nicht vergessen, dass seit Monaten gegen den Masterplan scharf polemisiert wird. Etikettierungen, wie Disneypark, sowie der Vorwurf einer geplanten Nutzungszerstörung entbehren jeder Grundlage. Es sind systematisch betriebene Fehlinformationen, die nur zur Verwirrung und Politikverdrossenheit beitragen und hierbei spielt der Abgeordnete Schmidt von der SPD eine ganz unselige Rolle.

Bei der öffentlichen Anhörung am 25. Januar haben sich viele Bürger positiv über den Masterplan und seine Ergebnisse geäußert.

(*Uwe Grund SPD*: Waren Sie auf der gleichen Veranstaltung?)

Die gute Bewertung kam vor allem auch von den Teilnehmern der Beteiligungsworkshops. "Ich fühle mich von der Behörde so ernst genommen wie noch nie",

(*Michael Neumann SPD*: Dass man Sie nicht ernst nimmt, kann man gut nachvollziehen!)

A hat sich ein Anwohner geäußert, der sich seit Langem für einen Kinder- und Familienhof im Volkspark einsetzt. Sein Anliegen und das vieler Mitstreiter seiner Initiative ist im Masterplan aufgenommen worden. Er hat an die Bürgerschaft appelliert, die Umsetzung des Masterplans bald zu beschließen.

Sein Anliegen, Herr Schmidt – und hier sollten Sie genau zuhören –, hat er mit folgenden Worten unterstrichen: "Lurup ist ein von sozialen Unterschieden und Gegensätzen durchwachsener Stadtteil. Es braucht Mut und Geld, um die vorhandenen Probleme anzugehen." Wir gehen das Problem an, Herr Schmidt, und lassen uns dieses großartige Projekt von Ihnen nicht kaputt reden.

(Beifall bei der CDU)

Der Masterplan ist insoweit ein ganz zentraler Beitrag. So bietet er mit dem Jugend-, Spiel- und Sporttreff ein attraktives Angebot, das vor dem Hintergrund der Diskussion über Jugendkriminalität eine besondere aktuelle Identität erhält.

Zum Thema "Was brauchen Jugendliche im Park?" haben Teilnehmer des Workshops deutlich gemacht, dass sie den Ansatz, Jugendliche zu beteiligen, sehr begrüßen. Viele Jugendliche wollen sich an diesem Vorhaben aktiv beteiligen und das ist ein einzigartiger Erfolg.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Roock, Sie kennen die Bedeutung des roten Lichts?

B **Hans-Detlef Roock** (fortfahrend): Ich komme zum Schluss. Herr Schmidt, was haben Sie eigentlich dagegen? Das wissen Sie wahrscheinlich selbst nicht.

(Glocke)

Wir werden dieses Spielchen nicht mitmachen und dieses Projekt vorantreiben.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Ohlsen.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Wird hier auch mal gewechselt? Ich meine, zwischen den Fraktionen?)

Olaf Ohlsen CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Maier, seien Sie fair in Ihrer vorletzten Sitzung.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Deswegen sind wir für den Wechsel zwischen den Fraktionen!)

– Herr Maier, ich merke schon, der Wahltermin rückt näher und Ihre Beiträge heute haben nicht zur Erhellung beigetragen. Das darf ich mal in aller Offenheit zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Dr. Schaal, insbesondere für mich habe ich feststellen müssen, dass Ihre Wortbeiträge seit Ihrem Sitz in der Bezirksversammlung Eimsbüttel bis heute an Qualität nicht gewonnen haben.

(Beifall bei der CDU)

C Dass die GAL dieses Thema auf die Tagesordnung setzt, ist mal wieder bezeichnend. Immer schön nur den Ausschnitt sehen, der gerade in das Konzept passt.

Natürlich handelt der Senat jetzt. Das ist auch durch die Redebeiträge der CDU-Bürgerschaftsabgeordneten deutlich geworden.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Ohlsen, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Dr. Schaal.

Olaf Ohlsen (fortfahrend): Mit Sicherheit nicht.

Der Senat handelt so, wie er es die vergangenen Jahre immer gemacht hat, und zwar in Ruhe überlegt und im Kern außerordentlich erfolgreich.

(*Nebahat Güclü GAL*: Sagen Sie doch mal etwas Inhaltliches!)

Lassen Sie mich Ihnen das kurz am Beispiel des Hafens und der Hafenpolitik erläutern. Seit Antritt von Ole von Beust, der Erste Bürgermeister der Freien und Hansestadt, ist der Containerumschlag um 90 Prozent auf nunmehr 9,9 Millionen Standardcontainer angewachsen. Hiermit verbunden ist die Steigerung der Zahl an Beschäftigten.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Ohlsen, ich muss Sie kurz unterbrechen.

D Herr Neumann, hat einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Michael Neumann SPD: Ich beantrage die Einberufung des Ältestenrats.

(*Frank-Thorsten Schira CDU*: Das kann er danach machen, aber doch nicht während der Rede!)

Olaf Ohlsen (fortfahrend): Herr Neumann, Sie können Ihren Antrag gern stellen, aber ich möchte meine Rede zunächst zu Ende bringen.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen finde ich das Verfahren, das Sie hier an den Tag legen, unterhalb der Gürtellinie. Das muss ich einmal ganz deutlich zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Ohlsen, darf ich Sie daran erinnern, dass wir im Parlament eigentlich eine relativ eindeutige Arbeitsteilung haben. Sie halten die Rede zur Aktuellen Stunde und ich schaue, ob alles nach dem Rechten vor sich geht.

Olaf Ohlsen (fortfahrend): Das war auch nur eine persönliche Bemerkung von mir.

Hiermit verbunden ist die Zunahme der Zahl an Beschäftigten, die mit dem Hafen zu tun haben, die seit 2002 von 145.000 auf nunmehr 163.000 gestiegen ist. Allein 2007 wurden 2.000 Arbeitsplätze geschaffen. Es wurden insgesamt 900 Millionen Euro an Steuern eingenommen. Das ist das Ergebnis einer vorausschauenden und einer am Erforderlichen orientierten Politik, die kontinuierlich

A die Bedingungen verbessert hat.

So wurde 2005 begonnen, mittels des Hafeninvestitionsprogramms knapp 3 Milliarden Euro in den Ausbau des Hafens zu investieren.

(Beifall bei der CDU)

Diese Summe ist unter anderem deshalb so hoch, weil wir durch den Teilbörsengang der HHLA eine knappe Milliarde Euro an zusätzlichen Mitteln erwirtschaftet haben, die dem Hafen zugute kommt.

(*Petra Brinkmann SPD*: Selbst der Bürgermeister lacht darüber!)

Schwerpunkt sind der Kapazitätsausbau des Containerumschlags, die Erschließung von Flächen zur Ansiedlung wertschöpfungsintensiver und Arbeit schaffender Teile der Logistikkette sowie die Verbesserung der Verkehrs anbindung des Hafens parallel zur wachsenden Nachfrage an Kapazitäten im Hafen selbst.

(Beifall bei der CDU)

In Ergänzung zum Senat planen auch die Unternehmen der Hafenwirtschaft Investitionen in Milliardenhöhe.

Mit dem heute auf der Tagesordnung stehenden Masterplan "Hafenbahn 2015" hat der Senat erstmals einen Ausbau und ein Optimierungsprogramm für einen umweltschonenden, sicheren und verlässlichen Schienengutverkehr mit dem Hamburger Hafen vorgelegt. Er sieht Investitionen in Höhe von rund

500 Millionen Euro bis 2015 vor. Für den Doppelhaushalt 2007/2008 sind dort bereits 62 Millionen Euro verplant.

(Beifall bei der CDU)

Sie werfen uns vor, dass wir jetzt noch Fakten schaffen.

(*Jens Kerstan GAL*: Dass Sie reden!)

Wir sehen es so, dass wir unsere Arbeit ernst nehmen und bis zum Ende der Wahlperiode stetig am Wachstum unserer Stadt arbeiten.

(Beifall bei der CDU – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Ohlsen, auch Sie sehen das rote Licht. Ihre Redezeit ist beendet.

Olaf Ohlsen (fortfahrend): Ich komme zum Schluss.

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Nein, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Olaf Ohlsen (fortfahrend): Das ist auch in Ordnung.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Willfried Maier GAL*: Frau Präsidentin, wir wollen Sie kritisieren!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Gut, dann unterbreche ich die Aktuelle Stunde. Auf Antrag von SPD und GAL ist jetzt gefordert worden, einen Ältestenrat einzuberufen. Das war sozusagen der Wortbeitrag von Herrn Neumann, den er aufrechterhalten hat.

Unterbrechung: 16.25 Uhr

Wiederbeginn: 16.35 Uhr

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Meine Damen und Herren! Die Sitzung des Ältestenrats ist beendet. Wir haben uns eben noch einmal vergewissert, die Redezeit der Aktuellen Stunde beträgt noch 16 Minuten. Es wäre nett, wenn die Abgeordneten wieder zu ihren Plätzen zurückkehren würden.

Wir sind beim Thema der GAL-Fraktion und als nächsten Redner habe ich Herrn Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Roock, Sie sagten eben, Sie fühlen sich von diesem Senat so ernst genommen wie noch nie.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: Herr Dr. Maier, das stimmt nicht, das waren die Anwohner!)

Das geht den Abgeordneten von Regierungsfraktionen fast immer so, vor allen Dingen, wenn sie eine knappe Mehrheit haben, wird der Senat die Abgeordneten ausgesprochen ernst nehmen; darauf wollte ich nur noch einmal hinweisen.

Ansonsten diskutieren wir hier über die Frage "Fakten schaffen vor der Wahl". Im Moment geht der Vorwurf durch die Öffentlichkeit – Herr Kruse hat ihn erhoben –, der SPD-Kandidat mache Wahlversprechen in der Größenordnung von 394 Millionen Euro pro Jahr. Ich schaue mal nicht, was im Wahlkampf versprochen worden ist, sondern welche Fakten vor der Wahl von diesem Senat geschaffen worden sind. Wir haben im Jahr 2006 9,7402 Milliarden Euro ausgegeben und im Jahr 2007 im Plan, nachdem der mehrfach von Ihnen erhöht worden ist, 10,1277 Milliarden Euro. Die Differenz zwischen 2006 und dem, was Sie 2007 ausgegeben haben, beträgt 387,5 Millionen Euro, also in etwa die Summe, die Sie dem Kandidaten vorwerfen. Dies ist aber nicht versprochenes Geld, sondern tatsächlich mehr ausgegebenes Geld als im Jahr zuvor.

(Zurufe von der CDU)

– Finden Sie das so verwunderlich? Das ist eine Steigerung um 4 Prozent.

Der Senat sagt immer, er fühle sich dem Finanzplanungsrat des Bundes und der Länder verpflichtet. Der Finanzplanungsrat des Bundes und der Länder schlägt Ausgabensteigerungen von 2007 bis 2011 von jährlich 1 Prozent vor. Sie, die Haushaltssoliden, haben die Ausgaben um 4 Prozent gesteigert und erzählen dann, es seien keine Fakten vor der Wahl geschaffen worden. Hier sind Mistfakten vor der Wahl geschaffen worden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Man kann es auch anders sagen. Seit dem im Dezember 2006 getroffenen Haushaltbeschluss haben Sie die Ausgaben pro Jahr, um 207 Millionen Euro gesteigert. Sie hatten schon eine Rücklage für Wahlgeschenke von etwa 40 Millionen Euro bereitgestellt, die Ihnen aber nicht genügt haben. Sie haben weitere Wahlgeschenke in der Größenordnung von jährlich 200 Millionen Euro unter das Volk gestreut und sagen dann gleichzeitig, die Opposition sei haushaltssolid. Bei Ihnen sind im Moment alle Deiche offen. Seitdem wir nicht mehr einen Finanzsenator, sondern einen Finanzschwadroneur haben, wird aus vollen Hosen ausgegeben.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vergegenwärtigen Sie sich einmal, vor welcher Aufgabe

A wir seit 1994 stehen. Wir haben als Bürgerschaft – das hat die gesamte Zeit meiner Anwesenheit in der Bürgerschaft begleitet – gut 1,7 Milliarden Euro aus den Haushalten herausgeschnitten, zu unserer Zeit Jahr für Jahr eine Sparquote von 150 Millionen Euro erbracht und zu Ihrer Zeit bis 2006 knapp 110 Millionen Euro jährlich. Sie haben in Ihrem letzten Regierungsjahr die schon beschlossene Steigerung durch zusätzliche Steigerungen getoppt und dann erklären Sie uns, Sie seien super haushaltssolide. So etwas bekommen Sie nur hin mit einer Presse, die blind ist,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

die nicht begreift, was zum Beispiel das "Handelsblatt" ohne Weiteres begreift, dass die Ansage des Finanzsenators, es würden keine Schulden mehr gemacht, eine Täuschung ist. Wenn man auf den Finanzsaldo schaut, so wird dort ausdrücklich mitgeteilt – das "Handelsblatt" sagt es –, dass der Sparkurs allerdings nicht überall von gleichem Erfolg gekrönt war. Hamburg, Hessen und Niedersachsen machten 2007 sogar noch mehr neue Schulden als im Jahr zuvor. Das sind Fakten, die geschaffen worden sind.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Maier, der Senat fühlt sich nicht nur dem Finanzplanungsrat des Bundes und der Länder verpflichtet, sondern insbesondere den Bürgern unserer Stadt. Für die machen wir die Finanzpolitik.

(Beifall bei der CDU – Heiterkeit und Zurufe von der SPD und der GAL)

Es wird Ihnen nicht gelingen, das, was wir für die Menschen in der Stadt gemacht haben, in ein schiefes Licht zu rücken. Herr Maier, natürlich haben wir Geld ausgegeben. Wir haben aber, was Sie nie gemacht haben, auch für Deckung gesorgt.

(Michael Neumann SPD: Tafelsilber verscherbelt!)

Unser Geld ist aus eigener Kraft gegenfinanziert und ohne neue Schulden; das ist der Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Erstens: Ab 2007 macht die Freie und Hansestadt Hamburg keine neuen Schulden mehr, und zwar nicht einmalig, sondern in der gesamten Finanzplanungsperiode bis 2011; das haben Sie nie geschafft.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir Investitionen in dieser Stadt machen, Herr Maier, wenn wir für die Hafeninfrastruktur Geld ausgeben, wenn wir für Soziales, für Bücherhallen und für die Stadtteile Geld ausgeben, dann tun wir das aus voller Überzeugung für die Menschen. Wir haben es getan und die Mehrausgaben sind gegenfinanziert.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Einnahmen und Ausgaben entsprechen sich nicht nur im Haushalt der Hansestadt Hamburg 2007, sondern wir haben erstmals 740 Millionen Euro Überschuss im Betriebshaushalt. Das ist eine herausragende Leistung, und zwar nicht nur aufgrund von Steuermehreinnahmen,

(Dr. Willfried Maier GAL: Ausschließlich!)

C

sondern weil wir jahrelang gespart haben. Die Konsolidierung um 500 Millionen Euro jedes Jahr kommt jetzt der Stadt zugute.

(Beifall bei der CDU)

Wer den Schwachen in unserer Stadt helfen will, der darf nicht auf Pump leben. Wir haben unseren Haushalt in den Griff bekommen, damit wir den Schwachen in der Stadt helfen; die Starken können es selber.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Maier, die "Handelsblatt"-Statistik erinnert mich doch sehr stark an Churchill. Churchill hat gesagt, er glaube nur den Statistiken, die er selber gefälscht habe. Die von Ihnen zitierte Statistik vergleicht Äpfel mit Birnen und stellt die Realität auf den Kopf, weil nämlich die Einnahmen der finanzschwachen Länder – das sind Berlin und die ostdeutschen Bundesländer – ergänzt worden sind um die Länderfinanzausgleichszahlungen und Subventionen des Bundes. Berlin steht beispielsweise in dieser Statistik großartig da als eine Stadt, die immer wunderbar gewirtschaftet hat. Die ostdeutschen Bundesländer stehen wunderbar da und Hessen und Hamburg stehen schlecht da; das ist ein Treppenwitz. Wissen Sie, woran das liegt? Wir zahlen nämlich Hamburger Geld, damit Berlin überleben kann

(Gerhard Lein SPD: Bayern, Bayern, Bayern!)

D

und Sie machen sich das in der politischen Propaganda zunutze.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne Ihnen einmal das hier in Rede stehende Beispiel aus der Statistik. Berlin bekommt 5,8 Milliarden Euro öffentliche Subventionen, die Hälfte davon aus dem Länderfinanzausgleich, also auch von uns. Hätten wir 5,8 Milliarden Euro an Subventionen zusätzlich im Haushalt, dann würden wir in dieser Statistik einsam Nummer eins sein und könnten goldene Radfahrwege anlegen. Deshalb sollten Sie diese Statistiken, die die Realität verfälschen, nicht verwenden.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden noch eine gesonderte Debatte zum Thema "Freibier für alle" führen, aber ich sage Ihnen eines: Unsere Ausgaben im Haushalt unterscheiden sich dadurch, dass sie alle aus eigener Kraft finanziert sind, durch Überschüsse aus dem Betriebshaushalt in Höhe von 740 Millionen Euro und durch Rücklagen, die wir insbesondere aus Steuermehreinnahmen gebildet haben. Das heißt, wir haben einen grundsoliden Haushalt, einen ausgeglichenen Gesamthaushalt und keine neuen Schulden mehr. Wir beginnen mit der Tilgung der Altschulden und wir machen das deshalb, weil wir stark sein wollen, gerade auch für die schwachen Stadtteile.

(Michael Neumann SPD: Die gibt's doch gar nicht!)

Wir machen das nicht für uns, wir machen das nicht aus mathematischen Gründen, sondern was wir in der Stadt ausgeben, das tun wir aus voller Überzeugung und würden es genauso wieder in der neuen Legislaturperiode machen, weil es den Menschen unserer Stadt hilft.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

A **Erste Vizepräsidentin Barbara Duden:** Das Wort bekommt Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD: Meine Damen und Herren! Das war doch ein schöner Beitrag,

(Beifall bei der CDU – *Karl-Heinz Warnholz CDU: Ja, bravo, bravo!*)

nur war er falsch. Zitieren wir doch die Fakten. Wir nehmen die vorgelegte Finanzplanung des Senats. Sie weist bis zum Jahre 2011 jährlich ein Defizit aus. Sie reden von einem ausgeglichenen Haushalt, es gibt ihn nach Ihrer eigenen Finanzplanung nicht; das ist Fakt Nummer eins.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Fakt Nummer zwei: Auf meine Kleinen Anfragen haben Sie geantwortet, dass ein Haushalt dann ausgeglichen sei, wenn die bereinigten Gesamteinnahmen die bereinigten Gesamtausgaben decken. Nach Ihrer eigenen Definition ist das nicht der Fall, der Haushalt ist nicht gedeckt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Fakt Nummer drei ist, dass Sie dann trotzdem in der nächsten Kleinen Anfrage schreiben, es bleibe dabei, der Gesamthaushalt sei gedeckt. Dürfen wir denn mal hören womit, denn die starke Behauptung ersetzt nicht die Fakten. Ich zitiere den Rechnungshof. Der bestätigt Ihnen, dass Hamburg mit der Haushaltksolidierung noch lange nicht über den Berg ist. So weist die vor wenigen Wochen vorgelegte Finanzplanung des Senats trotz Konjunkturhochs weiterhin große Finanzierungsdefizite für die folgenden Jahre aus, die durch den Rückgriff auf die Substanz gedeckt werden müssen. Hamburg lebt über seine Verhältnisse: Ihr Haushalt, vom Januar dieses Jahres!

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie mögen in Ihrem Wahlprogramm schreiben, dass der Gesamthaushalt ausgeglichen sei, das mag der Abgeordnete Kruse auf seiner Website schreiben, aber gegen die Fakten kommen Sie nicht an und die Fakten sind gegen Sie. Was einen Finanzsenator wirklich nicht auszeichnet, ist diese Angleichung der Fakten an ein CDU-Wahlprogramm. Das macht kein Finanzsenator und Sie sind auch keiner.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Genauso ist es mit dem Rest, den Sie hier von sich gegeben haben. Herr Kollege Kruse, ich habe voller Begeisterung Ihre Website und Ihre Presseerklärung gesehen. Jeder wusste, dass dies nicht von Ihnen ist, es musste Ihnen irgendwie zugeflogen sein. Auch Finanzsenator Freytag hat uns mit etwas im "FOCUS" erfreut. Das ist nur völlig anders als das, was Sie gesagt haben, die Milliarden purzeln geradezu. Erklären Sie uns doch bitte einmal nach dem Beitrag von Senator Gedaschko, der unabhängig von Daten mehr oder weniger gesagt hat, dass Stadtwerke finanziert seien, warum wir sie nicht finanzieren können und Sie doch.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Bernd Reinert CDU: Wir sind besser als Sie!*)

Erklären Sie uns, welche Stadtwerke in der Republik sich nicht selbst tragen, welche nicht selbst ihre Rendite erwirtschaften, welche nicht selbst ihre Darlehen tilgen können. Warum sagen Sie, die Sozialdemokraten wollen 2 bis 4 Milliarden Euro ausgeben? Wir wollen Stadtwerke,

die sich selbst finanzieren und Sie wissen, dass es geht; Sie reden leider hanebüchenen Unsinn.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Kollege Freytag, ich habe viel in meinem Leben erlebt, auch von Finanzsenatoren und -senatorinnen meiner eigenen Partei, was ich nicht gebilligt habe, aber das hat es nicht gegeben, einen Finanzsenator, der das Wahlprogramm der Opposition von seiner Behörde gewichten lässt und sein eigenes noch nicht einmal gewichten kann. Wir warten morgen darauf, dass Sie uns das vorrechnen.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Senator Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Zuckerer, zu den ganz nüchternen Fakten, vergleichen wir doch einmal den letzten Haushalt von Rotgrün 2001 und unseren Haushalt 2007. Die Neuverschuldung betrug bei Ihnen 823 Millionen Euro und bei uns 0 Euro; erster Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt schauen wir uns einmal an, wie denn der laufende Haushalt gewesen ist. Bei den Einnahmen und Ausgaben im Betriebshaushalt gab es unter Rotgrün 2001 einen Verlust von 708 Millionen Euro, bei uns 2007 einen Gewinn von 740 Millionen Euro; zweiter Unterschied.

(Beifall bei der CUD – *Ingo Egloff SPD: Da haben Sie aber kein bisschen dazu getan!*)

Unser Haushalt ist eine historische Wende. Wir haben es geschafft, den Etat komplett auszugleichen und, lieber Herr Zuckerer, er ist ausgeglichen, weil wir sämtliche Investitionen ohne Kredite ab dem Jahr 2007 finanzieren. Das ist so und das bleibt so und das ist ein Faktum, an dem Sie nicht vorbeikommen.

(Beifall bei der CDU – *Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.*)

Wir machen keine neuen Schulden mehr und das können wir, weil wir so gut gewirtschaftet haben. Der Betriebshaushalt ist nicht nur ausgeglichen, sondern hat in der Tat ein Plus von 740 Millionen Euro. Zusätzlich haben wir als Sparbuch Rücklagen gebildet – insbesondere aus Steuermehreinnahmen, Herr Zuckerer, die sind natürlich auch berücksichtigt –, um die Differenz zwischen den Gewinnen aus dem Betriebshaushalt und dem, was wir für die Investitionen brauchen, aus eigener Kraft bezahlen zu können. Es zeichnet uns aus, dass wir alles, was wir mehr ausgeben für die Menschen – Sie haben ja kritisiert, dass wir mehr ausgeben –, aus eigener Kraft ausgeben.

(*Doris Mandel SPD: Indem Sie das Vermögen verkaufen!*)

Wir haben es geschafft, die Todesspirale der Staatsverschuldung endlich anzuhalten.

(Beifall bei der CDU)

Die Kunst besteht in Wahrheit nicht darin, mehr auszugeben, sondern die Kunst besteht darin, mehr aus-

A zugeben, ohne die Staatsverschuldung anzukurbeln; so war es leider früher. Wir haben das beendet, wir haben jetzt solide finanzielle Verhältnisse und können es uns auch leisten, gerade dort zu investieren, wo wir Menschen in den schwächeren Stadtteilen helfen.

(*Michael Neumann SPD*: Reden Sie Hamburg nicht schlecht!)

Wir investieren sehr massiv in den Stadtteilen, in denen Sie eine soziale Spaltung sehen. Sie reden von sozialer Spaltung, wir investieren in den sozialen Frieden unserer Stadt; das unterscheidet uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Lieber, Herr Maier, wie hoch Elternbeiträge für Kindertagesheime sind, weiß ich auch so,

(*Michael Neumann SPD*: Wenn ich Pinocchio wäre, hätte ich ein ausgestochenes Auge und eine lange Nase!)

das kann man sehr einfach ablesen. Wir werden morgen sehr gerne die Debatte über das führen, was andere in dieser Stadt den Menschen versprechen. Wer alles verspricht, aber nicht sagt, wie er es bezahlen möchte, der versündigt sich an dem Haushalt der Stadt. Das ist eine Zukunftsfrage: Wir werden nur weiter stark sein können mit soliden Finanzen, um den Schwachen zu helfen. Diejenigen, die die Finanzen zerstören, zerstören das soziale Gleichgewicht in der Stadt, weil die Ärmsten der Armen darunter leiden müssen, wenn der Haushalt nicht in Ordnung ist.

(Beifall bei der CDU)

B

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Senator, Sie sagen, Sie haben alles aus eigener Kraft finanziert und den Betriebshaushalt gefüllt, wie er noch nie gefüllt war. Im Jahre 2006 hatten Sie geschätzte Steuereinnahmen von 7,3 Milliarden Euro. Sie haben durch die Steuersteigerungen 7,83 Milliarden Euro, also 530 Millionen Euro mehr Steuereinnahmen gehabt. Wissen Sie, wie hoch der Betriebshaushalt im Überschuss lag? Just in dieser Größenordnung, 580 Millionen Euro. Das heißt, Ihr Betriebshaushaltsüberschuss des Jahres 2006 ist überhaupt nicht durch Sparhaushalte, sondern ausschließlich durch Steuermehreinnahmen zustande gekommen. Ich habe moniert, dass Sie in dem Moment, wo es zu Steuermehreinnahmen gekommen ist und im Haushaltsvollzug natürlich Spielraum ist, diesen Spielraum für weitere Ausgabe-programme statt Konsolidierung genutzt haben.

(Zuruf von *Robert Heinemann CDU*)

– Ach, Herr Heinemann.

Das führt dazu, dass Hamburg im Ländervergleich, was den Finanzierungssaldo angeht, ein schlechteres Ergebnis hat als die meisten Bundesländer. Zwar wurde gesagt, dass keine neuen Schulden mehr aufgenommen worden sind, aber wenn man stattdessen Vermögen verkauft und aus im Jahre 2006/2007 aufgenommenen Schulden, die nicht mehr nötig wären, Rückstellungen macht und diese Rückstellungen auflöst, dann greift man trotzdem in die Substanz, erzeugt einen negativen Finanzierungssaldo, kann aber der geneigten Öffentlichkeit sagen, dieses Geld, das man zusätzlich hinausgeschmiss-

sen hat, nicht aus Schulden genommen zu haben. Aber Sie haben es aus Verkäufen genommen und diese Täuschung der Öffentlichkeit werfen wir Ihnen vor.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie dann sagen, Sie fühlten sich nicht dem Finanzplanungsrat verpflichtet, sondern den Bürgern dieser Stadt, hätte ich das spontan für einen klassisch sozialdemokratischen Spruch gehalten. Vor allen Dingen, wenn er aus dem Mund eines Finanzsenators kommt, ist es der Spruch eines Hans-Guck-in-die-Luft, eines Bruder Leichtfuß, eines Wahlkämpfers, aber nicht der eines Finanzsenators; das ist schlicht ungehörig.

(Beifall bei der GAL)

Der Finanzplanungsrat des Bundes und der Länder macht den Versuch, die Haushaltsausgaben im Griff zu halten. Wer sich noch daran erinnert, der weiß, dass wir seit 14 Jahren jedes Jahr unter dem Druck gestanden haben, einzusparen und was machen Sie im Wahlkampf? Sie schmeißen es raus. Wir hatten im Jahr 2001 auch einen schlechten Haushalt

(Zurufe von der CDU)

– hören Sie doch mal auf mit Ihrem Gequake –, aber nicht, weil wir im Jahr 2001 Wahlkampfgeschenke gemacht haben

(Zuruf von *Karl-Heinz Warnholz CDU*)

– Herr Warnholz, Sie sind ein so ahnungsloser Geselle –,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

sondern weil im Jahr 2001 die Konjunktur tatsächlich runter ging, was Ihnen oder uns allen möglicherweise im nächsten Jahr passiert. Dann stehen Sie da mit den jetzt erhöhten Haushalten und kommen nicht wieder runter von dem, was Sie jetzt draufgelegt haben. Das ist die Sorge, die ich habe, dass wir 14 Jahre lang Haushalt-konsolidierung betrieben haben und jetzt in Luftkusmanier alles wieder hinausgeblasen wird und das noch unter der Vorgabe, wir sind die großen Sparer, wovon Sie offenbar subjektiv überzeugt sind, weil Sie sich nie den Haushalt anschauen, vermute ich mal. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Herr Dr. Freytag.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Maier, es ist schlachtweg nicht richtig, was Sie sagen, wenn Sie hier die Zahlen von 2006 zitieren. Nehmen wir einmal Ihr Beispiel. Ich kann jetzt nicht prüfen, ob Ihre Zahlen stimmen, aber wenn Sie 580 Millionen Euro plus als in etwa auch die Summe der Steuermehreinnahmen bezeichnen, dann entgegne ich Ihnen, dass nicht die Steuermehreinnahmen entscheidend sind, sondern ob Sie den Haushalt durch Sparmaßnahmen konsolidiert haben. Wir haben durch die Jesteburg-Beschlüsse jährlich insgesamt 500 Millionen Euro eingespart. Hätten wir das nicht gemacht, hätten wir nach Ihrem Beispiel, Herr Maier, nicht 580 Millionen Euro plus, sondern nur 80 Millionen Euro, weil wir die 500 Millionen Euro nicht eingespart hätten.

(*Gesine Dräger SPD*: Stimmt ja überhaupt nicht!)

Wir haben sehr solide gewirtschaftet und sehr im Sinne

C

D

A des Finanzplanungsrats, Herr Maier. Der Finanzplanungsrat wäre froh gewesen, wenn rotgrüne Senate so gearbeitet hätten wie dieser Senat. Sie haben den Haushalt in Ihrer Regierungszeit gegen die Wand gefahren, wir haben ihn wieder saniert. Das unterscheidet uns.

(Beifall bei der CDU)

Herr Maier, es mutet wirklich ein bisschen an wie Helden-tum nach Ladenschluss, was Sie hier fabrizieren. Warum haben Sie Ihre Rede nicht gehalten, als Sie an der Regierung waren und warum haben Sie die Verschuldung nicht aufgehalten, als Rotgrün regiert hat? Sie haben das Gegenteil gemacht. Wir hatten schwere Verluste im Haushalt. Wir hatten die höchste Verschuldung aller Zeiten. Sie haben diese Stadt finanziell an die Wand gefahren. Wir sanieren diese Stadt. Hätten Sie Ihre guten Ratschläge zu Ihrer Regierungszeit beherzigt, dann wäre Hamburg sehr geholfen gewesen. Jetzt kommt Ihre Ein-sicht zu spät.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD*: So viel Schulden wie jetzt haben wir noch nie gehabt!)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Nach Paragraph 22 Absatz 3 gebe ich jeder Fraktion in der normalen Reihenfolge noch einmal das Wort. Herr Zuckerer, bitte.

Walter Zuckerer SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Freytag, dann reden wir doch einmal ernsthaft über Finanzpolitik. Was war im Jahr 2007? Im Jahr 2007 haben Sie Kredite aufgenommen und haben diese auf das Jahr 2006 zurückgebucht. Anschließend haben Sie behauptet, dass ab dem Jahr 2006 keine Kredite mehr aufgenommen worden seien. Das geht aus meiner Schriftlichen Kleinen Anfrage hervor, in der Ihre eigene Behörde feststellt, dass diese Kredite selbstverständlich im Sinne der Doppik dem Jahr 2007 zuzuordnen sind. Was gilt nun? Haben Sie im Jahr 2007 Kredite aufgenommen oder haben Sie sie nicht aufgenommen? Wenn Sie sie aufgenommen haben, dann müsste Herr Kruse vielleicht einmal seine sehr schönen Grafiken korrigieren, die ja bis zum Jahr 2007 immer nach unten zei-gen, da sei alles gut und schön. Ist es aber nicht. Sie haben nichts anderes gemacht, als einen kleinen Buchungstrick. Im Übrigen brauchten Sie das zu dem Zeitpunkt gar nicht. Wir brauchten zu dem Zeitpunkt keine Kredite. Wir hatten soviel zusätzliche Einnahmen. Das war also ein echter Sündenfall. Sie haben es meiner Meinung nach nur gemacht, weil Sie die Wahlkampfkasse irgendwie füllen wollten oder es einfach übersehen haben. Bleiben Sie also bei den Fakten. Im Jahr 2007 gab es Kreditaufnahme, Herr Senator Freytag, und zwar von Ihnen.

Gehen wir doch einmal etwas weiter in der Finanzpolitik dieser Stadt. Sie haben erneut gesagt, der Gesamthaushalt sei ausgeglichen, denn wir finanzieren alle Investitionen über Vermögensumschichtung. Lesen Sie doch einfach, was Ihre Beamten aufschreiben. Vermögensumschichtungen, Vermögensverkäufe zählen nicht zu den bereinigten Gesamteinnahmen. Es gibt Rechnungshöfe in der Republik, die das im Sinne von Desinformationen sehen. Es ist kein ausgeglichener Haushalt, es ist ein mit Vermögensveräußerungen finanziert Haushalt und da waren Sie richtig gut. Dass Sie auch noch eine Statistik auf Ihrer Website machen, Herr Kollege Kruse, die dann den Anstieg der Vermögensveräußerungen während Ihrer Legislaturperiode zeigt, nämlich 3,5 Milliarden Euro.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann, verehrte Kollegen von der CDU, haben Sie sowie-so in Teilen des Senats ein gestörtes Verhältnis zu Zah- len. Aber haben Sie sich einmal vor Augen gehalten, in welcher Geschwindigkeit Ihre Investitionen während Ihrer gesamten Legislaturperiode Preissteigerungen erfuhren? Wenn Sie das zusammenrechnen, von der Messe, der U 4 und sonstigen Dingen bis hin zu diesen interessanten Ausgaben, weil Sie die SAP-Regulierung in der Finanz-behörde an die Wand gefahren haben und für 40 Millionen Euro neue Programmierungskosten zahlen müssen, auf was kommen Sie dann? Ihre Investitionen sind im Durchschnitt pro Jahr mit Kostensteigerungen von 30 bis 40 Prozent gelaufen. Die Hafeninvestitionen haben Sie heute noch nicht insgesamt in Ihrer mittelfristigen Finanz-planung. Hätten Sie die Kostensteigerung wenigstens beim durchschnittlichen Niveau gehalten, dann könnten Sie jedes Wahlprogramm finanzieren. Das Wahlpro-gramm der SPD lässt sich aus den Kostensteigerungen finanzieren, die Sie bei Investitionen nicht in den Griff bekommen haben. So einfach ist das. Das ist Ihre Finanzpolitik.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn Sie die Kostensteigerung, Herr Kruse, in eine Gra-fik malen, dann geht die nach oben, ungefähr wie die Eiger-Nordwand, wenn ich Ihnen das einmal sagen darf. Da geht nichts nach unten, da geht alles nach oben. Kein Investitionsmanagement, Vermögensveräußerungen und seit dem Jahr 2005 nicht mehr gespart und im Jahr 2007 noch Kredite aufgenommen. Das haben Sie gemacht. Ich würde Ihnen ja nicht vorwerfen, dass Sie irgendetwas sagen, wenn es denn die Realität wäre, wenn Sie einfach sagen würden, unser Gesamthaushalt ist noch nicht aus-geglichen, wir streben das an. Das könnte ich doch gar nicht kritisieren, aber Sie wollen sich selbst in Ihrem eige-nen Ego als Finanzsenator und die CDU noch etwas aufchromen. Wozu eigentlich, wozu machen Sie es bes-ser als es ist? Es ist so wie es ist und warum wollen Sie das denn nicht?

(Beifall bei der CDU)

Von einem Finanzsenator verlange ich Nüchternheit. Da verlange ich Fakten und Perspektive. Ich verlange nicht, dass er sich aufführt wie ein aufgeblasener Ochsen-frosch.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Herr Abgeordneter Zuckerer, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(Beifall bei der CDU)

Herr Senator Freytag hat das Wort.

Senator Dr. Michael Freytag: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ganz nüchterne Fakten, Herr Zuck-er, an denen kommen Sie nicht vorbei.

(*Michael Neumann SPD*: Die Rede haben Sie gerade schon gehalten!)

Ich finde es einigermaßen erstaunlich, wenn man Ihre Bilanz anguckt, die Sie in der Haushaltspolitik bis 2001 abgeliefert haben, dass Sie sich hier als der Rächer der Enterbten aufspielen.

(*Ingo Egloff SPD*: Sagen Sie doch mal was zu den

C

D

A Zahlen!)

Das ist wirklich ein Treppenwitz. Denn wie sieht es denn aus mit den Zahlen, meine Damen und Herren? Kommen wir einmal zu den Zahlen.

SPD-geführte Senate zwischen 1990 und 2000 haben für 3,5 Milliarden Euro Tafelsilber privatisiert. Die sind komplett verschwunden in den Löchern der Haushalte, die Sie geschaffen haben. Sie haben Vermögenssubstanz vernichtet, wir schichten sie um, damit sie aufrechterhalten bleibt. Das unterscheidet uns, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich wiederhole: 3,5 Milliarden Euro aus Privatisierungen zwischen 1990 und 2000, weil den sozialdemokratisch geführten Senaten das Wasser haushaltspolitisch bis zum Hals stand. Sie haben verkauft bis zum Gehnicht mehr und nichts ist an Substanz erhalten geblieben. Wenn wir Vermögen veräußern, lieber Herr Zuckerer, das wissen Sie auch ganz genau, dann schichten wir um. Ich finde es zum Beispiel völlig in Ordnung, dass wir Behördengebäude verkaufen. Wir haben unsere Behördengebäude für 1 Milliarde Euro verkauft. Die sind auch nach wie vor in der Stadt erhalten, werden jetzt von anderen privaten Eigentümern gehegt und gepflegt und die 1 Milliarde Euro, die wir aus diesem Erlös eingenommen haben, haben wir in Zukunftsprojekte der Stadt investiert. Sie haben das Geld in die Löcher der Haushalte gestopft. Wir investieren in neue Zukunftsprojekte der Stadt. Das unterscheidet uns.

(Beifall bei der CDU)

B Es ist ein riesiger Unterschied, ob ich ein Loch im Betriebshaushalt habe, wie unter Rotgrün. Sie hatten riesige Löcher in den Betriebshaushalten, wir haben ein Plus. Es ist ein Unterschied, ob ich neue Schulden machen muss oder nicht. Für die neuen Schulden, Herr Maier, wenn Sie früher in Höhe von 1 Milliarde Euro jährlich üblich waren, bedeutet das in einer Legislaturperiode allein 120 Millionen Euro Zinsen. Dieses Geld können wir sehr viel besser anlegen und das machen wir. Wir geben keine Zinsen mehr aus für neue Schulden. Für alte Schulden müssen wir das allerdings sehr intensiv tun und die haben wir insbesondere den SPD-geführten Senaten zu verdanken. Insbesondere in den letzten zehn Jahren, als Sie regiert haben bis 2001, hat sich die Staatsverschuldung nahezu verdoppelt. Wir geben 3 Millionen Euro an Zinsen aus für die alten Schulden, die Sie uns hinterlassen haben. Sie haben es wirklich nicht nötig, hier den Oberlehrer zu spielen. Wenn Sie sich zu Ihrer Regierungszeit an das gehalten hätten, was Sie von uns verlangen, dann würde es dieser Stadt sehr viel besser gehen. Sie hätten auf Ihre Kollegen einwirken sollen, als Sie selbst regiert haben. Jetzt ist es zu spät. Wir haben Hamburg finanziell solide auf Kurs gebracht und für das Haushaltsjahr 2007 keine neuen Schulden aufgenommen. Sooft Sie auch anderes behaupten, es stimmt nicht: Wir machen ab 2007 keine neuen Schulden mehr.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Die CDU-Fraktion ist ein bisschen so wie auf Klassenfahrt, immer leicht zu begeistern.

Wenn Senator Freytag sagt, das Sparen sei nur durch die

über die Jahre aufgewachsenen Jesteburg-Beschlüsse möglich gewesen, die ein Volumen von dann insgesamt 525 Millionen Euro ausgemacht hätten. Okay. Man diskutiert in dieser Bürgerschaft schon länger, nicht nur mit Herrn Freytag, sondern auch vorher mit seinem Vorgänger, Herrn Peiner. Es bestand eigentlich Einigkeit unter uns, dass dieses Programm in seinem Erfolg nur möglich war auf der Grundlage eines anderen Programms, das schon seit 1994 lief und worin jedes Jahr insgesamt 150 Millionen Euro über acht Jahre ein Volumen von 1,2 Milliarden Euro aus dem Haushalt herausgenommen wurden. Das lief dann auch Jahr für Jahr fort. Dann kamen Ihre 525 Millionen Euro dazu. Herr Peiner hat dann gesagt, als es darum ging, dass der Betrag 525 Millionen Euro geteilt durch 5 Millionen Euro gleich 105 Millionen Euro ja kleiner sei als der Betrag 1,2 Milliarden Euro durch 8 Jahre gleich 150 Millionen Euro pro Jahr, dass das daran läge, dass die späteren Sparraten schwieriger als die ersten seien. Da ist etwas dran. Aber es war nie strittig, dass das gesamte Haus seit 1994 eine gemeinsame Anstrengung unternommen hat und dass Ihre Sparanstrengungen nicht exorbitant waren. Soweit waren wir uns bis 2006 auch einig. Jetzt passiert nur etwas Neues im Jahr 2007. Im Dezember 2006 haben Sie sich sowieso schon einen ziemlich großzügigen Haushalt genehmigt. Schon damals ein Prozent über dem Ansatz des Finanzplanungsrates, was damals im Haushaltssausschuss auch schon kritisiert worden ist. Sie haben aber seitdem noch einmal etwa 210 Millionen draufgelegt in diesem laufenden Jahr, und zwar fest den Wahlkampf im Auge und nicht mehr die Haushaltskonsolidierung. Das werfe ich Ihnen vor, insbesondere, wenn Sie hier mit dicken Backen rumlaufen und der Opposition vorwerfen, was sie für Pläne hätte. Nein, bei Ihnen rede ich nicht über Pläne, sondern über Fakten, die Sie vor der Wahl geschaffen haben und die wir jetzt mitschleppen. Das ursprüngliche Sparvolumen von 1,7 Milliarden Euro haben Sie jetzt wieder zurückgeführt auf 1,5 Milliarden Euro. Das ist die Wahrheit und dafür braucht sich der Finanzsenator nicht zu spreizen, dafür muss er sich schämen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn er sagt, die 3,5 Milliarden Euro, die seit Anfang der Neunzigerjahre verkauft worden seien, seien bis 2001 in den Orkus verschwunden, heute aber nicht, dann ist das ein ziemlicher Unsinn. Die 3,4 Milliarden Euro, die seitdem verschwunden sind, sind auch in Gestalt eines negativen Finanzierungssaldos verschwunden. Die Gebäude, die heute nicht mehr der Stadt gehören, stehen zwar noch in der Stadt, aber nicht mehr in den Büchern der Stadt, sondern in den Büchern von Privaten. Seit wann das ein Erfolg ist, das müssen Sie mir noch einmal klarmachen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Also ein Erfolg für einen Finanzsenator. In Wirklichkeit sind auch von diesem Senat 3,4 Milliarden Euro Vermögen verbraucht worden.

(Thies Goldberg CDU: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Das führt zu einem negativen Finanzierungssaldo und da hilft Ihnen die bloße Rede von keiner weiteren Verschuldung nicht. Die Stadt hatte seit Anfang, Mitte der Neunzigerjahre das Problem, dass der Konjunkturaufschwung nach der Deutschen Einheit plötzlich abbrach, aber die

C

D

A ganzen Programme darauf berechnet waren, dass das weiterlief. Plötzlich waren wir alle in einer miesen Situation und ich habe es ab 1993 in der Bürgerschaft mitbekommen. Wir haben alle daran gearbeitet, das allmählich abzutragen. Das bekommt man nicht von einem auf den anderen Tag hin. Wenn dann aber so getan wird, als sei das alles nur ganz plötzlich geschehen und in dem selben Moment selbst ein Ausgabenprogramm von 200 Millionen Euro gefahren wird, was so leicht, wenn man sich zurückinnert, keiner der Senate getan hat. Zumindest solange ich in der Bürgerschaft bin, hat sich keiner der Senate 210 Millionen Euro zusätzlich im Wahlkampf genehmigt, über die vorher beschlossene Größenordnung des Haushaltes hinaus. Sie haben den Haushalt seit Dezember 2006, als wir den hier beschlossen haben, um 210 Millionen Euro gesteigert. Das ist Verschwendungen, die Sie in Bezug auf Ihren Wahlerfolg gemacht haben und auf nichts anderes.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort bekommt der Abgeordnete Goldberg.

(*Christian Maaß GAL:* Aber bitte jetzt nicht das Hundethema!)

Thies Goldberg CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, Herr Dr. Maier, wir haben mehr Geld ausgegeben, das ist richtig. Aber im Gegensatz zu Ihrer Darstellung haben wir Investitionen getätigt.

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Hälften, Hälften!)

B – Moment, ich habe Ihnen gerne zugehört. Vielleicht gestatten Sie mir das auch, dass ich meinen Satz zu Ende bringe.

Natürlich haben wir mehr ausgegeben. Wir haben in der Tat auch in Betriebshaushalten mehr ausgegeben. Wir haben beispielsweise 90 Millionen Euro mehr für Kitas ausgegeben als zu rotgrünen Zeiten. Das können Sie uns vorwerfen. Wir können das wieder zurückdrehen.

(*Dr. Willfried Maier GAL:* Nicht im letzten Jahr!)

Wir haben 40 Millionen Euro mehr Erziehungsbeihilfen als unter Rotgrün geleistet. Wir haben 33 Millionen Euro mehr für die Eingliederung behinderter Menschen ausgegeben als unter Rotgrün. Das können Sie uns vorwerfen, das ist in Ordnung, das war vielleicht nicht solide. Diese Ausgaben haben wir zu einem nicht unerheblichen Teil bei anderen Betriebshaushalten allerdings gegenfinanziert durch Einsparungen. Was Sie dabei übersehen, ist, wenn wir Vermögensmobilisierungen betreiben und die Erlöse aus Vermögensmobilisierungen, Herr Zuckerer, in Neuinvestitionen stecken, wenn wir einen Börsengang der HHLA sehr erfolgreich machen und 1 Milliarde Euro erlösen und diese 1 Milliarde Euro als Eigenkapitalbeitrag für die Hafeninvestitionen zur Verfügung haben, dann ist das eine gute Nachricht für die Stadt und keine schlechte, anders als bei Ihnen, wo Sie Ihre Veräußerungserlöse in Betriebshaushalten haben untergehen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Uns das vorzuwerfen, ist doch absurd.

Zum Thema Nettoneuverschuldung. Herr Zuckerer, auch da können Sie sich die Bilanz am Jahresende einmal ansehen. Der Schuldenstand der Freien und Hansestadt Hamburg wird am 31. Dezember 2007 nicht höher sein

als am 31. Dezember 2006.

(*Doris Mandel SPD:* Und der Vermögensstand?
– *Jens Kerstan GAL:* Der ist niedriger!)

– Frau Mandel, den Vermögensstand können Sie sich angucken, und zwar nur dadurch, weil wir – allerdings gemeinsam mit der Opposition – die Doppik eingeführt haben, denn der Vermögensstand der Stadt war vorher gar nicht erkennbar.

(Beifall bei der CDU)

Da können Sie sich zum Beispiel angucken, dass wir Rückstellungen für die Pensionsverpflichtungen der Mitarbeiter der öffentlichen Hand gebildet haben, Dinge, die Sie früher überhaupt nicht berücksichtigt haben in Ihren Haushalten. Gucken Sie sich das einmal genau an, damit Sie erkennen, was Sie in Ihrer Vergangenheit alles angerichtet haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD: Ja, meine Damen und Herren, die Finanzpolitik. In den Jahren 1994 und Folgende haben die damaligen Senate Sparprogramme gefahren.

(*Thies Goldberg CDU:* Was auch bitter nötig war!)

Sie haben im Durchschnitt 150 Millionen pro Jahr gespart. Das war mehr als zwei Drittel höher als das, was Sie zeitweise gespart haben. Die Konsolidierungsleistung unter Rotgrün war höher als die Ihre. Das zur Sachlichkeit. Das werfe ich aber nicht vor. Was ich Ihnen vorwerfe, ist, dass Sie Finanzpolitikern der Opposition das Recht absprechen, Sie zu kritisieren mit dem Hinweis auf die Vergangenheit. Womit kritisieren Sie denn? Nur mit Ihren eigenen Maßstäben. Ist das nicht mehr erlaubt?

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Thies Goldberg CDU:* Dann dürfen Sie nicht die Fakten verkehren!)

Nun kommen wir noch einmal zu Ihrem Haushalt. Sie haben den Betriebshaushalt im Jahr 2007 im Durchschnitt um 150 Millionen Euro ausgeweitet. Das sind unsere bisherigen Berechnungen, ohne einen Nachtragshaushalt einzubringen. Sie haben im gesamten Jahr 2007 450 Millionen Euro zusätzliche Ausgaben beschlossen. Über jede einzelne dieser Ausgaben kann man sprechen. Aber wollen Sie uns bitte erläutern, ob das irgendetwas mit einer längerfristigen, an finanzpolitischen Vorgaben orientierten Finanzpolitik zu tun hatte oder nicht schlicht mit: Geld ist da und wir geben es aus und das war es doch auch. Deswegen ist Senator Peiner doch in Wahrheit gegangen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann kommen wir zu Ihrer Vermögensmobilisierung. Sprache ist ja manchmal verräterisch. Sie sagen immer, Vermögensmobilisierung, Vermögensumschichtung. Ja, meine Damen und Herren, das Vermögen, das aus den Regierungen der Vergangenheit hinterlassen wurde, war mobilisierbar. Das konnte man auf dem Markt verkaufen. Das war marktgängig, das waren Immobilienunternehmen. Das, was Sie damit gemacht haben, sind Investitionen, die wir nicht veräußern werden können. Deshalb nimmt unser mobilisierbares Vermögen ab, es ist endlich

A und die Finanzpolitik, die Sie da machen, ist auch endlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Thies Goldberg CDU*: Das wissen Sie selber, dass das nicht stimmt, was Sie da erzählen!)

Sie wird auch endlich sein, weil Ihre eigene Finanzplanung ausweist, dass Ihre gesamten Reserven, die Sie bisher gebildet haben, und die, die Sie noch über Vermögensmobilisierung zusätzlich erwirtschaften wollen, in 2011 vorbei sein werden.

Jetzt darf ich abschließend noch etwas sagen. Wir können über vieles streiten, wir können unterschiedliche Perspektiven und Vorstellungen über Finanzpolitik haben, aber sich hinzustellen und zu sagen, wir fangen jährlich mit 1 Million Euro Tilgung an, das ist Schwachsinn, das ist Volksverarschung.

(Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Zuckerer, das wird Sie nicht überraschen. Ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf. Das ist der zweite.

Walter Zuckerer (fortfahrend): – Ja. Warum ist es so? Sie werden 20.000 Jahre brauchen, bis Sie fertig sind, aber bis dahin ist es nichts mehr wert. Vielleicht können Sie Kopfrechnen.

(Beifall bei der SPD)

B **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich**: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet. Wir werden sie morgen mit dem zweiten Thema fortsetzen.

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 58, 62 und 104, zu den Drs. 18/7809, 18/7813 und 18/7864, Berichte des Wirtschaftsausschusses: Evaluierungsbericht zum Hamburgischen Vergabegesetz mit dem Bericht des Wirtschaftsausschusses über das Thema Lohndumping und dem gemeinsamen Antrag von SPD und GAL: Faire Löhne für Dienstleister der Bürgerschaft.

[Bericht des Wirtschaftsausschusses über die Drucksache 18/7388: Evaluierungsbericht zum Hamburgischen Vergabegesetz (HmbVgG) (Senatsmitteilung) – Drs. 18/7809 –]

[Bericht des Wirtschaftsausschusses über das Thema Lohndumping (Selbstbefassungsangelegenheit) – Drs. 18/7813 –]

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL: Faire Löhne für Dienstleister der Bürgerschaft – Drs. 18/7864 –]

Zur Drs. 18/7809 liegt Ihnen als Drs. 18/7969, Neufassung, ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD: Evaluierungsbericht zum Hamburgischen Vergabegesetz (HmbVgG) – Hamburg steht zur Tariftreue

– Drs. 18/7969 (Neufassung) –]

Des Weiteren liegt Ihnen zur Drs. 18/7864 als Drs. 18/7971 ein gemeinsamer Antrag von SPD und GAL vor.

[Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL:

Gehaltsstruktur der Hamburger Ratsdiener

– Drs. 18/7971 –]

Wer wünscht das Wort? – Frau Dräger.

Gesine Dräger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt in Deutschland seit mindestens einem Jahr eine deutliche Mehrheit für einen Mindestlohn. Das reicht weit in die Anhängerschaft der konservativen Parteien und auch weit hinein in die Anhängerschaft der FDP, die diesen Mindestlohn stark ablehnt. Aber ich will vor allen Dingen über die CDU reden.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Frau Abgeordnete, ich möchte Sie einmal unterbrechen, weil es hier zu laut ist.

Gesine Dräger (fortfahrend): Auch bei den Anhängern der CDU und den Mitgliedern der CDU gibt es viele, die diesen Mindestlohn wollen. Ich glaube, die Menschen haben recht, und zwar aus zwei Gründen. Die Menschen möchten, dass jemand, der den ganzen Tag für seinen Lebensunterhalt arbeitet, damit auch genug Geld verdient, um am Ende des Tages seiner Familie nicht sagen zu müssen, jetzt gehe ich noch zur team.arbeit.hamburg und lasse mir noch ein bisschen etwas draufzahlen, weil ich sonst unseren Lebensunterhalt nicht bestreiten kann. Das finden viele Menschen in Deutschland zutiefst ungerecht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Anlässlich der Debatte um Lohndumping in Hamburg haben wir spätestens mit der Berichterstattung über die Vergütungen von Reinigungskräften in Hamburger Hotels begonnen. Wir haben aber anlässlich dieser Debatte Anträge dazu gestellt und eigentlich gehofft, dass die CDU sich dieser breiten Mehrheit auch in der Hamburger Bevölkerung nicht entgegenstellen wird und gemeinsam mit den Sozialdemokraten und den Grünen solche Initiativen auf Bundesebene vertreten wird. Wir haben uns geirrt, weil sich die CDU aus sehr ideologischen Gründen – das haben wir hier immer wieder in der Debatte erlebt – dieser Meinung nicht anschließen will und das nicht flächendeckend einführen möchte. Sie verweigert sich dieser Art des gesetzlichen Mindestlohnes und das finde ich sehr bedauerlich.

Ich finde es bedauerlich, dass es inzwischen zu einem Standardthema von Betriebsräten gehört, dass sie die Arbeitnehmer in ihren Unternehmen darüber aufklären, wie man zusätzliche Leistungen vom Staat beantragt. Man muss sich das vorstellen. Früher haben sich Betriebsräte sehr wesentlich darum kümmern müssen, die Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Unternehmen zu organisieren. Jetzt müssen sie die Arbeitnehmer beraten, damit die neben ihrem Arbeitslohn noch Leistungen vom Staat bekommen und das in einer reichen Stadt wie Hamburg.

C

D

- A Jedes Mal, wenn ich mit Betriebsräten rede, schäme ich mich für diesen Zustand.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Das ist die eine Seite, warum man alleine aus der Gerechtigkeit gegenüber ehrlicher Arbeit einen Mindestlohn braucht.

Die zweite Seite ist die der Unternehmen. Ein Mindestlohn wäre ein geeignetes Instrument, ehrliche und vernünftige Unternehmer vor Geschäftsmodellen zu schützen, mit denen sie ausgebremst werden, die nur dadurch möglich werden, dass Unternehmen Dumpinglöhne zahlen, höchst geringe Löhne zahlen und wir als Staat keine Möglichkeit haben, dagegen vorzugehen. Es ist nicht so, dass der Staat nicht versucht auszuschöpfen und zu kontrollieren da, wo es möglich. Aber wir mussten in den Dumpinglohndebatten erfahren, dass uns zum Teil die Hände gebunden sind, weil wir gar nicht eingreifen müssen und diesen Zustand gilt es zu beenden. Man muss es sich vorstellen. Da sind Unternehmen am Markt, das eine zahlt vernünftige Löhne, zahlt Steuern für seine Mitarbeiter, zahlt selber Steuern, Unternehmenssteuer, zahlt Sozialabgaben. Das andere Unternehmen drückt seine Kosten, indem es seinen Mitarbeitern Minimallöhne zahlt. Diese Mitarbeiter müssen dann – wie man so schön sagt – zum Amt rennen und bekommen dort Geld, damit sie ihren Lebensunterhalt finanzieren können. Wer zahlt dieses Geld? Gerade die Unternehmen, die mit den "unredlichen" Unternehmen in Konkurrenz stehen. Das heißt, das jetzige System bevorzugt Geschäftsmodelle, die nicht nur ausbeuterisch sind, sondern die ehrliche Unternehmer benachteiligen und von ihrem verdienten Gewinn – darum geht es schließlich in der Unternehmerschaft – ausschließen. Dagegen möchten Sie nichts unternehmen. Das haben wir in vielen Abstimmungen und in vielen Diskussionen in der Bürgerschaft erleben können und das wirft ein ziemlich schlechtes Licht auf Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben in dieser Bürgerschaft mehrfach Anträge zum Thema Mindestlohn gestellt, Sie haben sie alle immer und immer wieder abgelehnt. Wir haben heute einen Antrag zum Thema Vergabegesetz vorliegen. Ich hoffe, dass sich die große Einigkeit, die es zum Thema Vergabegesetz gab, in der Bürgerschaft fortsetzt. Wir haben den Antrag gestellt, damit wir ein gemeinsames Signal setzen können. Die Innungen, die Kammern, die Gewerkschaften sind dafür, dass das Vergabegesetz entfristet wird. Die Kammern, wir haben das in Gesprächen erfahren, die Gewerkschaften und die Innungen sind dafür, dass auch öffentliche Unternehmen einbezogen werden. Wir haben in den Beratungen gehört, auch die CDU sei dafür, dass die öffentlichen Unternehmen – so heißt es im Protokoll des Wirtschaftsausschusses – nicht zu denen mit den niedrigsten Preisen gehören sollten. Das ist ein Anspruch, den Sie formulieren. Wenn Sie sich aber ein bisschen in dieses Thema vertiefen, dann werden Sie sehr schnell feststellen, dass auch öffentliche Unternehmen bei ihren Ausschreibungen nur dann über den Lohn reden können, wenn das im Tarifreuegesetz geregelt ist. Deswegen gibt es heute für Sie überhaupt keinen Grund, unserem Antrag nicht zuzustimmen. Wir möchten, dass diese Bürgerschaft eindeutig den politischen Willen formuliert, es in dieser Stadt nicht zuzulassen, dass die Stadt oder öffentliche Unternehmen Auftraggeber sind – oder sogar Auftraggeber sein müssen, weil Ausschrei-

bungen das unter Umständen nicht anders zulassen –, die Dumpinglöhne zahlen. Es wäre gut, wenn Sie heute über Ihren Schatten springen würden und mit uns gemeinsam diesen Beschluss fassen. Wenn Sie es aber zum wiederholten Male nicht tun, dann haben Sie in meinen Augen – ich glaube, auch in den Augen vieler Wähler – endgültig jede Glaubwürdigkeit verloren, wenn es darum geht, Dumpinglöhne, Hungerlöhne, nicht ausreichende Löhne in dieser Stadt zu verändern. Ich befürchte, dass Sie zu dieser Leistung wieder einmal nicht in der Lage sind und dass Ihnen das Schicksal der Menschen in dieser Stadt an dem Punkt völlig egal ist. Es ist Ihnen auch egal, welcher Konkurrenz Unternehmen in dieser Stadt durch Ihre Untätigkeit ausgesetzt sind, obwohl Ihre Partei gern darüber redet, dass es Unternehmen fördern möchte. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Gudrun Köncke GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der SPD geht es – das hat auch der Beitrag der Kollegin Dräger gezeigt – nicht um Lösungen, sondern es geht um Populismus.

(Beifall bei der CDU)

Das Thema, welches in Ihrer Rede den breitesten Raum eingenommen hat, war der Mindestlohn. Das ist ein Bundesthema, darüber sind wir uns einig. Wenn man hier etwas verändern will, dann muss im Entsendegesetz etwas geschehen und/oder im Arbeitsbedingungsgesetz. Das ist kein Hamburger Thema.

(*Ingo Egloff SPD: Aber das Vergabegesetz können Sie in Hamburg regeln!*)

– Lieber Herr Egloff, dann kommen wir jetzt zu dem, was Sie zum Hamburgischen Vergabegesetz auf den Tisch gelegt haben.

Wir haben in Hamburg in der Tat ein Vergabegesetz, welches sich auch nach Überzeugung des Senats bewährt hat.

(*Erhard Pumm SPD: Wem haben Sie das denn zu verdanken?*)

Auch deshalb werden wir dafür sein, dass dieses Gesetz unbefristet verlängert wird. Wenn es Ihnen wirklich darum gegangen wäre, hier eine fertige Lösung zu präsentieren, dann hätten Sie nicht einen solchen Antrag auf den Tisch gelegt, den Sie schnell noch einmal wieder umbauen mussten, in dem eigentlich nur ein politischer Wille steht.

(*Gesine Dräger SPD: Den haben Sie nicht!*)

Das hat Frau Dräger nicht richtig deutlich gemacht. Ob wir heute diesen Antrag in der alten oder in der neuen Fassung beschließen oder die "Linde rauscht", macht keinen Unterschied. Wenn Sie ein Gesetz ändern wollen, Herr Grund, dann müssen Sie das entsprechend als Gesetzesänderung formulieren. Das haben Sie nicht gemacht, also geht es Ihnen gar nicht darum, jetzt schnelle und dauerhafte Lösungen einzuführen, sondern Sie wollten vor der Wahl noch einmal ein paar Punkte sammeln – mehr nicht.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD: Das ist, wenn man von Dingen redet, von denen man*

C

D

A keine Ahnung hat!)

Gerade weil das Vergabegesetz heute mit auf der Tagesordnung steht – Frau Mandel, hören Sie zu, das kapieren Sie auch –,

(*Doris Mandel SPD*: Ich habe doch gar nichts gesagt!)

verstehe ich den Antrag "Faire Löhne für Dienstleister der Bürgerschaft" umso weniger.

(*Dr. Monika Schaal SPD*: Hoffentlich hören da draußen alle zu!)

– Ja, hören Sie auch ruhig zu.

Dieser Antrag hat einen Vorlauf. Er besteht in einem Brief des SPD-Fraktionsvorsitzenden an den Bürgerschaftspräsidenten, in dem er darum bittet, dass dieses Thema bei der nächsten regulären Sitzung des Ältestenrats mitberaten werden möge. Daraufhin hat der Bürgerschaftspräsident eine Prüfung eingeleitet, ob diesem Petition rechtlich einwandfrei gefolgt werden kann. Die SPD-Fraktion hat gesagt, wir warten das Ergebnis der Rechtsprüfung nicht ab, wir sind politisch festgelegt und deswegen stellen wir den Antrag, ohne das Prüfungsergebnis zu kennen. Mittlerweile liegt das Prüfungsergebnis vor. Nach dem Vergabegesetz ist es schlicht und ergreifend rechtlich unmöglich, das zu tun, was Sie in Ihrem Antrag fordern. Das heißt, wenn es Ihnen wirklich um die Sache ginge, dann hätten Sie zwei Möglichkeiten gehabt: Sie könnten eine Totalrevision des Vergabegesetzes vornehmen oder Sie müssten diesen Antrag zurückziehen, weil die Lösung, die Sie zur Abstimmung stellen, rechtswidrig ist.

(*Doris Mandel SPD*: Was ist denn daran rechtswidrig?)

Damit kommen wir zu dem dritten Antrag, zur Gehaltsstruktur der Hamburger Ratsdiener.

Meine Damen und Herren, ich habe es noch nicht erlebt, dass sich ein Parlament, welches nicht als Arbeitgeber in diesem Sinne an einer tariflichen Auseinandersetzung beteiligt ist, so in laufende Verhandlungen, in laufende Schlichtungen einmischt. Es besteht Einvernehmen zwischen den Ratsdienern und dem Senat als Arbeitgeber, dass in diesem Konflikt ein externer Schlichter oder externer Vermittler tätig werden soll. Herr Grund, vielleicht teilen Sie als Gewerkschafter meine Auffassung, ich bin immer noch der Meinung, die Tarifpartner sollten sich untereinander einigen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält die Abgeordnete Köncke.

Gudrun Köncke GAL:* Herr Reinert, ich möchte mich ganz kurz in die Debatte einmischen. Sie haben der SPD vorgeworfen, sie sei nicht an Lösungen interessiert. Ich habe das Gefühl, Sie haben das Problem nicht erkannt. Wenn Sie zu dem Problem Stellung genommen hätten, dann wären wir vielleicht einen Schritt weitergekommen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das zentrale Problem bedeutet, dass wir in Hamburg – das streiten Sie sicherlich nicht ab – Fälle von Lohndumping und massiver Absenkung des Lohnniveaus

haben, und zwar auch im Zusammenhang mit öffentlicher Auftragsvergabe. Wir müssen uns überlegen, welche Verantwortlichkeit besteht und welche Vorbildwirkung die Stadt und der Senat bei der Auftragsvergabe haben, um solche Lohnstrukturen zu verhindern. Meine Frage brauchen Sie jetzt noch nicht zu beantworten, aber denken Sie einmal darüber nach: Hat der Staat, hat die Stadt Hamburg tatsächlich eine Vorbildfunktion für andere Unternehmen, wenn es darum geht, bestimmte soziale Bedingungen zu gestalten? Ich denke dabei zum Beispiel daran, wenn es heißen würde, verstärkt Migranten einzustellen oder Familienförderung über Arbeitsbedingungen zu gestalten. Das würden Sie sicherlich nicht ablehnen. Hier geht es um die Auftragsvergabe. Auch da könnte man feststellen, dass es eine Verantwortung gibt.

(*Barbara Ahrons CDU*: Haben Sie sich das Vergabegesetz einmal durchgelesen, Frau Köncke?)

– Ich war sogar dabei, Frau Ahrons, im Gegensatz zu Herrn Reinert.

Es gab während der Anhörung zu dem Vergabegesetz zwei kritische Punkte: Das Korruptionsregister, das noch gar nicht zur Sprache gekommen ist, und die Tariftreuerklärung. Es würde also darum gehen, diese Tariftreuerklärung entsprechend auszuweiten.

Während der Diskussion gab es in der Evaluierung des Senats keine kritische Auseinandersetzung mit diesen beiden Punkten, man ist darüber hinweggegangen.

Ich möchte bei dieser Auseinandersetzung auf die Problematik zurückkommen, die die SPD angesprochen hat.

Wir haben in den beiden relativ aufgeregten Wahlkampfreden von Herrn Freytag und Herrn Schira nur wenig mitbekommen, aber wir haben kurz vor dem Wahlkampf erkannt, dass die CDU, nachdem sie sechs Jahre Kahlschlagpolitik in der Sozialpolitik veranstaltet hat, eine Idee davon hat, was soziale Lebenslagen in der Stadt bedeuten könnten. Soziale Spaltung wollen wir das nicht nennen, denn diesen Ausdruck haben die Grünen mit geprägt. Das hässliche Wort wollen wir bitte nicht in den Mund nehmen.

Sie haben gestern zusammen mit Senator Gedaschko, Ole von Beust und einigen Staatsräten großartig dargestellt, dass Sie zumindest "Geld in die Hand" nehmen wollen. Was Sie genau mit dem Geld machen wollen, wissen wir nicht genau, aber Sie sprechen von 10 Millionen Euro.

Es hat mich ganz besonders gewundert, dass einer, der im Wesentlichen für diese Lebenslagen verantwortlich ist und der die Gründe, die zur Armut führen, mit bewegen könnte, nicht da war.

Was begründet eigentlich Armut? Das sind die entsprechenden Einkommensverhältnisse in der Stadt Hamburg. Die könnten Sie mit bewegen, gerade weil wir wissen, dass es von 21.000 neuen sozialversicherungspflichtigen Jobs ungefähr 16.000 neue Aufstocker in der Stadt gibt. Also übernehmen Sie die Verantwortung auch für die Gehaltsentwicklung.

Herr von Frankenberg, Sie haben sich kürzlich vehement gegen Mindestlöhne ausgesprochen und gesagt, wir brauchen mehr Allgemeinverbindlichkeitserklärungen, das heißt, wir müssen die Tarifverträge stärken. Die Ausweitung der Tariftreuerklärung hieße nichts anderes, als Tarifverträge zu stärken. Dazu würde ich Sie trotz der

C

D

A formalen Unsicherheiten des Antrags auffordern. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält der Abgeordnete Grund.

Uwe Grund SPD: Frau Präsidentin! Jetzt wollte ich eigentlich gern Herrn Reinert antworten, aber ich sehe ihn nicht. Ach, da hinten ist er, ich habe ihn gefunden.

(*Ingo Egloff* SPD: Er nimmt schon hinten den Sitz für die nächste Legislaturperiode ein!)

Herr Reinert, wenn die CDU in der letzten Legislaturperiode die gleiche Mehrheit gehabt hätte wie in dieser, dann gäbe es das Vergabegesetz gar nicht. Sie waren immer dagegen.

(Beifall bei der SPD)

Hätten sich neben der Opposition nicht die Gewerkschaftsbewegung und vor allen Dingen die Kammern – vor allen Dingen die Handwerkskammer – für ein Vergabegesetz und für Tariftreue eingesetzt, dann hätte dies gar nicht stattgefunden. Nun hat der Senat berichtet – man höre und staune –, dass das Gesetz, das die CDU eigentlich gar nicht wollte, ein gutes Gesetz ist, weil die Bauwirtschaft und andere das bestätigt haben. Das Ergebnis der Arbeit der letzten Jahre, die der Senat, die Bürgerschaft, die Bauwirtschaft, die Gewerkschaft BAU betrieben haben, liegt uns als Bericht kurz vor Ende der Legislaturperiode vor.

B (Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Uwe Grund (fortfahrend): Ja.

Zwischenfrage von Bernd Reinert CDU: Herr Grund, zeigt das nicht geradezu beispielhaft, wie ehrlich der Senat in all seinen Äußerungen ist?

(Beifall bei der CDU und Lachen bei der SPD)

Uwe Grund (fortfahrend): Herr Reinert, selbst die CDU kommt gelegentlich nicht drumherum, etwas zu lernen; manchmal passiert es.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Der Bericht ist kurz vor Ende dieser Legislaturperiode eingetroffen. Wir haben im Ausschuss vorgeschlagen, gemeinsam zu erklären, wir machen uns bis zum Jahresende auf, ein Gesetz zur Entfristung einzubringen. Da hat die CDU gesagt, das ginge gar nicht, das sei nur eine Kenntnisnahme, man könne keine Beschlüsse fassen. Wir haben also einen Antrag gestellt und gesagt, dann ist es Aufgabe dieses Parlaments, noch vor Ende der Legislatur zu sagen, wir haben das evaluiert, wir haben das geprüft, der Senat ist der gleichen Meinung, bringt ein Gesetz auf den Weg, das die Entfristung dieses Gesetzes beinhaltet. Das halte ich für einen anständigen parlamentarischen Abschluss dieses wichtigen Vorganges. Mehr ist es gar nicht.

(Beifall bei der SPD)

C Jetzt haben wir das noch korrigiert und den Senat aufgefordert, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzubereiten. Damit sind die letzten formalen Hürden beseitigt und Sie können diesem Antrag jetzt getrost zustimmen.

Das zweite Thema: Faire Löhne für Dienstleister der Bürgerschaft. Es geht nicht um irgendjemand, sondern wir reden über Damen und Herren, die – beispielsweise heute, wenn wir hier tagen – in der Eingangshalle für Sicherheitsfragen zuständig sind, die dafür sorgen, dass es unseren Gästen gut geht, dass sie freundlich empfangen werden und dass ihre Garderobe bewacht wird. Das ist die Arbeit, die dort geleistet wird. Nun haben wir festgestellt, dass sie für diese Tätigkeit einen Stundenlohn von 6,62 Euro erhalten. Wir würden ihn als "Hungerlohn" bezeichnen, denn das ist keine angemessene Bezahlung für vollwertige Arbeit.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Wir haben gesagt, wir bitten, dafür Sorge zu tragen – unser Fraktionsvorsitzender hat das bestätigt –, dass Dienstleistungen, die für diese Bürgerschaft erbracht werden, nicht unterhalb 7,50 Euro liegen sollten. Das ist ein leicht verständlicher Antrag.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie dürfen gern unsere Gäste fragen, ob sie nicht auch der Meinung sind, dass diese Dienstleistungen, die für sie und uns erbracht werden, angemessen sind, und die Damen und Herren, die auf unsere Mäntel aufpassen, nicht hinterher zum Sozialamt gehen und aus der Sozialkasse Lohnaufstockung verlangen müssen. Das gehört sich einfach nicht für ein Parlament.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

D Ich bin zu einem anderen Schluss gekommen als Sie, Herr Reinert. Die Bürgerschaftskanzlei hat geprüft und immer, wenn sich Juristen mit so etwas befassen, werden mehrere Seiten gefüllt, die ganz interessant zu lesen sind. Kennen Sie das Fazit der Spezialisten der Bürgerschaftskanzlei? Nach den geltenden Regeln in dieser Stadt dürfen wir bei dem Ausschreibungsverfahren überhaupt keinen Einfluss darauf nehmen, ob Menschen, die für uns arbeiten, angemessen bezahlt werden. Das heißt, wenn jemand seine Dienste für 3,30 Euro anbietet, wären wir am Ende auch gezwungen, ein solches Angebot anzunehmen.

(*Bernd Reinert* CDU: Stimmt doch gar nicht!)

Es gibt kein Beispiel, das deutlicher macht, dass wir einen gesetzlichen Mindestlohn brauchen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn uns unsere eigene Verwaltung sagt, das Parlament sei nicht in der Lage, in einem Ausschreibungsverfahren festzulegen, dass die Beschäftigten einen Lohn von 7,50 Euro erhalten, dann brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn. Es gibt keine bessere Antwort darauf.

(Beifall bei der SPD)

Ich gehe sogar noch weiter. Wenn sich das bis dahin nicht realisieren lässt, würde ich die CDU in jeder Sitzung neu vor die Frage stellen, notfalls ein Gesetz einzubringen, das sicherstellt, dass unsere Dienstleister angemessen bezahlt werden. Und Sie stimmen darüber ab und wenn es sein muss namentlich.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

A Der letzte Punkt, die Ratsdiener. Das ist wirklich der Gipfel am Ende der Legislaturperiode. Als der neue Landesbetrieb Rathauservice gegründet worden ist und klar war, dass es die Ratsdiener in ihrer bisherigen Gestalt auf absehbare Zeit wahrscheinlich nicht mehr lange geben wird – viele Dienstleistungen wurden fremd vergeben, wie wir inzwischen wissen, mit unseren Steuergeldern zu Dumpinglöhnen –, da ist den Ratsdienern versprochen worden, ihre persönlichen Dienstvereinbarungen seien von dieser Entscheidung nicht berührt. Dann gingen Bürokraten, die offensichtlich "Tinte im Knie" haben, über die Probleme her. Das Ergebnis ist, dass ernsthaft erklärt wird, es sei notwendig und gerecht, vom Gehalt der Ratsdiener, die für unseren Service zuständig sind, möglichst noch 300 oder 400 Euro zu streichen. Es wird nicht berücksichtigt, zu welcher Zeit die Menschen ihre Arbeit erbringen, dass sie uns immer zur Verfügung stehen müssen, wann immer wir "verrückterweise" bis in die Nachtstunden tagen wollen, weil die Aktuelle Stunde ein bisschen länger dauert. Das alles spielt gar keine Rolle, die Ratsdiener stehen zur Verfügung. Sie bedienen die Gäste der Stadt, beispielsweise im Großen Festsaal, höflich, freundlich und professionell.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie bekommen aber nicht wie in der privaten Wirtschaft für solche Dienstleistungen wenigstens ein Trinkgeld. Das wird dort nicht erwartet. Selbstverständlich wird diese Dienstleistung freundlich erbracht, es gibt keinen "müden" Cent bei solchen Veranstaltungen. Aber was meint die CDU? Wir müssen denen noch 300 Euro nehmen. Meine Damen und Herren, dafür habe ich nur drei Worte: kleinariert, schäbig und unwürdig.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort erhält Frau Dr. Lappe.

Dr. Verena Lappe GAL: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Reinert, Sie haben eben gesagt, wir hätten uns als Parlament aus der Auseinandersetzung zwischen den Ratsdienerinnen und Ratsdienern und dem Landesbetrieb Rathauservice und indirekt mit der Senatskanzlei herauszuhalten. Ich denke das überhaupt nicht. Wir haben als Parlament die Aufgabe, uns um die Angelegenheiten zu kümmern, die mit den Angestellten im öffentlichen Dienst passieren, auch bei outgesourceten Unternehmen der öffentlichen Hand. Wir haben natürlich auch als Kunde des Landesbetriebs Rathauservice ein Auge darauf zu werfen, wie der Landesbetrieb mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgeht. Die Forderung, die SPD und GAL aufstellen, ist das Mindeste an Anstand, was man in dieser Angelegenheit erwarten muss.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es würde auch Ihrer Fraktion gut zu Gesicht stehen, wenn Sie sich hierzu einmal äußern würden, statt sich herauszuziehen und den Kopf wegzuducken. Hier ist von Ihnen gefordert, dass Sie eine Position einnehmen und nicht die Verantwortung für das, was dort passiert, abschieben.

Ich habe mich über diese Angelegenheit sehr aufgeregt, denn es ist in unserer Gesellschaft sehr wichtig, dass man Wort hält und sich auf Zusagen verlassen können muss. Das ist in diesem Fall mit Füßen getreten worden.

Ich habe die Vereinbarung vom Herbst 2004 vorliegen, in der schwarz auf weiß steht, dass der bevorstehende Reorganisationsprozess zukünftig keine Schlechterstellung der Bediensteten zur Folge haben wird. Genau das ist eingetreten und das können wir so nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Der Auslöser dafür ist im Grunde noch skandalöser, denn der Auslöser ist gewesen, dass der Landesbetrieb Rathauservice die gesetzlich geregelte Arbeitszeitregelung einzuhalten hat. Sie kündigen die Überstunden- und Nachtpauschale für die Rathausdienerinnen und Rathausdiener, brechen dabei das Wort und machen das aufgrund der Tatsache, dass gesetzliche Regelungen einzuhalten sind. So kann der Arbeitgeber Stadt, die öffentliche Hand, nicht mit seinen Angestellten umgehen. Es ist geradezu unsere Pflicht, hier Position zu beziehen und einen Antrag, wie wir ihn vorgelegt haben, positiv abzustimmen. Ich fordere Sie auf, das zu tun, um die Glaubwürdigkeit der öffentlichen Hand als Arbeitgeber einigermaßen wieder herzustellen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung.

Zunächst zum SPD-Antrag aus der Drs. 18/7969 in der Neufassung. Die CDU-Fraktion möchte über die zwei Spiegelstriche des Antrags getrennt abstimmen.

Wer möchte dem Antrag aus dem ersten Spiegelstrich zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer möchte dem Antrag aus dem zweiten Spiegelstrich seine Zustimmung geben? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig angenommen.

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von den Berichten des Wirtschaftsausschusses, Drs. 18/7809 und 18/7813, Kenntnis genommen hat.

Nun kommen wir zum gemeinsamen Antrag von SPD- und GAL-Fraktion, Drs. 18/7971.

Wer möchte diesem zustimmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Schließlich kommen wir zum gemeinsamen Antrag von SPD- und GAL-Fraktion aus Drs. 18/7864.

Wer möchte diesen annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Auch das ist mit Mehrheit abgelehnt.

(Uwe Grund SPD: Schäbig und unwürdig!)

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 23, Drs. 18/7710, Unterrichtung durch den Präsidenten: Volksinitiative "Eine Schule für Alle".

**[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Volksinitiative "Eine Schule für Alle"
– Drs. 18/7710 –]**

Wer wünscht das Wort? – Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Es ist interessant, dass bei der

C

D

- A Debatte zur Schule alle hinauslaufen, obwohl es so ein wichtiges Thema ist.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich freue mich und meine Fraktion freut sich natürlich auch sehr, dass wir diesen Punkt heute zur Debatte in der Bürgerschaft anmelden konnten. Ich freue mich, weil es bedeutet, dass die Volksinitiative "Schule für Alle" in so kurzer Zeit die notwendigen 10.000 Unterschriften von Unterstützerinnen und Unterstützern – im Ganzen waren es sogar 15.000 – bekommen hat.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich freue mich auch, weil wir damit in Hamburg einer "Schule für Alle" einen Schritt nähergekommen sind. Ich weiß, es ist noch ein weiter Weg, weil wir bisher nicht alle Eltern, Schülerinnen und Schüler überzeugen konnten. Der Volksentscheid ist natürlich noch lange nicht gewonnen, das ist klar. Man muss aber auch bedenken, dass auf der Straße mindestens doppelt so viele Gespräche geführt werden mussten, um 15.000 Unterschriften zu erhalten.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich (unterbrechend): Ich muss Sie kurz unterbrechen. Ich muss um ein bisschen mehr Ruhe bitten.

Christa Goetsch (fortfahrend): Vielen Dank, Frau Präsidentin! Es ist hier manchmal wie in der Schulkasse.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

- B Es gab viele Gespräche und Diskussionen – auf den Straßen, auf den Märkten, in den Schulen – für eine "Schule für Alle", für eine Schule, die sich vom Gleichschritt verabschiedet, die keinen Einheitsunterricht mehr will.

Für alle, die keinen Einheitsunterricht mehr wollen, haben die Unterschriftensammlerinnen und -sampler Großen geleistet. Sie haben die notwendige Schuldiskussion in die Stadt gebracht. Allen denen nochmals einen herzlichen Dank.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Die CDU hatte ihre Art und Weise, Diskussionen über die Medien in die Stadt zu bringen. Die Senatoren Dr. Freytag und Dinges-Dierig haben im November 2007 öffentlich gemacht, was sie von Gesamtschulen halten. Ihre Botschaft war: Gesamtschule ist gleich Abstieg. Das ist ein Ausschnitt aus dem "Hamburger Abendblatt" vom 5. November 2007.

Nun sagt auch noch der Bürgermeister, dass er von Gesamtschulen die Nase voll hat.

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

Das ließ er Mitglieder des Anglo German Clubs wissen, was im "Hamburger Abendblatt" am 1. Februar 2008 zu lesen war.

Herr von Beust ist jetzt nicht mehr anwesend. Ehrlich gesagt, ich habe noch nie den Eindruck gehabt, dass er von Bildungspolitik eine Ahnung hat. Trotzdem würde mich natürlich die Meinung von Herrn von Beust sehr interessieren, wovon er die Nase voll hat. Von den Gesamtschulen, von den Gesamtschultern, von den

Schülerinnen und Schülern oder vielleicht von den 30 Prozent der Eltern, die ihre Kinder an die Gesamtschule anmelden?

(Zuruf von Rolf Harlinghausen CDU)

Herr Harlinghausen, ich finde, dass Herr von Beust so nebenbei eine ganze Schulgemeinde beleidigt. Und dann heißt es auf Nachfrage: Kein Kommentar. Jetzt müsste er doch einmal zur Debatte an das Pult kommen und erklären, was er zu den Gesamtschulen, zur Bildungspolitik zu sagen hat,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Doch nicht bei so einem Gequassel!)

wenn das angeblich so ein wichtiges Thema für Ihren Senat ist. Oder muss die gewählte Vertretung der Hamburger Elternschaft, die Elternkammer, bis zum Sankt Nimmerleinstag warten, bevor Sie, der Bürgermeister und der CDU-Senat, die Aussage richtigstellt und auch die Leistung der Gesamtschulen anerkennt.

(Gerhard Lein SPD: Nein, bis zum 24. Februar!)

Die Eltern haben es verdient, hier und heute von Ihnen einmal Klartext zu hören und Sie und Ihr Bürgermeister können sich nicht weiter davor drücken.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Immerhin haben Sie diese Woche mitteilen lassen, dass der Schulstress der Gymnasiasten sowie die Krise an den Hamburger Gymnasien auch beim Bürgermeister angekommen sind und nicht nur bei Beckmann und der "Bild"-Zeitung. Wenn vor Weihnachten noch die CDU als Rettelin der Gymnasien angetreten ist, wird jetzt sehr deutlich, wie die CDU selbst den Karren tief in den Dreck gefahren hat.

(Wilfried Buss SPD: Genau!)

Seit über fünf Jahren führen wir die Debatte über die Verkürzung auf acht Jahre zum Abitur und wir haben permanent Unsicherheiten und Verwerfungen. Alle Warnungen und alle Hilferufe der Eltern in den letzten Jahren sind nie richtig ernst genommen worden. Sie haben die Kinder, die Schülerinnen und Schüler dem Schulstress mit 34 Wochenstunden und mehr allein überlassen. Das ist ein echter Arbeitstag mit Überstunden. Hierbei war bei der Einführung des Abiturs nach acht Jahren klar, wie viele Unterrichtsstunden pro Woche die Schüler durchlaufen müssen.

Die Situation ist wirklich schlimm. Wir haben immer davor gewarnt und haben oftmals hierüber diskutiert. Die Schüler können aber jetzt nicht länger darauf warten, dass man sich jetzt noch ein zweites Mal – wie von Ihnen angekündigt –, in der KMK einsetzen wird, um eine bessere Lösung zu finden.

Wir brauchen jetzt zu dieser Stunde einen Krisengipfel.

(Zurufe von der CDU)

– Natürlich einen Krisengipfel, Herr Hesse. Sie können doch nicht weiter zuschauen und bis zum Sankt Nimmerleinstag warten.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Sie müssen die zuständigen Verantwortlichen, die Schulbehörde und die Schulleitungen, an einen Tisch bringen,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wenn Sie so weiter

A reden, dann sind Sie bald unter 10 Prozent, Frau Goetsch!)

um eine Veränderung herbeizuführen. Sie können diese Zuspitzung doch nicht weiter so hinnehmen. Ziel muss sein, alles das, was in Hamburg getan werden kann, umzusetzen, damit die Schülerinnen und Schüler so schnell wie möglich entlastet werden. Es wäre gut, wenn Elternkammer und Schulbehörde ganz unbürokratisch an einem Strang ziehen würden.

Jetzt höre ich Sie natürlich bereits sagen, dass die Goetsch sowieso die Gymnasien abschaffen will.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Stimmt! Richtig!)

Hier sind Sie richtig auf dem falschen Trip.

(Zurufe von der CDU: Ah!)

Ich interessiere mich nämlich für die Schülerinnen und Schüler, die unter Ihrer Politik zu leiden haben, Herr Hesse.

Die CDU sagt, dass wir die Gymnasien benötigen, weil die Eltern das wollen, und wirft der GAL vor, dass sie die Gymnasien gegen den Elternwillen abschaffen will. Dann frage ich Sie, meine Damen und Herren von der CDU, warum es so viele Klagen gibt, was Sie in den Gymnasien angerichtet haben. Sie sind doch diejenigen, die in der Einführung des Zwei-Säulen-Modells die Gymnasien links liegen lassen werden.

Sie haben definitiv erklärt und Ihre Senatorin allen voran: Große Klassen, 34 Stunden Unterricht und wer nicht mitkommt, fliegt hinaus. Das war doch Ihr Credo. Das haben Sie ohne Ende nach dem Motto "Darwin lässt grüßen" gesagt:

(Wilfried Buss SPD: Ja!)

Die Fittesten kommen durch. Sie haben aber wirklich versäumt, dass es hier um eine Schulentwicklung geht, in der die Talente, die Starken gefordert sowie die Schwachen gefördert werden und auch die Gymnasien sich weiter entwickeln müssen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Wie wollen Sie die Gymnasien weiter entwickeln?)

Sie wollen die Gymnasien nicht entwickeln. Das ist hochinteressant. Das können Sie gleich laut kundtun, Herr Hesse. Das kann keine Schulentwicklung sein.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Sie müssen die Kolleginnen und Kollegen in die Lage versetzen, individuell zu fördern, mit der Methodenkompetenz einen individualisierten Unterricht zu führen.

Ich habe in den letzten Wochen weiß Gott viel von den Gymnasialeltern gehört. In der Kombination Heinemann, Ernst, Buss und Goetsch sind wir inzwischen auf 20 Veranstaltungen gewesen. Die Eltern sind verunsichert und sauer, weil sie diese Einführung als unglaublich schlimm für ihre Kinder empfinden. Wer jetzt sein Kind auf dem Gymnasium anmeldet, muss mit einer Chance von 1:2 damit rechnen, dass sein Kind in dieser Schule oben überhaupt nicht ankommt. Das wissen Sie doch alle.

Wir wollen daher – und hier bin ich wieder bei der Volksinitiative – die Schule für Alle. Sie ist eine Schule, in der alle Hamburger Schülerinnen und Schüler motiviert, individuell gefördert und nicht beschämten sowie demotiviert

werden, indem ihnen erklärt wird, dass sie die Schule nicht schaffen, denn bis zur neunten Klasse wird niemand abgeschult. Das Elternwahlrecht und der Elternwillen, die Sie immer wie eine Monstranz vor sich her tragen, werden im Übrigen spätestens nach der sechsten Klasse zunehme gemacht, weil dann sowieso die Schule entscheidet, wo das Kind hingehört oder nicht.

Das heißt, wir brauchen eine Schule, die wirklich die Kinder in den Mittelpunkt stellt. Das ist unser Ziel. Wir wollen die Schule für Alle und daher ist die Volksinitiative "Schule für Alle" ein Erfolg, weil sie die Menschen beteiligt und sie für diese Veränderung gewinnen will. Das macht uns Mut, weiterhin für eine Schule für Alle zu kämpfen. Das heißt nämlich, hier für Hamburger Kinder zu streiten.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Heinemann hat das Wort.

Robert Heinemann CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich glaube, die Einzige, die in dieser Woche einen Krisengipfel benötigt, ist die GAL, um Frau Sager oder Frau Goetsch wieder auf Linie zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Ich persönlich bin der Volksinitiative wirklich dankbar, denn sie hat eines bewiesen: Die Hamburgerinnen und Hamburger wollen keine Einheitsschule.

(Beifall bei der CDU)

Trotz der nun wirklich großen Unterstützung seitens der GEW, den Kammern, der GAL, der Linkspartei und von großen Teilen der SPD sowie trotz zahlreicher Plakate auf den Straßen und einer intensiven Kampagne sind am Ende gerade einmal 15.500 Unterschriften zusammengekommen.

(Zuruf von Sabine Boeddinghaus SPD)

Ich glaube, Frau Boeddinghaus, so etwas nennt man einen echten Rohrkrepierer.

(Beifall bei der CDU)

Frau Goetsch, ich muss Sie korrigieren. Frau Medrow-Struß hat bereits erklärt, wie viele Gespräche die Initiative hierfür führen musste. Es waren nicht 30.000, sondern 60.000 Gespräche.

(Christa Goetsch GAL: Umso besser!)

Also, gerade ein Viertel der Befragten wollte die Einheitsschule. Bei der Umfrage vorher im "Hamburger Abendblatt" war es sogar gerade mal ein Fünftel. Umgekehrt bedeutet das, dass mit Abstand die meisten Hamburger keine Einheitsschule und keine Abschaffung der Gymnasien wollen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Goetsch interessiert das offensichtlich nicht, denn das hat man gerade wieder vernommen. Für die GAL ist der Volkswille immer nur dann relevant, wenn es ihr gerade politisch in den Kram passt.

(Beifall bei der CDU)

Aber wenn das Volk mal nicht so will, wie das Frau Goetsch gern möchte, dann zieht sie ihr Ding einfach

- A trotzdem durch und erzählt dem Volk einfach das Gegen- teil.

Aber das Volk merkt das. Oliver Schirg von der Zeitung "Die Welt" hat Ihnen neulich in seinem Weblog zu Recht Wählerverdummung vorgeworfen. Ich zitiere ihn einmal:

"Es ist bemerkenswert, wie unbekümmert die Spitzenkandidatin der Grünen, Christa Goetsch, seit Tagen versucht, die Wähler für dumm zu verkaufen. Den Einwand, die von ihr gewünschte Einheitsschule würde zur Abschaffung der Gymnasien führen, bügelte sie am Sonntag im Interview der Nachrichtenagentur dpa mit der Bemerkung ab: 'Das ist ja Quatsch'. Frau Goetsch lehnt das Zwei-Säulen-Modell ab, traut sich aber nicht, der Wählerschaft reinen Wein einzuschenken. In den vergangenen Monaten hat sie nicht ein einziges Mal erklärt, wie das eigentlich gehen soll, die 'eine Schule für Alle' einführen und gleichzeitig die Gymnasien erhalten. Der Grund für die Schweig- samkeit von Frau Goetsch liegt darin, dass beides, Gymnasium und Einheitsschule zusammen ein- fach nicht geht."

Soweit Herr Schirg. Seien Sie also ehrlich, Frau Goetsch, und geben Sie doch zu, dass Sie die Gymnasien abschaffen wollen. Das weiß doch mittlerweile sowieso jeder.

Was das Thema Beleidigung angeht, erinnere ich mich sehr gut daran, wie Sie überall immer wieder die Gymnasiallehrer als die bösen Selektierer benennen und neulich alle Abiturienten als am Ende herauskommende einheitliche Strichmännchen bezeichnet haben. Das ist Ihre Sicht von der Hamburger Schullandschaft.

(Beifall bei der CDU)

Kommen wir zur SPD. Die SPD hat erst im Dezember in der Bürgerschaft erneut ein klares Bekenntnis zu unserem Zwei-Säulen-Modell abgelehnt und soeben gab es wieder einigen Applaus für die Volksinitiative. Ebenfalls im Dezember haben Parteivorstand und Parteirat der SPD glasklar formuliert, dass die SPD eine gemeinsame Schule will.

Nun kennt aber auch die SPD die Umfrageergebnisse und auch die SPD steht vor der Wahl. Daher versucht sich natürlich auch die SPD in Wählerverdummung. Sie behauptet also, dass sie nicht die Gymnasien abschaffen will, sondern nur das Abschulen. Meine Damen und Herren von der SPD, ich weiß nicht, ob Sie die Erklärungen der Gymnasialschulleiter gelesen haben. Sie haben ganz klar erklärt, was sie davon halten, auf diese Weise das Gymnasium für Alle durch die Hintertür einzuführen, nämlich gar nichts.

(Wilfried Buss SPD: Das machen Sie doch!)

Sie haben ganz klar erklärt, ich zitiere einmal wieder:

"Im Interesse der Kinder muss aber weiterhin die Möglichkeit erhalten bleiben, wenn nötig, die Entscheidung der Eltern, ihr Kind auf ein Gymnasium zu schicken, am Ende der zweijährigen Beobach- tungsstufenzzeit beratend zu korrigieren."

Diese Erklärung entspricht auch genau unserer gemeinsamen Beschlusslage in der Enquete-Kommission.

In Ihrem Wahlprogramm steht nun leider das Gegenteil. Sie bieten wieder einmal Verwirrung pur. Wollen Sie das

Gymnasium durch die Hintertür abschaffen oder nicht? Gibt es am Ende der sechsten Klasse noch Schulform- wechsel, ja oder nein? Werden Sie die Forderungen der Gymnasialleiter erfüllen, ja oder nein? Erklären Sie das doch heute einmal den Wählerinnen und Wählern an diesem Pult. Zweiseitig Wochen vor der Wahl wäre das langsam an der Zeit.

(Beifall bei der CDU)

Da nun die SPD bildungspolitisch ein bisschen orientie- rungslos umhertorkelt, hätte doch nun Ihr Bürgermeister- kandidat wirklich einmal die Chance ergreifen müssen, bei der Bildung seines sogenannten Kompetenzteams ein eindeutiges Statement abzugeben.

Er hätte beispielsweise für den Bildungsbereich Herrn Professor Lehberger berufen können. Er ist zwar Sozial- demokrat, aber trotzdem ein hervorragender Fachmann. Das soll es geben. Er hat als stellvertretender Vorsitzender der Enquete-Kommission maßgeblich dazu beigetra- gen, dass wir dort zu dem Zwei-Säulen-Modell gekom- men sind.

(Wilfried Buss SPD: Das war Herr Wunder!)

– Nein, das war schon Herr Professor Lehberger.

(Wilfried Buss SPD: Nein, das war Herr Wunder!)

– Ich glaube, ich habe die Beratung geführt und nicht Sie, Herr Buss.

Herr Naumann hat sich aber als Bildungsberater ausge- rechnet einen klaren Verfechter der Einheitsschule geholt. Also favorisiert Herr Naumann offenbar doch die Einheitsschule oder was soll uns dieses Signal sagen?

Nun habe ich heute auf der ersten Seite im "Hamburger Abendblatt" vielleicht die Begründung hierfür gefunden. Dort hat die GAL vier Punkte benannt, warum sie mit der CDU nicht koalieren könnte. Das Problem ist, dass in drei Punkten davon die SPD bisher mit uns übereingestimmt hat. Das würde dann also wahrscheinlich auch ein rot- grünes Bündnis ein bisschen schwierig machen.

(Heiterkeit bei der CDU und der GAL)

Von daher versteh ich, dass die SPD, um die Koalitions- option offen zu halten, jetzt natürlich anfängt, beim Zwei- Säulen-Modell zu wackeln.

Ich habe mich aber generell gefragt, welches Signal Herr Naumann mit diesem Bildungsberater setzen wollte. Dieser Berater – der Name ist hier noch nicht so richtig bekannt, weil er sich irgendwie rar macht. Er heißt Carl Tham. Die meisten von Ihnen werden ihn nicht direkt kennen. Er war einmal schwedischer Bildungsminister.

Nun fragt man sich, was Herr Naumann von diesem Menschen lernen will. Ein Blick in die PISA-Ergebnisse zeigt zuerst einmal schnell, dass Schweden in den PISA- Rankings hinter Deutschland liegt, und zwar mit abstei- gender Tendenz. Noch nie war Schweden so schlecht, wie 2006, als diejenigen Kinder getestet worden sind, die in die Schule gekommen sind, als Herr Tham dort regier- te.

(Karen Koop CDU: Hört, hört!)

Auch bei der sozialen Gerechtigkeit sieht es schlecht aus. Ein Professor der Universität Göteborg stellt ausgerechnet bei einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung fest, dass soziale Ungleichheit leider ein sichtbares Problem

A im schwedischen Schulsystem bleibe. Es gebe in Schweden einen deutlichen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Erfolg im Schulsystem.

(*Karen Koop CDU: Schau an!*)

Die schwedische Einheitsschule von Naumann-Berater Tham ist also leistungsschwach und ungerecht, sagen PISA und die Friedrich-Ebert-Stiftung.

Darüber hinaus zeigt eine weitere aktuelle Studie wiederum der Friedrich-Ebert-Stiftung, dass die Einheitsschule von Tham in schwedischen Großstädten genau die negativen Folgen hat, vor denen wir hier immer warnen. Ich zitiere:

"Gegenwärtig stellt sich die Situation so dar, dass das Gros der Freischulen"

– also der Privatschulen –

"in den Ballungszentren Stockholm, Göteborg und Malmö zu verzeichnen ist und dort dem einheitlichen Bildungssystem sukzessive die Grundlage zu entziehen droht. 2006/2007 besuchte in den Ballungszentren der drei Großstädte schon jeder siebte Grundschüler eine freistehende Schule."

(*Wilfried Buss SPD: Das ist doch wie bei uns!*
– *Gerhard Lein SPD: Er will die Waldorf-Schulen abschaffen!*)

Praktisch bedeutet dies, dass sich ein Trend hin zu Schulen in den besseren Vierteln der Städte ergibt, was die soziale Segregation fördert und dass die kommunalen Schulen [also Ihre Einheitsschulen] mit denen in privater Trägerschaft konkurrieren müssen. Das führt in einigen Fällen bereits zu sozialer Getoisisierung und zum Qualitätsverlust an kommunalen Schulen."

Einfacher ausgedrückt, in Schwedens Großstädten gehen die reichen Kinder auf die Privatschule und die armen Kinder gehen auf die staatliche Einheitsschule. Ist das die Zwei-Klassen-Gesellschaft, die die SPD hier einführen will?

(Beifall bei der CDU – *Karen Koop CDU: Ja!*)

Viel schlimmer für die Betroffenen ist aber, dass Carl Thams Schweden in einer Disziplin wirklich Spitze ist. Seit 1995, also ein Jahr nach dem Amtsantritt von Herrn Tham ist die Jugendarbeitslosigkeit in Schweden laut Friedrich-Ebert-Stiftung kontinuierlich gestiegen. Sie hat inzwischen einen Wert von 20 Prozent weit oberhalb aller europäischen Normen erreicht.

Aber nur um die Arbeitslosigkeit zu steigern, benötigen Sie doch nun wirklich keine Beratung. Das haben Sie doch bisher eigentlich immer ganz gut allein geschafft.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU)

Falls Sie doch noch einen Berater benötigen, Herr Naumann, können Sie Herrn Schröder fragen, der Sie bereits bei den Gaskraftwerken berät. Hinsichtlich Arbeitslosigkeit hat er auch seine Erfahrung.

Eines muss man Carl Tham natürlich zugute halten. Er war bei seiner Präsentation ehrlich. Angesichts seiner eigenen Misserfolge in Schweden hat er nämlich Hamburg empfohlen, dass man nicht nach Schweden, sondern nach Finnland schauen sollte. Hier fragt man sich natürlich, warum sich Herr Naumann nicht gleich einen

Experten aus Finnland besorgt hat, der sich dort auskennt.

Die Schweden haben sehr früh gemerkt, dass Carl Tham sie auf den bildungspolitischen Holzweg führt. Zum Ende der Amtszeit von Carl Tham verloren die schwedischen Sozialdemokraten fast 9 Prozentpunkte und erreichten das bis dahin schlechteste Wahlergebnis ihrer Geschichte. Herr Tham wurde im Übrigen nicht mehr in das neue Kabinett berufen.

Der Einheitsschulberater von Herrn Naumann ist also nicht nur ein PISA-Verlierer, sondern auch noch ein Wahlverlierer. Von daher habe ich das fast etwas schade gefunden, dass er am Sonntag ausgerechnet die erste Pseudo-Kabinetsitzung von Herrn Naumann zum Thema Bildung geschwänzt hat.

Falls einer von Ihnen demnächst Herrn Naumann trifft, kann ich ihm jemanden empfehlen, der ihn im Umgang mit Schwänzern beraten kann. Sie sitzt oben auf der Senatsbank und wird dort auch noch sehr lange bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Buss hat jetzt das Wort.

Wilfried Buss SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Heinemann, was sagt uns das jetzt alles.

(Zurufe von der CDU)

Das Entscheidende ist doch, dass Sie von Ihrem Rohrkrepierer, den Sie noch im Herbst präsentieren wollten, mit Ihrer platten Kampagne nach dem Motto "Ich kämpfe für Ihre Schule" ablenken wollen. Das hat sich alles nicht bewahrheitet, weil selbst die Schulen, wie Sie inzwischen einsehen mussten, sich verbeten haben, dass man sie hierfür entsprechend einspannt. Wir schaffen keine Gymnasien ab. Das wissen Sie auch selbst, dass dem so ist, wenn es um die angebliche Unsicherheit bei der SPD geht. Sie können aber weiterhin darauf bestehen, dann erhalten Sie hierzu täglich von uns die passende E-Mail: Wir schaffen keine Gymnasien ab.

(*Karen Koop CDU: Aber wie wollen Sie das denn zusammenführen?*)

Das können Sie wie ein Mantra haben, das wir gern vor uns her tragen.

Worum geht es eigentlich, außer, dass Sie, Herr Heinemann, wieder einmal die übliche Art und Weise der selektiven Sicht von Daten nutzen und versuchen, uns die Schreckgespenster von Stockholm und ihren Privatschulen darzustellen.

(*Wolfhard Ploog CDU: Das war schlimm genug!*)

– Das will ich gar nicht in Abrede stellen. Aber dann wollen wir doch einmal bei den Fakten bleiben. Herr Kollege der freien Schulen, wie hoch ist die Zahl denn in Hamburg? In Stockholm geht jeder siebte und in Hamburg jeder achte in eine freie Schule. Was ist denn hier der große Unterschied? Das ist doch nichts Weltbewegendes. Wegen der schlechten Bildungspolitik, die Sie seit sechs Jahren betreiben, ist bereits jetzt jeder achte Schüler mit zunehmender Tendenz auf einer Privatschule. Das ist Fakt, was Sie nicht wahrhaben wollen, und ist der Punkt, um den es geht.

C

D

A (Zurufe von der CDU – Beifall bei *Gerhard Lein SPD*)

Ich komme zum letzten Punkt der selektiven Wahrnehmung des Kollegen Heinemann. Herr Tham ist gar kein Mitglied bei den Sozialdemokraten. Er ist ein Liberaler, um das auch einmal deutlich zu machen. Hier geht es mehr um die entsprechenden Fakten und nicht darum, jemanden immer wieder in eine Schublade zu packen. Das müssten Sie sich endlich einmal klarmachen. Sie sollten nicht immer auf dieser oberflächlichen Tour durch Hamburg gehen.

(*Karen Koop CDU*: Das macht Ihr Herr Naumann schon genug!)

Das ist völlig an der Sache vorbei. Es geht hier um viel wichtiger Dinge.

(*Olaf Böttger CDU*: Das ist ja wie den Bock zum Gärtner machen!)

– Genau, das haben wir in Farmsen erlebt, als wir beispielsweise auf dem Wochenmarkt über einen fähigen Kompromiss für die Eltern, die jetzt fünfjährige Kinder haben oder deren Kinder demnächst in die Schule kommen, diskutiert haben, wie das Schulsystem entsprechend umzubauen ist, damit es zukunftsfähig für diese Stadt bleibt. Und hier sind wir Sozialdemokraten sehr standfest und sehr sicher, dass wir mit unserem Kompromiss, den wir im Dezember 2006 auf dem Landesparteitag gefasst haben, genau die richtige Tonlage für diese Stadt getroffen haben.

B Wir sind der Überzeugung, dass das Ziel richtig ist, für eine Schule für Alle einzutreten. Aber es kommt darauf an, eine Übergangslösung präsentieren zu können, die alle mitnimmt, da es wichtig ist – und das will ich gleich noch einmal erläutern –, dass man bei einer so weitgreifenden Schulreform nicht nur eine parlamentarische, sondern auch eine gesellschaftliche Mehrheit benötigt. Hierfür werden wir Sozialdemokraten in den nächsten Jahren kämpfen. Das setzt sich immer stärker als Erkenntnis in den einzelnen Stadtteilen durch, in denen wir diese Diskussionen in entsprechenden Kombinationen mit Eltern oder mit Schulvertretern führen.

Alle erkennen inzwischen an, dass es ein gangbarer Weg ist, den ihnen die Sozialdemokraten vorschlagen und der nicht so einseitig auf eine Zementierung der nicht gewollten Veränderung hinzeigt und gleichzeitig auch nicht den Eltern die Wahrheit über die künftige Veränderung der Gymnasien sagt, die die CDU bereits vor zwei Jahren im Parlament beschlossen hat, aber zu feige ist, umzusetzen. Dass Sie für weniger Sitzenbleiber und weniger Abschulen sind, haben Sie auch bereits beschlossen aber setzen es wiederum nicht um, wie wir im Schulausschuss festgestellt haben. Das wollen Sie den Eltern aber nicht sagen. Sie tun so, als würde sich hier nichts ändern. Das ist die Wahrheit, an der Sie sich vorbeimogeln wollen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind – und das will ich noch einmal ganz deutlich zum Ausdruck bringen – für regionale Schulaufsichten als den langen Arm der Behörde mit dem Ziel, dass es langfristig eine Schule für Alle geben soll. Diese regionalen Schulaufsichten benötigen wir rein deswegen schon, damit es endlich eine Fachkompetenz der Behörde über die Situation in den einzelnen Schulquartieren gibt. Es soll in den

C jeweiligen Quartieren nicht weiter ein Aneinandervorbeiarbeiten zwischen Kommunalpolitikern auf der einen Seite und den schulformbezogenen Schulaufsichten, den Eltern sowie anderen Akteuren seitens der Bevölkerung auf der anderen Seite geben.

Diese Personen sollen für eine Koordination in den jeweiligen Stadtteilen zuständig sein, im Rahmen dessen, was wir in der Enquete-Kommission einstimmig beschlossen haben, nämlich Runde Tische für die Bildungsplanung in den jeweiligen Regionen. Hierfür benötigen wir aber ein klares Ziel.

Daher wollen die Sozialdemokraten im Gegensatz zur CDU, dass auch die Schulaufsichten regional ausgerichtet werden und nicht mehr schulformbezogen sind. Das ist der entscheidende andere Schritt in die Richtung, mit dem auch Sie besser vorankommen werden. Das wollen wir unbedingt umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Nur mit solchen regionalen Lösungen, in die auch die Gymnasien mit einbezogen werden, Herr Heinemann, können Sie dieses von uns gewünschte Mehr an Überzeugung für eine gemeinsame Schule in den jeweiligen Regionen herstellen. Wenn Sie immer eine entsprechende Gruppe aussparen, kommen Sie in dieser Frage nicht weiter und übertragen diese entsprechende Überzeugung und gemeinsame Lösung nicht auf alle Menschen in der Region.

D Bei dem Stichwort Gymnasium können wir gleich noch einmal auf Ihre Probleme kommen, die Ihnen jetzt auf die Füße gefallen sind, nachdem es eines Herrn Beckmann bedurft hat, der den Bürgermeister geweckt hat. Fünf Jahre lang haben Sie davor Augen und Ohren verschlossen. Fünf Jahre lang haben selbst die treuesten Vasallen an Ihrer Seite, wie beispielsweise Frau von Hurter, versucht, bei Ihrer Senatorin eine entsprechende Lösung für die armen Kinder anzumahnen, die unter dieser verkürzten Schulzeit bei gleichen Lehrplänen leiden und deren Eltern in den Mittel- und Unterschichten das ausbaden müssen. Diese Eltern können sich beispielsweise kaum einen anderen Job suchen, weil sie sich zu Hause darum kümmern müssen, dass die Kinder mit der Masse an Hausaufgaben fertig werden. Das ist doch ein Unding, dass Kinder bis zu neun Stunden zur Schule gehen müssen und anschließend noch mit vollen Hausaufgaben nach Hause geschickt werden, dass sie sogar um weniger Hausaufgaben betteln, weil sie nicht mehr wissen, wie sie diese bewältigen sollen. Das sind die Zustände in dieser Stadt an den tollen Gymnasien, die Sie verantworten müssen. Es ist skandalös, dass Sie so etwas zulassen.

(Beifall bei der SPD)

Diese ganzen Probleme hat doch Ihre Partei bis zu dem Angriff von Herrn Beckmann in der letzten Woche überhaupt nicht interessiert. Sie haben doch versucht, das durchzuwinken, obwohl Sie seit fünf Jahren von uns darauf aufmerksam gemacht worden sind, dass man hier zu entsprechenden Lösungen kommen muss.

Ich sage Ihnen und auch den Eltern dieser Stadt ganz klar: Ohne eine drastische und klare Entschlackung der Lehrpläne werden Sie in dieser Frage nicht vorankommen und gleichzeitig werden Sie ohne eine entsprechende Ausweitung des Ganztagsangebots mit verpflichtender Hausaufgabenhilfe diese Kinder weiter im Regen stehen

A lassen. Das führt dazu, dass Sie weiterhin eine soziale Spaltung in der Stadt haben.

Die SPD wird alles daran setzen, um zu einer entsprechenden gerechten Lösung zu kommen, die auch die Stadtteile und ihre Interessen gegen diese soziale Spaltung mit einbezieht. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei *Christa Goetsch GAL*)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Frau Goetsch hat jetzt das Wort.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Noch ein paar Bemerkungen zu Ihnen, Herr Heinemann. Sie haben erklärt, dass es schrecklich wäre, dass sogar 60.000 Leute auf der Straße befragt werden mussten. Umso besser, wenn es nicht nur doppelt so viele der 15.000 Unterschriften, die auch nur in einer kurzen Zeit für eine Volksinitiative notwendig sind. 60.000 Gespräche sind doch wunderbar, da man umso mehr noch eine Multiplikatorenfunktion hat.

(*Robert Heinemann CDU:* Die haben ja alle abgelehnt!)

Jetzt komme ich noch einmal zur Frage der Einheitsschule. Dieser wunderbare Begriff Einheitsschule ist doch nichts anderes, als ein Kampfbegriff der Konservativen, der sich sozusagen in Richtung DDR orientiert. Darum geht es doch gar nicht, sondern es geht darum, endlich mal in diesem Land zu begreifen, dass die Kinder individuell gefördert und gefordert werden müssen und es ein Abwenden vom Gleichschrittmarsch sowie von der Orientierung an den Mittelköpfen geben muss.

(Beifall bei der GAL und bei *Wilfried Buss SPD*)

Was das Gymnasium betrifft, so beginnt unser Gymnasium nach der neunten Klasse.

(*Olaf Ohlsen CDU:* Ach was!)

– Natürlich, mit der gymnasialen Oberstufe. Wenn Sie wirklich – fast hätte ich gesagt wie Uhu – an diesem Wort kleben bleiben, dann kann man nur ausführen, dass Sie von moderner Schule anscheinend keine Ahnung haben.

Jetzt noch einmal zum Szenario Privatschule. Dann gehen alle zur Privatschule. Warum gehen denn gerade zurzeit bereits so viele Kinder in Schulen in freier Trägerschaft und gerade auch in kirchliche Schulen? Weil diese Schulen in der Lage sind, in der Grundschule ganztagig, integriert und jahrgangsübergreifend zu arbeiten. Alles Dinge, die ich gern für die staatlichen Grundschulen erreichen will. Das muss unser Ziel sein und Sie müssen das mit einer guten Schulpolitik erreichen, um die Kinder nicht zu den Schulen in freier Trägerschaft ziehen zu lassen.

(Beifall bei *Christian Maaß GAL*)

Das haben Sie in den letzten sechs Jahren verursacht und nicht wir.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich komme zum nächsten Punkt, über den ich mich wundere, weil Sie doch immer die großen Befürworter der Privatschulen gewesen sind und jetzt aber warnen Sie davor, dass die Eltern ihre Kinder dorthin schicken. Das finde ich schon merkwürdig.

C Ein letzter Punkt, den ich als ganz wichtig erachte und den Herr Buss nochmals angesprochen hat, ist die soziale Spaltung. Sie reden immer davon, dass es erst recht zur sozialen Spaltung kommen würde, wenn die böse GAL die Schule für Alle einführen würde. Die soziale Spaltung ist doch längst vorhanden und wir wollen sie nicht noch verstärken.

Wir haben im heutigen staatlichen Schulsystem eine Spaltung, in der ganz klar anhand des Einkommens der Eltern zu schauen ist, wer auf das Gymnasium und wer in die anderen Schulen geht. Wir kennen doch die Zahlen aus der KESS-Studie. Die Hälfte der Eltern von Gymnasiasten verdienen mehr als 50.000 Euro im Jahr. Genau das Gegenteil ist bei den anderen Schulen der Fall. Dort verdient die Hälfte der Eltern weniger als 30.000 Euro. Das nenne ich staatlich finanzierte soziale Spaltung, die durch das Zwei-Säulen-Modell verstärkt wird. Für diese Abschaffung kämpfen wir.

(Beifall bei der GAL und bei *Gerhard Lein SPD*)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich sehe keine. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drs. 18/7710 Kenntnis genommen hat.

Ich rufe den Punkt 79 auf, Drs. 18/7852, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen, zugleich Beantwortung der Ersuchen der Bürgerschaft "Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum" vom 1. Februar 2006 und "Föderalismusreform auf dem Gebiet des Wohnungswesens" vom 7. Juni 2007.

D

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 18/7191:

Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen, zugleich Beantwortung der Ersuchen der Bürgerschaft "Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum" vom 1. Februar 2006 – Drucksache 18/3539 – und "Föderalismusreform auf dem Gebiet des Wohnungswesens" vom 7. Juni 2007 – Drucksache 18/6161 – (Senatsantrag – Drs. 18/7852 –]

Hierzu liegen Ihnen als Drs. 18/7970, 18/7972 und 18/7977 Anträge der SPD-, der GAL- sowie der CDU-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD: Mieterschutz und Wohnraumförderung für breite Bevölkerungsschichten – Drs. 18/7970 –]

[Antrag der Fraktion der GAL: Erlass des Hamburgischen Wohnraumförderungsgesetzes, des Hamburgischen Wohnungsbindungsgesetzes sowie Novellierung des Hamburgischen Wohnraumschutzgesetzes – Drs. 18/7972 –]

[Antrag der Fraktion der CDU: Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen, Drs. 18/7191 (Bericht des Stadtentwicklungsausschusses,

A **Drs. 18/7852)**

– Drs. 18/7977 –]

Wird hierzu das Wort gewünscht? Herr Roock, bitte.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Wir haben nach der Föderalismusreform die Gesetzgebungskompetenz genutzt, um ein auf Hamburg zugeschnittenes Wohnraumförderungsgesetz auf den Weg zu bringen. Die CDU-Fraktion hatte dieses am 6. Juni 2007 in der Bürgerschaft beantragt. Der Senat ist diesem Ersuchen sehr schnell nachgekommen und hat im Oktober 2007 einen Gesetzesentwurf vorgelegt. Für dieses schnelle Handeln danken wir ausdrücklich der Stadtentwicklungsbehörde.

(Beifall bei der CDU)

Wesentliche Punkte unseres Ersuchens bei der Wohnungsbauförderung waren, die Förderziele neu zu definieren. Dabei ging es uns um eine stärkere Betonung quartiersbezogener, ökologischer und familienfreundlicher Zielsetzungen. Eine weitere Zielsetzung war, Personen mit Marktzugangsschwierigkeiten zu unterstützen und die Eigenheimförderung insbesondere auf Familien mit geringeren Einkommen zu richten. Wichtig für uns war auch die stärkere Ausrichtung der Modernisierungsförderung auf energetische und Klimaschutzziele.

Wir haben den Gesetzentwurf mit Expertenanhörung und Senatsbefragung ausführlich im Stadtentwicklungsausschuss beraten, sodass wir heute über ein für Hamburg wichtiges Gesetz entscheiden können und das ist gut so.

(Beifall bei der CDU – Olaf Ohlsen und Bernd Reinert, beide CDU: Bravo!)

Die Beratungen haben ergeben, dass einige gesetzestechnische und inhaltliche Anpassungen notwendig sind. Dazu liegt Ihnen ein Änderungsantrag meiner Fraktion vor. Der Antrag beinhaltet in den Punkten 1, 3, 4, 6 und 7 lediglich gesetzestechnische Änderungen, in Punkt 2 greifen wir eine zusätzliche familienfreundliche Zielsetzung auf, indem wir den Kinderzuschlag bei den wohnraumförderungsrechtlichen Einkommensgrenzen verdoppeln. Damit kommen mehr Familien mit Kindern in den Kreis der Berechtigten. Es ist ein richtiger familienpolitischer Ansatz, wenn dadurch mehr Familien mit Kindern von den Möglichkeiten und Instrumenten der Wohnraumförderung profitieren können.

(Beifall bei der CDU)

Punkt 5 unseres Antrags sieht vor, den Missbrauch bei der Ermittlung der Kostenmiete durch den Vermieter auszuschließen, eine gute Maßnahme zum Schutze der Mieter.

Bei Punkt 8 unseres Antrags handelt es sich um das Verbot der Zweckentfremdung von Wohnraum. Das Hamburger Wohnraumschutzgesetz eröffnet die Möglichkeit, bestimmte Gebiete der Stadt vom bisherigen Zweckentfremdungsverbot freizustellen. Damit kann ein wesentlicher Beitrag zur Revitalisierung bestimmter Quartiere geleistet werden. Es gibt insofern die Möglichkeit, eine gesunde Mischung von Wohnen und ortsnahem Gewerbe zu realisieren. Maßnahmen der Stadterneuerung und der Senatsinitiative "Lebenswerte Stadt" werden so sinnvoll ergänzt und sind stadtentwicklungspolitisch eine sinnvolle und gute Maßnahme.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Wir setzen bei dieser Änderung auf die Kompetenzen in den Bezirken. Sie können am besten einschätzen, in welchen Gebieten ein Zweckentfremdungsverbot überflüssig ist. Nach dem Sinne des neuen Bezirksverwaltungsgesetzes fällt die Zuständigkeit unter Paragraph 2 Bezirksverwaltungsgesetz, da es sich hier nicht um Fragen von übergeordneter Bedeutung handelt, sondern vielmehr um die Einschätzung von lokalen Begebenheiten. Gerade mit der Schaffung des neuen Bezirksverwaltungsgesetzes wollte die Bürgerschaft verdeutlichen, dass zwischen den übergeordneten ministeriellen und den lokalen bezirklichen Belangen klar differenziert wird. Die Fachbehörden sollen danach in der Regel keine bezirklichen Angelegenheiten wahrnehmen. Wir stärken damit die Bezirke und auch das ist eine gute und sinnvolle Maßnahme.

Das sind neben den gesetzestechnischen Änderungen die wesentlichen Punkte unseres Antrags. Die vorliegenden Anträge der GAL und SPD werden wir ablehnen. Einige Punkte der Anträge sind mit unseren identisch und von daher brauchen wir sie nicht doppelt zu beschließen.

Die anderen Punkte betreffen zum Teil Bundesrecht, bauen bürokratische Hürden auf, sind nachteilig für die Mieter, eröffnen Missbrauchsmöglichkeiten, bieten wenig Flexibilität, gehen an der Lebenswirklichkeit vorbei und erschweren die Durchsetzung des Gesetzes. Das wollen wir nicht und deshalb bekommen Sie auch keine Zustimmung von uns.

Fazit: Wir haben die Chance genutzt, das Wohnungsrecht in Hamburg zu modernisieren und den Herausforderungen der wachsenden Stadt anzupassen. Aspekte des Klimaschutzes werden dabei ebenso deutlich betont wie die Förderung von Familien. Wir halten an den Grundsätzen der sozialen Wohnraumförderung fest und der Mieterschutz in Sozialwohnungen bleibt unangetastet. Es ist ein gutes Gesetz und deswegen bitten wir um breite Zustimmung. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Quast, Sie haben das Wort.

Jan Quast SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Lieber Herr Roock, wir teilen Ihre Einschätzung, dass es sich hierbei um ein wichtiges Gesetzesvorhaben handelt. Aber Ihre Einschätzung, dass die Chancen genutzt worden seien, das Wohnungsrecht zu modernisieren, teilen nicht einmal die Sachverständigen, die wir im Ausschuss angehört haben. Alle Sachverständigen machten deutlich, dass dieses Gesetz nicht der große Sprung ist, der erforderlich und wünschenswert wäre.

(Hans-Detlef Roock CDU: Ja, weil Sie nicht springen wollen!)

Sicherlich war die Einschätzung der Experten auch ein Stück weit ihren eigenen Interessen als Akteuren am Wohnungsmarkt geschuldet und sicherlich ist es Aufgabe der Stadt, die Gemeinwohlinteressen stärker im Blick zu haben als vielleicht die Wohnungswirtschaft oder auch die Mietervertreter, die alle auch Klientelpolitik machen. Trotzdem bin ich dem Verband Norddeutscher Wohnungsunternehmen, dem Mieterverein zu Hamburg, STATTBAU Hamburg und auch SAGA/GWG dankbar, dass sie ihre Vertreter entsandt haben, um uns fachkompetent zu beraten. Aus diesen Beratungen sind auch

C

D

- A einige Forderungen entstanden, die wir in unseren Anträgen formuliert haben.

Meine Damen und Herren! Auch wir hätten uns einen etwas innovativeren Ansatz bei den Gesetzentwürfen gewünscht. Wir hätten erwartet, dass Sie die Chance stärker nutzen, um auf die speziellen Probleme der Großstadt einzugehen und die Möglichkeiten der Wohnungspolitik für die soziale Stadtentwicklung sehr viel stärker zu betonen. Doch daran mangelt es, aber wen wundert das. Von einem Senat, der die soziale Spaltung in Hamburg erst betrieben hat und sie jetzt leugnet, kann man sicherlich nicht erwarten, dass er Maßnahmen formuliert, um die soziale Spaltung in diesen Stadtteilen mithilfe der Wohnungsbaupolitik zu überwinden.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven GAL*)

Wir legen eine Reihe von Änderungsvorschlägen vor, um die Chancen, die in der Föderalismusreform liegen, vollständig zu nutzen, nämlich die Wohnungsgesetze zu regionalisieren und sie damit den Bedarfen der Metropole Hamburg anzupassen. Dazu werden auch weitere Veränderungen über das hinaus, was wir heute beantragen, notwendig sein. Deswegen gehe ich davon aus, dass wir uns in der nächsten Legislaturperiode nach der Wahl durchaus dem Thema, insbesondere der Stärkung der Quartiere mithilfe der Wohnungspolitik, noch einmal widmen werden müssen.

Zentrale Aufgabe der Wohnungsbauförderung war immer die Unterstützung von Haushalten mit Wohnraum, die sich am Markt nicht angemessen selbst versorgen können. Diese Formulierung sagt eigentlich alles. Der Senat schränkt diese Zielsetzung im Gesetzentwurf jetzt ein auf Familien und Haushalte mit Kindern, Menschen mit Behinderungen, Ältere und Studierende. Wir wollen aber an den allgemeinen Formulierungen festhalten, weil sie im Zweifel genau die genannten Gruppen beinhalten, aber eben nicht nur diese unsere Unterstützung benötigen. Ich glaube, das ist allen bewusst.

(Beifall bei der SPD)

Die CDU hingegen will sich aus der Förderung des Mietwohnungsbaus für breite Schichten der Bevölkerung ganz verabschieden, Herr Roock, und dazu haben Sie nichts gesagt. In Ihrem Wahlprogramm kündigen Sie an, die Wohnungsbauförderung komplett auf Familie, Eigentum und Klimaschutz umzustellen. Also das, was faktisch in den letzten Jahren bereits passiert ist, wird jetzt offizielles CDU-Programm:

(Beifall bei der SPD)

kein sozialer Wohnungsbau, Eigentumsförderung statt Wohnungsbau, keine Förderung von seniorengerechten Wohnungen. Das alles ist schlimmer als das, was der Senat jemals gemacht hat.

(Beifall bei der SPD – *Uwe Grund SPD*: Schwere Sündel)

Wir haben uns nach langen Diskussionen entschieden, dem Wunsch, der von den Experten geäußert wurde, nämlich die Einkommensgrenzen zum Bezug einer Sozialwohnung auf 60 Prozent über der Bundesregelung zu erhöhen, nicht zu folgen. Bereits heute haben 45 Prozent der Haushalte in Hamburg Anspruch auf eine Sozialwohnung, bei Familienhaushalten sind es sogar 50 Prozent. Wir können verstehen, dass gerade die Wohnungswirtschaft bei der Vermietung von Sozialwohnungen eine

Auswahl aus möglichst vielen Mietinteressenten treffen möchte und auch der Mieterverein möglichst viele günstige Wohnungen für seine Klientel schaffen will. Aber in einer Zeit, in der jährlich 7.000 Wohnungen aus der Sozialbindung fallen und gerade einmal 400 bis 500 Sozialwohnungen neu entstehen, wäre es verhängnisvoll, den Markt noch weiter einzuziehen zulasten der wirklich Bedürftigen.

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller GAL*)

Heute kann gerade mal einem Drittel – Herr Ohlsen, das sollten Sie sich einmal bewusst machen – der Dringlichkeitsscheinhaber auch eine Sozialwohnung vermittelt werden. Deswegen müssen wir Abhilfe schaffen, indem wir mehr günstige Wohnungen bauen, indem der Sozialwohnungsbau wieder angekurbelt wird, bevor wir uns überlegen können, ob noch mehr Menschen in Hamburg berechtigt werden. Das sind die Versäumnisse Ihrer Regierungszeit, die wir jetzt aufarbeiten müssen.

(Beifall bei der SPD – *Wolfhard Ploog CDU*: Sie sind ja fanatisch!)

Wenn Sie von Verwaltungsvereinfachung sprechen, habe ich auch noch ein paar Punkte für Sie, Herr Roock. Wir setzen uns dafür ein – ich weiß wirklich nicht, warum Sie nicht mitmachen, die Einkommensgrenzen nicht weiter im Gesetz zu fixieren, sondern sie, um sie leichter zu dynamisieren, an die Einkommensentwicklung anzupassen –, dass dies künftig in einer Verordnung geregelt wird. Das wäre wirklich ein Schritt zur Vereinfachung.

(Beifall bei der SPD)

Sie stellen als neue Errungenschaft mehrfach das genossenschaftliche Wohnen heraus, aber eine konkrete Förderung des genossenschaftlichen Wohnens bleiben Sie dem Gesetz schuldig. Wir wollen das ganz konkret machen und deswegen soll der 2002 weggefallene Mehrwohnraumanspruch für Genossenschaftsmitglieder wieder eingeführt werden, denn Genossenschaftsmitglieder leisten einen eigenen Finanzierungsbeitrag für ihre Wohnungen und das muss auch unterstützt werden, denn die Wohnungsbaugenossenschaften und SAGA/GWG sind immer das Rückgrat des Wohnungsbaus in Hamburg gewesen. Das wollen wir anerkennen, insbesondere nachdem Sie das 2002 zulasten der Genossenschaften abgeschafft haben, indem Sie das Genossenschaftsmodell gestrichen haben.

(Beifall bei der SPD)

Ihr Höchstgebotverfahren hat dazu geführt, dass die Genossenschaften über lange Jahre kaum noch auf städtischem Grund gebaut haben. Nun haben Sie Ihre Fehler erkannt und zwei sogenannte Wohnungsbauoffensiven gestartet und städtische Grundstücke mit Preisnachlass abgegeben. Zwar steht auch anderthalb Jahre nach dem Start der ersten Offensive noch keine einzige Wohnung am Markt zur Verfügung – das hat Senator Freytag damals sehr großherzig angekündigt –, aber wir haben heute gelernt, dass Senator Freytag viel ankündigt, aber nicht das passiert, was er angekündigt hat. Aber immerhin haben Sie Ihren Kurs geändert, das muss man zumindest anerkennen. Schade nur, dass wir fünf Jahre Zeit verloren haben, weil Sie mit dem Wohnungsmarkt experimentiert haben; das werden Ihnen die Hamburger nicht vergessen.

(Beifall bei der SPD)

C

D

A Dank Ihrer Politik sind in Hamburg statt der 5.500 neuen Wohnungen gerade einmal 4.000 pro Jahr entstanden. Damit muss Schluss sein. Mit den wohnungsbaupolitischen Experimenten dieses und des Vorgänger-CDU-Senats muss Schluss sein, denn dies hat dazu geführt, dass die Mieten in Hamburg seit 2002 um 11 Prozent gestiegen sind und das ist für Hamburg nicht gut.

(Beifall bei der SPD und bei *Antje Möller GAL*)

Wir haben uns immer dafür ausgesprochen, die städtischen Grundstücke zur Quartiersentwicklung einzusetzen, indem derjenige Investor ein städtisches Grundstück erhält, der das beste Konzept hat, und nicht derjenige, der das dickste Scheckbuch zückt. Sie aber glauben, Quartiersentwicklung mit der Aushöhlung der Zweckentfremdungsverordnung betreiben zu können.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Unglaublich!)

Die Zweckentfremdungsverordnung, die heute Wohnungen vor der Umwandlung in Gewerberäume schützt, wollen Sie aufgeben. Ganze Stadtteile sollen ausgenommen werden von der Zweckentfremdungsverordnung und womit begründen Sie das? Sie wollen damit die Mischung von Wohnen und Gewerbe in den Quartieren fördern. Sie haben im Stadtentwicklungsausschuss dargelegt, eine Quartiersentwicklung betreiben zu wollen. Jeder, der in Hamburg Wohnungsbaupolitik macht, der in den Bezirken Politik gemacht hat, weiß, dass in den vergangenen Jahren die Umwandlung von Wohn- in Gewerberäume mit Augenmaß betrieben wurde und mit der Genehmigung des zuständigen Bezirksamts. Keine Stelle hat die Umwandlung versagt, wenn sie sinnvoll war und schon gar nicht, wenn sie der Quartiersentwicklung diente. Dies wurde übrigens auch von den Senatsvertretern nie bezweifelt. Aber jetzt, wo Wohnungen knapp sind, ist es falsch, diese Verordnung auszuhöhlen, weil sie dazu führt, dass Wohnungen vom Markt verschwinden werden und das lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Die Änderungen im Gesetz zur Zweckentfremdungsverordnung begründen Sie auch mit Verwaltungsmodernisierung, die Sie betreiben wollen. Aber auf dem Gebiet, wo Sie die wirklich betreiben könnten, wo es zu Vereinfachungen käme, wenn Verwaltungsabläufe und Doppelarbeit reduziert würden, nämlich bei den Wohnberechtigungsscheinen, lehnen Sie dies ab. Es gibt Prüfungen aufgrund des SGB II und SGB XII, auch beim Anspruch auf Unterhaltskosten, und genau diese Voraussetzungen müssen geprüft werden, um einen Wohnberechtigungsschein zu erhalten, und das versagen Sie. Dort, wo es um Verwaltungsvereinfachung geht, lehnen Sie sie ab. Was wollen Sie eigentlich in Hamburg modernisieren, wenn Sie die kleinen Schritte nicht einmal bereit sind zu gehen?

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven GAL*)

Sie haben zum Schluss der Legislaturperiode diesen Gesetzentwurf vorgelegt, sodass wir auch Bilanz ziehen können über die Wohnungspolitik des Senats. Mein Fazit ist: Die CDU-Politik steht für vier Jahre steigende Mieten statt des Baus mietgünstiger Wohnungen, für vier Jahre planloser Vergeudung städtischer Wohnungsbauflächen statt gezielter Quartiersentwicklung und für vier Jahre jämmerliche Wohnungsbauzahlen statt der Förderung von Wohnungsbau in Hamburg. Und das ist einfach zu wenig für unsere Stadt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Lieven hat das Wort.

Vorher möchte ich aus gegebenem Anlass kurz darauf hinweisen, dass das Benutzen von Blitzlichtern im Saal nicht zulässig ist.

Bitte, Herr Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Konsens in diesem Hause herrscht, dass diese drei Gesetze – das Wohnraumförderungsgesetz, das Wohnungsbindungsgesetz und das Wohnraumschutzgesetz – wichtige Gesetze für Hamburg sind und die Bilanz der Wohnungspolitik, die Herr Quast eben gerade aufgemacht hat, zeigt auch, warum das so ist.

Wir haben – das ist unstrittig hier – viel zu wenig Wohnungsneubau in Hamburg. Insgesamt entstehen zu wenige Mietwohnungen, zu wenig preiswerter Wohnraum. Im Gegenteil, die Mieten steigen drastisch an und gleichzeitig wird ein Großteil der Wohnraumförderung für die Eigenheimförderung ausgegeben. Das ist die Bilanz der CDU-Wohnungspolitik und das ist eine Bilanz des Scheiterns.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

D

Diese schlechte Bilanz macht deutlich, warum es so wichtig ist, ein neues, modernes und auch wohnungsbauförderndes Hamburger Gesetz auf den Weg zu bringen. Deswegen haben wir es auch begrüßt, dass der Senat die Möglichkeiten der Föderalismusreform ergreift und da herrschte auch Konsens zwischen den drei Fraktionen. In einer Reihe von Ersuchen wurden Forderungen an den Senat gestellt, nicht allen Ersuchen wurde zugestimmt. Aber selbst den Ersuchen, denen zugestimmt wurde, hat der Senat kaum Folge geleistet. Es ist sehr wenig davon aufgegriffen worden, was hier eingebracht worden ist. Es ist im Wesentlichen alles beim Alten geblieben, bei der Übertragung des Bundesrechts auf das Landesrecht.

Interessant wurde es, als wir im Dezember die Expertenanhörung zu diesem Gesetzesvorhaben durchgeführt haben, denn dort gab es massive Kritik der eingeladenen Verbände, ellenlange Listen mit Änderungswünschen. Man hat diesen Gesetzentwurf insgesamt ziemlich zerfetzt. Es hatte anscheinend vorher an der Kommunikation mit den relevanten Verbänden gemangelt. Den einen gingen die Änderungen zu weit, den anderen nicht weit genug. Manche sprachen von einer vertanen Chance, andere sahen die Wohnungspolitik in Gefahr. Offensichtlich war das ganze Vorhaben von der Behörde ziemlich übers Knie gebrochen worden. Innerhalb weniger Monate wurde dieser Gesetzentwurf zusammengeschustert.

Meine Damen und Herren! Ablesbar ist das auch an den ellenlangen Änderungsanträgen von SPD und GAL und auch der CDU. Ich will nicht jeden einzelnen Punkt durchgehen, aber kurz die wichtigsten Punkte nennen, die unseres Erachtens fehlen oder falsch sind. Es fehlt ein klarer Anreiz für genossenschaftliche und baugemeinschaftliche Wohnformen; deswegen haben wir so einen Punkt in unserem Antrag aufgenommen.

Auch die Bildung von Wirtschaftseinheiten war ein wichtiger Punkt in der Anhörung und, Herr Roock, Sie hatten das in Ihrem Antrag im letzten Sommer auch mit formuliert, es wurde aber von der Behörde nicht richtig unter-

A sucht. Dann gab es knapp vor dem Entwurf zur Novellierung einen Entwurf, der im letzten Moment wieder herausgekippt wurde. Das ist aus unserer Sicht falsch, denn hinsichtlich der Wirtschaftsgemeinschaften ist zweierlei richtig: Erstens ist der Punkt den Wohnungsunternehmen zu Recht wichtig, aber in Bezug auf die Mieten sehr sensibel, und zweitens ist der Sachverhalt nicht entscheidungsreif. Deshalb haben wir in unserem Antrag ein Ersuchen formuliert, das den Senat auffordert, in dieser wichtigen Frage endlich "Butter bei die Fische" zu tun und zu schauen, ob man in der Wohnungsverwaltung den Unternehmen helfen und gleichzeitig die Auswirkungen auf die Mieten kontrollieren kann. In diesem Punkt ist Ihr Gesetzesvorhaben komplett gescheitert.

(Beifall bei der GAL)

Einen anderen Punkt Ihres Zusatzantrags, die Refinanzierungsmodalitäten für die Wohnungsunternehmen, haben Sie völlig neu eingeführt. Der war nicht Teil Ihres Ersuchens, der war auch nicht Teil des Gesetzentwurfs und ist jetzt noch kurzfristig eingesetzt worden. Das ist ein Zeichen dafür, wie handwerklich schlecht das gemacht worden ist, das ist in Hast und Eile zusammengeschustert.

Was uns aber an diesem Gesetzentwurf wirklich stört, sind die Regelungen zur Zweckentfremdung in Ihrem Zusatzantrag. Die CDU will das Verbot der Zweckentfremdung für Wohnraum in Hamburg durchlöchern und aufweichen; das machen wir auf gar keinen Fall mit. Herr Roock, Ihre Argumentation, dass dies eine bezirkliche Aufgabe sei, geht in die völlig falsche Richtung. Der Wohnungsmarkt in Hamburg ist ein Wohnungsmarkt genauso wie der Arbeitsmarkt in Hamburg ein Arbeitsmarkt ist. Es macht keinen Sinn, diesen Bezirk für Bezirk, Stadtteil für Stadtteil zu perforieren. Damit verschärft man eher soziale Spaltung und führt die Stadt wieder in die Wohnungsnot.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Genauso wenig wollen wir, dass die möglichen Leerstandsfristen bei geförderten Wohnungen verlängert werden. Es muss Prinzip sein, dass eine öffentlich geförderte Wohnung nach kurzer Zeit wieder vermietet wird und kein halbjähriger Leerstand entstehen kann. Schließlich sind dort wichtige öffentliche Fördermittel ausgegeben worden.

Genauso wenig wollen wir, dass es Ziel dieses Gesetzes wird, die Umwandlung von Sozialwohnungen in Eigentumswohnungen voranzutreiben. Sie pervertieren so doch den Zweck dieses Gesetzes. Das wird im Übrigen auch in der Begründung zu Ihrem Zusatzantrag deutlich. Dort steht, dass die Verdoppelung des Kinderzuschlags zum Ziel habe, mehr Haushalten den Kauf von Eigenheimen zu ermöglichen. Das geht völlig am Ziel dieses Gesetzes vorbei. Es geht bei dieser Regelung vor allem darum, die Berechtigung zum Bezug einer Sozialwohnung für Familien zu erleichtern.

(Beifall bei der GAL)

Ein Blick auf die Einkommensgrenzen verdeutlicht das. Bei zwei Personen liegt die Höchstgrenze in Hamburg bei 23.400 Euro, bei einer vierköpfigen Familie bei 32.600 Euro Jahreseinkommen. Das ist die Grenze, bis zu der eine Sozialwohnung bezogen werden kann. Die wird nun für Familien mit Kindern erleichtert, aber das hat wahrlich nichts mit Eigentumsförderung zu tun.

Daneben enthält das Gesetz noch einige weitere Kinken. Sie wollen in die Unverletzlichkeit der Wohnung eingreifen, ein grundgesetzlich geschütztes Recht. Sie wollen es ermöglichen, dass der Arbeitgeber eines Mieters gegenüber den Wohngelddienststellen zur Auskunft verpflichtet wird und Sie wollen eine Zwangsräumungsmöglichkeit für Wohngelddienststellen einführen. Das geht uns deutlich zu weit, das hat auch rein gar nichts mit Deregulierung und Flexibilisierung zu tun, im Gegenteil. Sie sind einem Überwachungsfetischismus erlegen, als glaubten Sie, man müsste alle Sozialwohnungsmieter kontrollieren, ob da nicht massenhaft Sozialschmarotzer wohnen, um Ihren Sprachgebrauch zu verwenden.

(Olaf Ohlsen CDU: Na, na, na!)

Ich komme zum Fazit: Wir wollen das Rad in der Wohnungspolitik nicht zurückdrehen, wie es die Punkte 1 und 2 des SPD-Antrags teilweise versuchen,

(Jan Quast SPD: Na, na, na!)

denn die Fokussierung auf bestimmte Zielgruppen war bereits Teil der Novelle des Wohnraumförderungsgesetzes des Bundes von 2002. Unser Antrag korrigiert die gravierendsten Fehler des Gesetzentwurfs und einige Verirrungen im CDU-Antrag und zeigt den Weg auf für eine familien- und mieterfreundliche Neuausrichtung der Wohnungspolitik. Deshalb freuen wir uns über Ihre Zustimmung. – Danke sehr.

(Beifall bei der GAL und bei Jan Quast SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Herr Senator Gedaschko hat das Wort.

Senator Axel Gedaschko: Frau Präsidentin, verehrte Damen und Herren! Sie haben heute drei Gesetzentwürfe zur Beschlussfassung vorliegen. Wir haben die Chance ergriffen, das, was Hamburg ausmacht, am Wohnungsmarkt zu regeln. Ich denke, wir haben einen gelungenen Kompromiss gefunden, denn bei der Anhörung ist deutlich geworden, dass die unterschiedlichen Interessenverbände höchst unterschiedliche Ansprüche an ein solches Gesetz haben. Die Kunst kann nicht sein, es allen Recht zu machen, denn everybody's darling is everybody's Depp. Das wollen wir nicht sein, sondern wir wollen ein Gesamtkunstwerk haben, das den Ansprüchen, die insbesondere allen Mietern entgegenkommen, auch gerecht wird.

Meine Damen und Herren! Ich bin dankbar dafür, dass die GAL klargestellt hat, dass das, was von der SPD kam, das althergebrachte Gießkannenprinzip war, und genau das wollen wir nicht. Wir wollen weg vom Gießkannenprinzip hin zu einer Förderung derjenigen Gruppen, die es in Hamburg besonders nötig haben, gefördert zu werden. Das sind Familien mit Kindern, Menschen mit Behinderungen, ältere Menschen und Studierende. Genau die wollen wir fördern und daher konzentrieren wir unsere Förderung auf diese Personengruppen, die einen größeren Anspruch darauf haben, am Wohnungsmarkt unterstützt zu werden.

An den Einkommensgrenzen hat sich nichts verändert, bei den Sozialwohnungen ist weiterhin eine Überschreitung der Einkommensgrenzen um bis zu 30 Prozent möglich und das bedeutet, dass 45 Prozent aller Hamburger Haushalte sozialwohnungsberechtigt sind. Das ist sozial ausgewogen und wichtig für die anzustrebende Durchmi-

C

D

A schung unserer Stadtteile.

Bei den Eigentumsförderungen liegt die Grenze bei plus 70 Prozent, sodass 60 Prozent aller Hamburger Haushalte von einer staatlichen Förderung profitieren können. Diese Grenzen sind deshalb angemessen, weil sich aufgrund des Wegfalls der Eigenheimzulage des Bundes die Möglichkeit zur Eigentumsbildung für Haushalte mit mittlerem Einkommen drastisch verschlechtert hat. Als der Bund seinerzeit die Eigentumsförderung gestrichen hat, hat er versprochen, etwas Neues an diese Stelle zu setzen; dieses Versprechen fehlt heute immer noch. Gerade in einer Region wie Hamburg, wo wir ein Wachstum haben, wo die Menschen Raum brauchen, brauchen wir ein entsprechendes Bundesprogramm. Es kann nicht angehen, dass Hamburg auf Dauer die Last des Bundes trägt. Wir haben in Hamburg aber dennoch eine ganz andere Förderung als alle anderen Bundesländer in Deutschland. Hamburg fördert am meisten und deshalb nimmt es auch nicht wunder, dass im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern um Hamburg herum die Wohnungsbauzahlen dramatisch eingebrochen sind; das war in Hamburg so bei Weitem nicht der Fall.

Herr Quast, man kann natürlich Hamburg immer isoliert betrachten, aber schauen Sie sich die Fertigstellungszahlen im Bundesvergleich an: In Hamburg waren es im letzten Jahr 4.000 Wohneinheiten und rundherum sind die Wohnungsfertigstellungszahlen um 25 bis 50 Prozent eingebrochen. Das zeigt, dass wir auf dem richtigen Weg sind und ich würde mich freuen, wenn Hamburg hier nicht alleine kämpfen müsste, sondern verstärkte Unterstützung aus dem Hause Tiefensee bekommen würde.

B (Beifall bei der CDU)

Neu ist der besondere Stellenwert des Umwelt- und Klimaschutzes, der im Gesetzentwurf als weiteres Förderziel des Wohnungsbaus besonders herausgestellt ist.

(Präsident Berndt Röder übernimmt den Vorsitz.)

Damit ist Hamburg gewappnet für die zukünftige ökologische, soziale und demografische Herausforderung.

Das Wohnraumförderungsgesetz leistet schließlich auch noch einen Beitrag zum Bürokratieabbau, auch wenn Sie ihn kleinreden. So werden die Regelungen über Einkommensschnittstellen deutlich vereinfacht und überflüssige Statistiken schlichtweg abgeschafft. Was die Wohnberechtigungsscheine angeht, gibt es, wenn Sie sich einmal mit den einzelnen Genossenschaften unterhalten haben, ganz wenige, die genau das wollen; die meisten wollen es nicht. Wir haben das getan, was die meisten wollen, und damit haben wir dem Wunsch der meisten entsprochen.

Was bringt der Gesetzentwurf für die heutigen Mieter von Sozialwohnungen? Wir halten zunächst an den Grundsätzen der sozialen Wohnraumversorgung fest und setzen auf Kontinuität. Das ist im Mietwohnungsmarkt ein sehr wesentliches Element. Das Wohnungsbindungsge- setz trifft Regelungen für den Bestand von derzeit 116.000 Sozialwohnungen und das bewährte Kostenmiet- recht wird beibehalten, der Mieterschutz bleibt unan- gestastet.

Eine Verkürzung von Bindungsfristen, wie es zum Beispiel auch in der Anhörung gefordert wurde, ist mit dem Senat nicht zu machen.

Was ändert sich beim Zweckentfremdungsverbot? Der

Senat hat den Entwurf eines Wohnraumschutzgesetzes vorgelegt, der das bisherige Zweckentfremdungsverbot und das Recht der Wohnungspflege zusammenführt und vereinheitlicht. Auch hierbei hält der Senat im Kern an dem bewährten Zweckentfremdungsrecht fest. Um das Leitbild der Wachsenden Stadt zu verwirklichen, muss die Wohnraumversorgung der hamburgischen Bevölkerung innerhalb der Landesgrenzen zu angemessenen Preisen sichergestellt werden. Ich darf daran erinnern, dass es die Wohnraumpolitik insbesondere der Sozialdemokraten war, die in den vergangenen Legislaturperioden dazu geführt hat, dass die Menschen scharenweise aus Hamburg ins Umland getrieben wurden, wenn sie sich ihren Traum vom Wohnen erfüllen wollten. Genau das wollen wir nicht. Wenn Sie sich die Bevölkerungszahlen ansehen, dann sprechen diese für uns.

(Beifall bei der CDU)

Daher muss auch künftig grundsätzlich eine Zweckentfremdungsgenehmigung auf der Basis des neu geschaffenen Wohnraumschutzgesetzes eingeholt werden, wenn Wohnraum gewerblich genutzt werden soll. Als Neuerung und Flexibilisierung gegenüber dem geltenden Recht sieht der Gesetzentwurf aber in der Tat die Möglichkeit vor – jetzt kommt es –, nicht ganze Bezirke – da sind Sie auf dem Holzweg, wenn so etwas behauptet wird –, sondern durch die Bezirke bestimmte Gebiete von einer generellen Genehmigungserfordernis freizustellen. Das auch noch einmal zur Anhörung, da ging es auch um diesen Punkt und er wurde begrüßt. Warum wurde er begrüßt? Weil es nämlich darum geht, in monostrukturierten Großraumsiedlungen eine Mischung aus Wohnen und Gewerbe zu ermöglichen, ohne dass dieses gleich mit einem bürokratischen Überbau versehen wird. Denn diese Hürde kann das, was dort wachsen soll, Klein- und Kleinstunternehmer, davon abschrecken, diesen Schritt zu gehen. Ich denke, die Bezirke, die künftig die Genehmigungserfordernis zu erteilen haben, werden hiermit auch verantwortungsvoll umgehen. Außerdem haben wir auch klargestellt, dass wir hierzu noch eine entsprechende Richtlinie an die Bezirke herausgeben werden. Mit der Freistellung wird also auch ein Beitrag zur Revitalisierung von Quartieren geleistet.

Ich glaube, wir können uns alle wünschen, dass alles okay ist. Aber wir wissen alle, dass nicht überall alles okay ist. Deshalb brauchen wir auch in bestimmten Quartieren diese Revitalisierung von Quartieren. Das kann einen Beitrag dazu leisten, dass hier auch Gewerbe in bescheidenem Umfang stattfindet. All diese Maßnahmen unterstützen unter dem Strich sinnvoll die Quartieroffensive des Senats in den betroffenen Gebieten. Sie sind somit ein weiterer wichtiger Beitrag zu einer lebenswerten Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Bevor ich dem Abgeordneten Quast das Wort gebe: Lesen von Zeitungen und Zeitschriften bildet, aber bitte nicht in diesem Hause. Darauf hatten wir uns verständigt.

(Olaf Ohlsen und Harald Krüger, beide CDU: Wer macht das? Das ist ja unglaublich!)

Herr Quast hat das Wort.

Jan Quast SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

A (Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Wir befinden uns nicht im Karneval. Das war ernst gemeint. Die Abgeordneten Dr. Stehr und Hesse bitte ich darum, das sein zu lassen. – Bitte, Herr Quast, fahren Sie fort.

Jan Quast (fortfahrend): – Ihre Frage ist beantwortet, Herr Ohlsen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Senator, wenn Sie hier die SPD-Wohnungsbaupolitik erwähnen, dann sollten Sie vor allen Dingen eins deutlich machen: Die SPD-Wohnungsbaupolitik hat nicht nur über Jahrzehnte ausreichend Wohnraum in Hamburg zur Verfügung gestellt, sondern in den Neunzigerjahren Wohnraum für Hunderttausend Menschen in kurzer Zeit neu geschaffen, als es nämlich notwendig war. Das schaffen Sie nicht.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie propagieren die Wachsende Stadt und wundern sich, wenn es mehr Einwohner in Hamburg gibt. Und dann entschuldigen Sie Ihre schlechten Wohnungsbauzahlen damit, dass im Umland auch nicht mehr gebaut würde. Also wer ist denn nun derjenige, der bauen muss? Das sind doch Sie, Herr Gedaschko.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von *Hans-Detlef Roock CDU*)

– Ja, das ist das Problem, genau. Wo Sie das sagen, Herr Roock. Der Senat baut keine Wohnungen.

B Der Stadt gehört mit der SAGA/GWG das größte Wohnungsbaunetzwerk in dieser Stadt. Aber SAGA/GWG baut keine Wohnungen, wo es dringend notwendig ist, sondern zahlt 500 Millionen Euro in die Hamburger Staatskasse ein, zulasten der Mieter, der Modernisierung und des Wohnungsbaus. Das ist Ihre Politik. Vielen Dank, Herr Roock.

(Beifall bei der SPD – *Wolfgang Beuß CDU*: Wir haben nichts an den Ohren, Herr Quast!)

Um es ganz deutlich zu machen: Sie mögen es als rückwärtsgewandt empfinden, was wir als Ziele der Wohnraumförderung definiert haben. Das, was wir in dem Gesetz ändern wollen, umfasst auch alle die Gruppen, die Sie fördern wollen. Es eröffnet aber auch die Möglichkeiten, den Menschen, die den genannten Gruppen nicht angehören, weiteren Wohnraum in Hamburg günstig zur Verfügung zu stellen. Das ist dringend notwendig. Gehen Sie in die Stadtteile und fragen die Leute, was notwendig ist. Dann wissen Sie, dass eine Formulierung, wie wir sie wählen, auch die richtige ist.

Abschließend möchte ich sagen: Sie haben etliche Punkte aufgezählt. Uns ist auch klar, dass die Verbände Interessen haben – das habe ich vorhin auch erwähnt –, die nicht immer unbedingt mit dem deckungsgleich sind, was wir als verantwortungsvolle Politiker für diese Stadt tun müssen. Deswegen sind wir denen auch nicht bei jeder Forderung auf den Leim gegangen, sondern haben sehr genau abgewogen. Aber das, was Sie zu der Verwaltungsmodernisierung im Bereich der Erteilung von Wohnungsbauscheinen gesagt haben, hat der Verband gefordert. Der Verband der Wohnungsunternehmen hat diese Forderung aufgestellt. Der spricht für die Genossenschaften und auch für SAGA GWG. Diesen Schritt zu gehen,

dass Sie sich das nicht trauen, wundert mich immer noch. C

(Beifall bei der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Lieven.

Claudius Lieven GAL:* Meine Damen und Herren! Herr Senator, was Sie eben gerade gesagt haben, dass Ihr Schwerpunkt und Ihr Augenmerk auf der Eigenheimförderung liegen, ist gerade das Problem. Das ist gerade die Ursache dafür, dass die Wohnungsbauzahlen in Hamburg so stark abgebaut worden sind und sich so stark reduziert haben. Sie haben das in diesem Gesetzentwurf in keiner Weise korrigiert. Sie haben keine Anreize für Mietwohnungsbau gesetzt. Sie haben SAGA GWG quasi aus dem Neubau komplett herausgekegelt. Die sind gar nicht mehr liquide, da Sie alles ins Sonderinvestitionsprogramm abführen müssen.

(Beifall bei *Dr. Monika Schaal SPD* – Zuruf von *Hans-Detlef Roock CDU*)

Wer soll denn Mietwohnungsbau betreiben? Ja, Herr Roock, im Wesentlichen in Instandsetzung.

(*Hans-Detlef Roock CDU*: 200 Millionen!)

Wer soll Wohnungsbau betreiben? Gerade deswegen wäre eine genossenschaftliche Komponente in diesem Wohnraumfördergesetz besonders wichtig gewesen, weil das Akteure sind, die in Hamburg bauen. Die bauen in Hamburg preisgünstigen Wohnraum und dort hätten ein Zeichen und ein wirklicher Anreiz gesetzt werden müssen. Das haben Sie leider straflich versäumt.

D Was die Zweckentfremdungsverordnung angeht, Herr Senator, muss ich Ihnen deutlich widersprechen. Es gab in der Expertenanhörung ganz klar keine Äußerungen von den Verbänden, die gesagt haben, dass sie dort einen Änderungsbedarf sehen, ganz und gar nicht. Im Gegenteil haben sie gesagt und bestätigt, dass in Hamburg die Zweckentfremdungsverordnung kein Problem sei, sie mit Augenmaß angewendet werde und dass, wenn es begründeten Bedarf für eine Zweckentfremdung gebe, dem auch entsprochen werde. Mit der Regelung, die Sie jetzt anstreben, öffnen Sie die Büchse der Pandora. Im Moment haben wir rund um die Alster schon 40.000 Wohnungen, die nicht zum Wohnen genutzt werden, sondern für gewerbliche Nutzung. Wenn Sie das in weiteren Stadtteilen machen – das können auch ganz Bezirke sein, dem Bezirk ist es freigestellt, ob er einzelne Stadtteile oder vielleicht das ganze Bezirksamtsgebiet dafür freigeben will –, dann lösen Sie eine heftige Angebotsverknappung auf dem Wohnungsmarkt aus, ganz besonders in den innerstädtischen attraktiven Wohnvierteln, in denen die Mieten in den letzten Jahren sowieso schon überproportional gestiegen sind. Deswegen sind wir der Auffassung, dass das auf gar keinen Fall passieren darf. Das ist wirklich das Öffnen der Büchse der Pandora auf dem Hamburger Wohnungsmarkt. Da kann ich nur sagen: Finger weg. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Gedaschko.

(*Michael Neumann SPD*: Halten die alle heute ihre Abschiedsrede? Ein Senator, der öfter als ein Mal redet, hat in seiner ersten Rede etwas falsch

A gemacht!)

Senator Axel Gedaschko: Ich rede deshalb, weil hier bisweilen grober Unfug geredet wird. Nämlich wenn wir zum Beispiel über den letzten Punkt reden, dann ist es schlicht und ergreifend so, dass die Zweckentfremdung – ich hatte es gesagt und ich bitte das auch ernst zu nehmen – dort gemacht werden soll, wo es monostrukturierte große Wohnbauviertel gibt, wo wir erhebliche Probleme mit Siedlungen haben, die hochgeklotzt wurden und heute häufig der Hort von Problemen sind. Genau dort müssen wir gegensteuern. Das ist genau der Grund, warum wir dort handeln wollen. Alles andere ist reine Ideologie, die Sie in den Raum werfen.

(Beifall bei der CDU – *Doris Mandel SPD*: Nein, das ist Blödsinn!)

Präsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir zur Abstimmung. Zunächst zum SPD-Antrag aus der Drs. 18/7970, wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich abgelehnt.

Nun zum GAL-Antrag aus der Drs. 18/7972. Wer möchte diesem zustimmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist bei einer Anzahl von Stimmenthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Dann zum CDU-Antrag aus der Drs. 18/7977. Wer möchte diesen annehmen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen.

B Schließlich zum Bericht des Stadtentwicklungsausschusses aus der Drs. 18/7852. Wer möchte der Ausschussempfehlung folgen und das Gesetz zur Umsetzung der Föderalismusreform im Wohnungswesen aus Drs. 18/7191 mit den soeben beschlossenen Änderungen beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich angenommen. Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das tut er. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall. Wer will das soeben in erster Lesung beschlossene Gesetz auch in zweiter Lesung beschließen? – Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Das ist mehrheitlich auch in zweiter Lesung und damit endgültig beschlossen worden.

Ich rufe auf die Tagesordnungspunkte 89 b und 89 d, Drs. 18/7920 und 18/7922, Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses: Hamburg schützt seine Kinder – Umsetzung der Maßnahmen und Umsetzung des Hamburgischen Ausführungsgesetzes zum SGB VIII – Kinder- und Jugendhilfe sowie zum Thema Allgemeine Soziale Dienste mit dem Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses: Gesetz zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung.

[Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses über die Drucksachen 18/6369: "Hamburg schützt seine Kinder: Umsetzung der Maßnahmen" (Senatsmitteilung) 18/6573:

Umsetzung des Hamburgischen Ausführungsgesetzes zum SGB VIII

– Kinder- und Jugendhilfe –
hier: **Vorlage des Kinder- und Jugendberichtes (§ 27) (Senatsmitteilung)**
sowie über das Thema **Allgemeine Soziale Dienste (ASD)**
hier: **Sachstandsbericht (Selbstbefassungsangelegenheit gemäß § 53 Absatz 2 GO)**
– Drs. 18/7920 –]

[**Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses über die Drucksache 18/7481: Gesetz zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung (Antrag der SPD-Fraktion)**
– Drs. 18/7922 –]

Wird das Wort gewünscht? Der Abgeordnete Schüssler hat es.

Jürgen Schüssler SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht um das Wohl und den Schutz unserer Kinder vor Vernachlässigung, Misshandlung und Missbrauch. Seit dem grauenhaften Tod von Jessica vor fast drei Jahren wurde viel diskutiert. Es wurde der Sonderausschuss Jessica gegründet und es gab viele Gemeinsamkeiten, die aus diesem Sonderausschuss fraktionsübergreifend herausgekommen sind. Zu den Einvernehmlichkeiten gehörte unter anderem auch, dass die Vorsorgeuntersuchungen, die U 1 bis U 9, die für die Kinder in der Regel zu überwiegend 95 Prozent auch ganz normal und selbstverständlich von allen Eltern durchlaufen werden, verbindlichen Charakter bekommen sollen, um auf diese Art und Weise diejenigen auffinden zu können, die möglicherweise vernachlässigt, missbraucht und misshandelt werden. Denn, wenn das verbindlicher wird, kann man eventuell die auffinden, die nicht zu diesen Vorsorgeuntersuchungen kommen. Sozialsenatorin Schnieber-Jastram sagte am 1. Februar 2006 hier in diesem Hause – so habe ich es zumindest, da ich damals dem Hause noch nicht angehörte, recherchiert –, dass sie die Empfehlungen umsetzen werde. Sie sagte:

"Ich nenne hier beispielsweise die Initiative, die U 1- bis U 9-Untersuchung verpflichtend zu machen."

Sie haben das hier in diesem Hause versprochen.

Zum Thema Zusammenarbeit sagten Sie:

"Ich würde mich freuen, wenn mich mein Eindruck nicht trügt, dass wir jetzt am Schluss des Sonderausschusses erreicht haben, dass für das Wohl von Hamburgs Kindern alle an einem Strang ziehen."

Ich glaube, damals war die Einigkeit groß. Frau Schnieber-Jastram, Sie stehen noch in der Verantwortung. Sie haben diese Zusage nicht eingehalten. Sie haben den Strang losgelassen, Sie haben sich dieser Verantwortung entzogen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wie alarmierend die Situation in Hamburg ist, zeigt

C

D

A gerade die aktuelle Diskussion um die Studie des Kompetenzzentrums für die Untersuchung von Kindern und den Verdacht auf Vernachlässigung, Kindesmisshandlung und sexuellen Missbrauch. Von fast 150 dort seit März 2007 untersuchten Verdachtsfällen haben sich mehr als 60 Prozent bestätigt. Das ist wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs. Wenn man bedenkt, dass das Kompetenzzentrum noch sehr jung und wohl noch nicht allzu bekannt ist, und wenn man bedenkt, dass nur ein einziger Fall von einem niedergelassenen Arzt gemeldet wurde, mag ich gar nicht daran denken, wie hoch die Dunkelziffer ist. Wenn ich eine Hochrechnung aus diesen Zahlen mache, bin ich mir sicher, dass wir im vierstelligen Bereich landen werden. Das, glaube ich, ist für diese Stadt ein Skandal.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Lassen Sie mich zwei Dinge sagen, bevor ich in die Details gehen möchte. Erstens: Ja, einige von Ihren eingeleiteten Maßnahmen sind richtig und wichtig. Zweitens: Verbindliche Vorsorgeuntersuchungen können nicht allein das Problem lösen.

(Stefanie Strasburger CDU: Nein!)

Sie können nur ein Baustein in einem Maßnahmenkatalog sein, aber ein wichtiger und dringend notwendiger. Die Ursache des Problems liegt vor allem in der zunehmenden Armut und Perspektivlosigkeit, in der viel zu viele Kinder und Familien in dieser Stadt leben müssen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Viele gerade dieser Familien fallen durch das Raster von Vorsorge, Früherkennung und Betreuung. Es gibt Kinder, die weder untersucht noch in Krippen, Horten, Kitas und Vorschulen betreut werden. Das ist doch das Problem, vor dem wir stehen. Es ist richtig, dass viele Fälle von Misshandlung und Missbrauch in allen gesellschaftlichen Schichten vorkommen. Aber der größte Nährboden ist die Armut. Klar, Jessica ist ein drastischer Fall gewesen. Aber die steigende Zahl von vernachlässigten Kindern ist alarmierend, denn sie zeigt, dass in dieser Stadt etwas gründlich schief läuft. Sie ist Anzeichen einer sich zunehmend in Arme und Reiche spaltenden Gesellschaft, was Sie heute am frühen Nachmittag noch gelehnt haben. Die Gesellschaft in Hamburg ist gespalten in Arme und Reiche. Das ist ein Symptom davon.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wenn wir eine Verbindlichkeit oder gar eine Verpflichtung der Vorsorgeuntersuchung erreichen wollen, müssen wir für die Ärzte, die Krankenkassen und die Behörden den verbindlichen rechtlichen Rahmen schaffen. Dies kann auf Bundesebene oder – ich meine das logische "oder" – auf Landesebene politisch und gesetzlich gestaltet werden. Sie, Frau Schnieber-Jastram, haben sich einseitig für den Weg zur Bundesratsinitiative entschieden. Wir haben von Beginn an vorgeschlagen beide Wege zu gehen, so wie andere Länder das auch getan haben, allen voran das CDU-geführte und -regierte Saarland. Nun wird auf Bundesebene unter anderem argumentiert, dass dies nicht ohne Änderung des Grundgesetzes möglich sei.

(Doris Mandel SPD: Blödsinn!)

Ob das Blödsinn ist oder nicht, wir haben einen Antrag eingebracht, um den Kinderschutz in das Grundgesetz einzubringen, damit wir in diesem Hause eine entspre-

chende Bundesratsinitiative starten können. Sie haben dies abgelehnt. Gutachten haben längst gezeigt, dass eine landesrechtliche Umsetzung möglich und wirksam ist.

(Wilfried Buss SPD: Richtig!)

Wie dies im Landesrecht unbürokratisch umgesetzt werden kann – auch das hat die CDU-geführte Regierung im Saarland mit Erfolg gezeigt. Sie ist beide Wege gegangen und im landesrechtlichen Bereich hat sie mittlerweile Vorbildcharakter. Andere Länder sind nachgezogen, selbst Frau von der Leyen, unsere Familienministerin der großen Koalition in Berlin, ist mittlerweile umgeschwenkt. Sie sagt, ich zitiere:

"Erfahrungen aus dem Saarland zeigen, dass auf diese Weise unbürokratisch nachgehakt wird."

Im Interview mit NDR Info zu dem Thema "Vorsorgeuntersuchungen sind ein wichtiger Baustein" antwortete die Familienministerin am 28. Dezember 2007, also nach dem Kindergriffel der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten der Länder im Dezember 2007, auf die Frage, ob man das nicht bundesweit regeln könne, wie folgt. Sie sagt:

"Nein, es ist gerade auf Länderebene richtig."

Und weiter konkret zum Saarländer Modell:

"Das Saarland ist da vorweg gegangen und hat jetzt auch Erfahrung und sagt: 'Das funktioniert. Wir können Euch zeigen, wie es geht'."

Frau Senatorin, ich frage Sie: Warum geht das nicht in Hamburg?

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Warum sind Sie nicht bereit, über unseren Vorschlag für verbindliche Vorsorgeuntersuchungen nach dem Saarländer Modell ernsthaft zu diskutieren? Sie haben es in diesem Hause bereits zugesagt und seitdem wiegeln Sie ab. Sie reden sich raus und schieben die Verantwortung auf die Bundesebene. Das, finde ich, ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Ausflüchte: Herr Staatsrat Wersich sagt im Ausschuss, Vorsorgeuntersuchungen seien als Schutz vor Kindesmissbrauch nicht geeignet, weil Ärzte die häusliche Situation nicht einschätzen können.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Der ist doch selbst Arzt!)

Ob das richtig ist, will ich einmal völlig dahingestellt lassen. So steht es in dem Bericht. Das will ich einmal völlig dahingestellt lassen. Tatsache ist, dass es darum überhaupt nicht geht. Es geht darum, dass die Ärzte melden, welche Eltern ihre Kinder zur Vorsorgeuntersuchung bringen, damit es an einer zentralen Stelle registriert und abgeglichen werden kann, sodass man feststellen kann, welche nicht hingekommen sind.

Dann sagen Sie, das vorgesehene Verfahren insbesondere für die Dreieinhalb- bis Fünfjährigen, also in der U 8 und der U 9, sei unangemessen aufwendig, weil die Kinder täglich in die Kita beziehungsweise die Schulen gehen. Das tut natürlich dem sozialdemokratischen Herzen richtig weh, wenn sie solch eine Aussage treffen. Wir haben immer wieder an dem von Ihnen umgesetzten Gutscheinsystem kritisiert, erstens dass Sie in den Krip-

C

D

A pen und Horten gerade diejenigen ausgrenzen, die arm sind und unter Armut leiden. Das ist Ihre Verantwortung, das tun Sie gerade damit.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens: Mit der Einführung der Vorschulgebühren grenzen Sie ebenfalls gerade diese aus. Wenn Sie dann in dem Ausschuss sagen, dass das unangemessen aufwendig sei, ist das ein Hohn gegenüber dem Kindeswohl.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Besonders erstaunlich ist – und das steht ebenfalls genauso in dem Bericht und wurde so gesagt –, dass Staatsrat Wersich der Auffassung ist, dem Senat sei es nie darum gegangen, die Früherkennungsuntersuchungen verbindlich zu machen. Ich gebe zu, dass das auch unsere Befürchtung ist. Das hörte sich bei Frau Schnieber-Jastram früher ganz anders an. Ihr Weg einer bundesweiten Regelung ist gescheitert. Ihre Argumente sind fadenscheinig. Sie haben sich längst in eine Sackgasse manövriert, denn da herauszukommen, hieße einzugehen, dass unsere Warnungen und Vorschläge in den letzten Jahren richtig waren, dass unsere Anträge, die wir schon vor einem Jahr gestellt haben, um das Saarländer Modell umzusetzen und wieder aufzugreifen, richtig waren und dass unsere Warnung, nur den Weg der Bundesebene zu gehen, richtig war. Das müssten Sie zugeben und das ist natürlich schwer. Das anzuerkennen, ist besonders in Wahlkampfzeiten schwer, weil Sie Fehler eingestehen und korrigieren müssten.

Wenn Sie in wenigen Minuten diesen Ausschussbericht annehmen und damit unseren Gesetzentwurf für eine verbindliche Vorsorgeuntersuchung ablehnen, setzen Sie parteipolitische Interessen vor die Interessen des Kindeswohls. Das, finde ich, ist beschämend. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete von Frankenberg.

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine Feststellung. Kinderschutz ist uns allen ein wichtiges Thema, nicht nur Ihnen.

(*Michael Neumann SPD: Damit fangen Sie jede Rede an!*)

Wir haben bisher gemeinsam viel erreicht. Das möchte ich als Erstes einmal vorweg betonen.

(Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD: Worthülsen!*)

Wir setzen nicht auf einfache Lösungen oder Schnellschüsse aus der Hüfte, sondern wir setzen auf vernetztes Handeln. Beim Kinderschutz wollen wir einen starken Staat und wir haben auch einen starken Staat geschaffen.

Zu den Maßnahmen: Hamburg schützt seine Kinder, Empfehlungen des Sonderausschusses. Aber nicht nur das, wir haben in der Kindertagesbetreuung viel erreicht: Fünf Stunden inklusive Mittagessen. Es sind sehr viel mehr Kinder, die Ausgaben sind auch gestiegen. Aber ich will deutlich betonen: Das Geld geben wir gerne aus. Das sind auch Ausgaben, die der Spaltung in unserer Stadt, die sie fahrlässig herbeireden, entgegenwirken. Das will

ich noch einmal ganz ausdrücklich betonen.

(Beifall bei der CDU)

Dazu kommen die Erweiterung der Ganztagsschulen und das Programm Lebenswerte Stadt mit kleinen Grundschulklassen. Auch das sind Maßnahmen, die ganz wichtig sind. Insofern müssen wir das alles vernetzt sehen.

Zum Thema Vorsorgeuntersuchungen: Auch wir sind der Auffassung, dass Vorsorgeuntersuchungen eine wichtige Maßnahme zur Erkennung von Vernachlässigung und Kindesmisshandlung sind, ganz klar.

(*Jürgen Schüssler SPD: Dann können Sie doch zustimmen!*)

Wir streiten auch nicht über das Ja oder Nein, sondern Sie wollen eine kleine Lösung, eine Hamburger Insellösung. Wir wollen eine große Lösung, eine Bundeslösung.

(Beifall bei der CDU – *Petra Brinkmann SPD: Andere Bundesländer machen das doch auch!*)

Unsere Forderung ist Aufklärung durch die Kassendaten von Familien, die nicht teilgenommen haben, und das bundesweit. Es macht keinen Sinn, wenn man irgendwo – wir reden immer von der Metropolregion –, sagen wir einmal bei Ihnen in Lemsahl wohnt, Frau Brinkmann, und in Norderstedt zum Arzt geht.

(*Petra Brinkmann SPD: Aber Schleswig-Holstein macht das schon. Das ist doch Norderstedt!*)

– Aber wie wollen Sie die Daten bekommen? Deswegen setzen wir auf eine bundesweite Lösung und nicht auf die Insellösung. Schönen Dank, dass Sie mich in der Argumentation so tatkräftig unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Wir haben auch hohe Teilnahmezahlen, wir haben sie auch unter anderem dadurch erreicht, dass man bei der Viereinhalbjährigenuntersuchung sein Vorsorgeheft mitbringen muss. Und man muss es auch vor der Einschulung zum Vorstellungsgespräch mitbringen. Insofern ist man durchaus auch schon zu diesem Zeitpunkt Nachfragen ausgesetzt.

(*Petra Brinkmann SPD: Und unter Viereinhalb?*)

Es ist nicht so, dass das Ganze sich irgendwo im luftleeren Raum befindet.

Die Empfehlungen des Sonderausschusses zum Thema Hamburg schützt seine Kinder sind in meinen Augen Meilensteine im Kinderschutz. Es ist eine stärkere Sensibilisierung für das Thema eingetreten. Es gibt eine stärkere Vernetzung zwischen den Beteiligten, klare Handlungsanweisungen und Leitfäden, Schulung ist intensiviert und verbessert worden, Fortbildung hat einen ganz anderen Stellenwert, ich denke an die Kinderschutzhelpline. Die Akte wird zehn Jahre aufbewahrt, wir haben den Schulzwang und das Schülerregister. Bei den Allgemeinen Sozialen Diensten sind alle Stellen besetzt, nicht irgendwelche Luftbuchungen auf dem Papier, wie das früher war. Wir haben erhebliche Personalverstärkungen in dem Bereich und auch in anderen Bereichen. Zum Beispiel bei der Polizei gibt es speziell fortgebildete Polizeibeamte. Es gibt 16 Familienhebammenprojekte, 22 Eltern-Kind-Zentren und so weiter. Es gibt ein ganzes Bündel an Maßnahmen. Insofern ist das, wie Sie das darstellen, einfach nicht richtig.

C

D

A Ich will auch noch betonen, dass ich mich sehr freue, dass die Finanzierung – Sie haben das Thema Kinderkompetenzzentrum für die Untersuchung von Kindern bei Verdacht auf Misshandlung und Vernachlässigung angeprochen – hierdurch dauerhaft sichergestellt wird. Für diese Unterstützung möchte ich ausdrücklich Ihnen, Frau Bürgermeisterin, danken, dass Sie das ermöglicht haben. Da sind wir einer Meinung. Das ist ein ganz wichtiges Instrument im Kinderschutz.

(Beifall bei der CDU)

Bei diesem Senat ist auf jeden Fall der Kinderschutz, das stellt man immer wieder fest, in sehr guten Händen.

Lassen Sie mich aber zum Abschluss noch eins sagen: Ihre Äußerungen, nicht nur heute, sondern auch im Wahlkampfgetöse – da mag man vielleicht auch manchmal ein bisschen über Ziel schießen – zur gespaltenen Stadt sind langsam wirklich schwer erträglich und Sie müssen sich hinterher einmal überlegen, welchen Schaden Sie damit anrichten.

(Beifall bei der CDU – *Herbert Winter CDU: Genau!*)

Ich will Ihnen einmal eins sagen: Ich arbeite in Jenfeld und muss mich mittlerweile schon durch Ihr Gerede dafür rechtfertigen, habe ich das Gefühl.

(*Dr. Andreas Dressel SPD: Sie müssen sich rechtfertigen! Das ist richtig, für Ihre Politik!*)

Was ist mit den Menschen, die in den Stadtteilen arbeiten und wohnen, die Sie stigmatisieren?

B (*Michael Neumann SPD: Dass Sie sich rechtfertigen müssen, ist auch richtig so, weil Sie die Verantwortung dafür tragen!*)

Sie sind so weit weg von den Sorgen und Nöten der Menschen, das ist gar nicht vorstellbar.

(Beifall bei der CDU)

Ich sehe nur einen Kandidaten, der nichts verstanden hat, auch wenn er anderes propagiert.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU) (???)

Ich kann Ihnen nur sagen: In den Sechziger- und Siebzigerjahren mag der Geschosswohnungsbau der Stand der Dinge gewesen sein, das will ich Ihnen gar nicht vorwerfen. Nur wenn man das dann gemacht hat und hinterher von der gespaltenen Stadt redet, dann muss ich sagen: Das ist wirklich empörend, wie Sie mit dem Thema umgehen.

(Beifall bei der CDU)

Ich würde an Ihrer Stelle ganz kleine Brötchen backen und den Mund halten.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Blömeke.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr von Frankenberg, ich sehe hier nur einen Abgeordneten, der irgendwie in die Enge getrieben worden ist, aufgrund dessen wild um sich schlägt und die Realität nicht wahrnehmen will.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wir haben vorhin in der Aktuellen Stunde gehört, dass dieser Senat es durchaus schafft, viele Projekte kurz vor der Wahl "mal eben so" durchzuziehen und in blinden Aktionismus verfällt.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Sie haben es nur nicht verstanden!*)

Bei den verbindlichen Vorsorgeuntersuchungen sieht es ganz anders aus. Im März 2005 gab es den tragischen Fall Jessica. Jetzt – drei Jahre später – röhmt sich der Senat, eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht zu haben. Unmittelbar in der ersten Debatte zu dem Fall Jessica wurden von SPD- und GAL-Fraktion verbindliche Vorsorgeuntersuchungen gefordert. Seitens des Senats passierte gar nichts. Jetzt haben wir die Situation, dass der Senat behauptet, er hätte eine Bundesratsinitiative eingeleitet.

(Zuruf von *Stefanie Strasburger CDU*)

Zunächst einmal wollen wir feststellen, Frau Strasburger, dass Niedersachsen diesen Antrag eingebracht hat und Hamburg lediglich einen Änderungsantrag. Dieser Änderungsantrag hat unter anderem die Klausel, die ich sowieso ablehne, die Untersuchungen sollen erst ab der U 4 verbindlich sein. Über die U 1 brauchen wir nicht zu streiten, die Untersuchung findet im Krankenhaus statt, die sind relativ verbindlich, aber es gibt immer noch Mütter, die bekommen ihre Kinder zu Hause und die sind nicht davon erfasst. Dann haben wir die ganzen Fälle der U 3. Sie betrifft Kinder in einem Alter, in dem sie zu Hause sind und wo man Vernachlässigungen frühzeitig erkennen könnte. Das sieht dieser Senat nicht. Er meint, ab der U 4 wäre eine verbindliche Vorsorgeuntersuchung ausreichend. Drei Jahre haben Sie in schlafender Position verbracht. Ich halte es für ziemlich fahrlässig, erst jetzt zu handeln.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ihr Argument zieht nicht, wenn Sie von einer Insellösung sprechen. Wir wissen alle, worüber wir reden. Das Saarland hat schon lange eine eigene Gesetzesinitiative.

(*Petra Brinkmann SPD: Schleswig-Holstein!*)

Eben wurde das Beispiel Norderstedt genannt. Das Beispiel hinkt, Herr von Frankenberg. Schleswig-Holstein ist schon lange dabei und Niedersachsen auch. Das einzige Land, das sich in eine Insellösung begibt, ist Hamburg, weil hier nicht gehandelt wird. Das haben wir diesem Senat zu verdanken.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Petra Brinkmann SPD: So ist es!*)

Frau Senatorin, wer garantiert uns, dass so etwas durchkommt? Wir erleben das häufiger im Bundesrat, da sind die Bundesländer auch nicht immer einer Meinung. Wie lange dauert dieser ganze Prozess? Vielleicht noch einmal ein Jahr. Angesichts der alarmierenden Zahlen, die vom Kompetenzzentrum veröffentlicht worden sind, können wir uns das nicht leisten. Jeder einzelne Fall, der dort erwähnt wurde, ist einer zu viel. Darüber sind wir uns alle einig.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich möchte jetzt noch auf zwei Punkte der Drucksache "Hamburg schützt seine Kinder" eingehen. Herr Schüssler hat sehr schön eine Zusammenfassung dieser ganzen Fakten und des Nichthandelns des Senats gebracht. Ich

A will das nicht alles wiederholen. Wenn Herr von Frankenberg redet, habe ich sowieso immer das Gefühl, er holt seine alten Reden heraus und kommt mit Kita, und, und, und.

(*Bernd Reinert CDU*: Nein, er kommt mit der Wahrheit!)

Das macht nichts, das spart auch ein bisschen Arbeit, Herr von Frankenberg.

Ich nenne zunächst die Familienhebammen. Sie haben sich gerühmt, in Hamburg 16 Familienhebammen-Stellen eingerichtet zu haben. Ich hoffe, Ihnen allen ist bekannt, dass die Familienhebammen gerade dabei sind, in den Streik zu treten, weil sie finanziell derart schlecht ausgestattet sind, dass sie es nicht mehr verantworten können, ihrer Arbeit nachzukommen. Ich will aus einem Brief des KiFaZ in Barmbek-Süd zitieren:

"Im Namen des Kinder- und Familienzentrums Barmbek-Süd wenden wir uns mit folgendem Anliegen an Sie ("Sie", das sind die politischen Parteien). Das KiFaZ hat große Probleme, den wichtigen Arbeitsbereich Familienhebammen für das Jahr 2008 und vermutlich auch für die folgenden aufrechtzuerhalten."

Jetzt kommen Probleme, die ich nicht näher ausführen will, die auch mit der Gesundheitsreform zusammenhängen. Tatsache ist, den KiFaZ fehlt Geld, um die Familienhebammen auszustatten,

(*Wilfried Buss SPD*: Hört, hört!)

B und sie kommen zu dem Fazit, dass sie so ihre Arbeit nicht mehr fortsetzen können.

Meine Damen und Herren, was nützen uns diese wirklich guten Projekte der Familienhebammen, wenn es wieder einmal nur ein Projekt à la Senatorin Schnieber-Jastram ist, nämlich ein Leitprojekt, genauso wie die Kinder- und Familienzentren. Es gibt in der Stadt zwar 22 Zentren, die vielleicht zweimal drei Stunden geöffnet haben, aber damit können Sie sich nicht rühmen, Frau Senatorin, das ist eine kleine Einheit von dem, was wir eigentlich haben müssten.

Wer Kinderschutz wirklich ernst meint, der investiert Geld gerade in die Familienhebammen. Wir sind uns sogar mit der CDU-Fraktion einig, wie wichtig Familienhebammen als erste Instanz sind, um Vernachlässigungen zu erkennen. Es nützt wenig, wenn Sie dieses Leitmodell einrichten, sich nach außen rühmen und sagen, wir haben 16 Familienhebammen, sie aber nicht arbeiten können und ihnen Vernachlässigungen "durch die Lappen" gehen. Das sind die Kinder, die im Kompetenzzentrum enden. Das darf nicht passieren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Nun komme ich zu meinem Lieblingsthema. Ich werde aber nur wenig dazu sagen, weil Herr Kienscherf bestimmt noch etwas zu den Allgemeinen Sozialen Diensten sagen möchte.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Na, klar!)

Ich konnte eben kurz im Pressepiegel lesen, dass Ole von Beust an die Kultusministerkonferenz einen Brandbrief wegen Stundenreduzierung in den Gymnasien geschrieben hat. Ich freue mich, dass Herr von Beust manchmal Brandbriefe schreibt. Wissen Sie, wie viele

C Mitarbeiter der Allgemeinen Sozialen Dienste Brandbriefe an unseren Bürgermeister geschrieben und keine Antwort erhalten haben? Und wenn sie eine Antwort bekommen haben, dann hieß es, so wie sie ausgestattet sind, sei es ausreichend. Noch im letzten Jahr – unser neues Jahr ist ja noch gar nicht so alt – gab es aus Bergedorf erneut zwei Überlastungsanzeigen, die den Wortlaut trugen, wir können nicht garantieren, dass wir hier Kinderschutz betreiben können. Diese Überlastungsanzeigen sind an den Bürgermeister gegangen. Es braucht keines deutlicheren Brandbriefbeweises, um zu sehen, dass die Allgemeinen Sozialen Dienste – die erste Stelle des Kinderschutzes – immer noch nicht so ausgestattet sind, dass sie den Kinderschutz wirklich wahrnehmen können. Das müssen wir ändern und dazu hatte die GAL-Fraktion – es liegt schon lange zurück, ich weiß schon gar nicht mehr, wann es war – wiederholt den Antrag gestellt, die Sollstellenzahl zu überprüfen. Im Moment haben wir zum Beispiel in Bergedorf eine Stellenausstattung, die sich auf einen Wert von vor zehn Jahren bezieht, als Bergedorf noch gar nicht die Neubaugebiete hatte. Das ist sträflich. Es werden hier Märchen erzählt, in denen es heißt, wir betreiben Kinderschutz, und dabei sind Sie auf halber Stelle stehen geblieben.

Wenn Senator Freytag und sein gesamter Senat es wirklich ernst meinen – er hatte vorhin gesagt, wenn wir den Schwachen in der Stadt helfen, dann tun wir das auch –, bedarf es noch weiterer Maßnahmen. Sie haben angefangen, etwas zu tun, dann haben Sie sich irgendwann zurückgelehnt und das Resultat sehen wir jetzt. Es müssen doppelte Anstrengungen unternommen werden. Was hier in Sachen Kinderschutz getan wird, ist noch immer nicht ausreichend. Da bedarf es noch weiterer Maßnahmen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsident Berndt Röder: Das Wort erhält Senatorin Schnieber-Jastram.

Zweite Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich sage es Ihnen sehr gern noch einmal: Hamburg hat in Sachen Kinderschutz eine bundesweit anerkannte Vorterrolle in Deutschland eingenommen.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen weiterhin nicht verschweigen, dass ich mich persönlich sehr darüber freue, denn es zeigt sich, dass wir auf dem richtigen Wege sind. Das wird im Übrigen an einer Stelle ganz besonders deutlich bestätigt, Herr Schüssler: Die ständig steigenden Teilnahmequoten an den Vorsorgeuntersuchungen sprechen eine eigene Sprache.

(*Jürgen Schüssler SPD*: Das zeigt den steigenden Bedarf!)

Mit einer weiteren Mär möchte ich bei dieser Gelegenheit aufräumen. Es wird immer wieder betont, die Kinderbetreuungszahlen in den von Ihnen geschaffenen Hamburger Problemgebieten

(*Michael Neumann SPD*: Die gibt es doch gar nicht! Es gibt keine Probleme in Hamburg!)

seien schlecht. Im Gegenteil. Wir haben in all diesen Gebieten steigende Kinderbetreuungszahlen, plus 7 Prozent in all diesen Regionen, bei Kindern mit sozialpäda-

A gogischem Bedarf plus 68 Prozent. Revidieren Sie bitte Ihr Urteil auch an dieser Stelle.

(Beifall bei der CDU – *Gesine Dräger SPD*: Wenn Sie einmal zuhören würden! Aber das gelingt Ihnen ja nicht!)

Diese gute Arbeit zeigt, mit welchem Engagement die Bevölkerung in Hamburg, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ganz vieler Einrichtungen und Institutionen, bis hin zu den Behörden und Bezirksamtern die Aufgabe Kinderschutz wahrnehmen. Ich glaube, das gefällt Ihnen jedenfalls kurzzeitig nicht, sonst wäre hier nicht so ein Geplauder.

Sie sollten sich gerade in dieser Debatte ein bisschen an die eigene Nase Ihrer Verantwortung fassen, denn schließlich waren Sie es, die die Reihenuntersuchung der Kinder zur Einschulung abgeschafft haben. Erst der CDU-geführte Senat hat diese staatlichen Regeluntersuchungen wieder eingeführt. Sie haben das offensichtlich vergessen.

(Beifall bei der CDU)

Der jetzige Senat hat in unserer Stadt sehr viel für den Kinderschutz getan. Seit dem Schicksal Jessicas hat sich vieles verändert. Uns alle hat dieses Schicksalsereignis beim Handeln für einen verbesserten Kinderschutz auf den verschiedenen Feldern der Politik sehr geprägt. Der Schutz von Kindern – darüber gibt es, glaube ich, Einigkeit – benötigt schnelles, fachlich angemessenes Handeln der Jugendämter und bedarfsgerechte pädagogische Hilfen. Darüber hinaus sind zur rechtzeitigen Erkenntnung der Kindeswohlgefährdung selbstverständlich auch medizinische Fachkenntnisse erforderlich. Jedoch muss auch klar sein, dass Früherkennungsuntersuchungen kein sicheres, kein zuverlässiges Instrument sind,

(*Doris Mandel SPD*: Nein, aber es ist ein Instrument!)

um Misshandlungen und Vernachlässigungen immer entdecken zu können, sondern sie sind immer nur ein Baustein.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der SPD)

– Bevor Sie immer dazwischen schreien, hören Sie doch einmal eine Sekunde zu.

(Beifall bei der CDU)

Eine Teilnahme an Frühuntersuchungen schließt eine Misshandlung nicht aus, genauso wenig, wie eine Nichtteilnahme eine automatische Kindeswohlgefährdung bedeutet. Dieser Überlegung sind auch die Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt und der gemeinsame Bundesausschuss gefolgt, die beschlossen haben, dass ein Screening zur Erkennung von Kindeswohlgefährdung nicht in die Kinderrichtlinie aufgenommen wird. Es gibt keine standardisierten und sensitiven Screening-Instrumente, die für den Arzt eine eindeutige positive wie negative Schlussfolgerung zulassen. Aber was am Wichtigsten ist, der Arzt kann – ich wiederhole gern das, was der Staatsrat im Ausschuss gesagt hat – keine Einschätzung der häuslichen Situation der Kinder abgeben. Deshalb wollen wir eine klare, eine sichere Lösung. Wir wollen von den Krankenkassen die Daten der Familien, die nicht an der U 6 und der U 7 teilgenommen haben, um hier mit den Jugend- und Gesundheitsämtern ganz gezielt der Frage nachzugehen,

(*Christiane Blömeke GAL*: Da sind wir uns ja einig!)

ob hinter der Nichtteilnahme eine Kindeswohlgefährdung steht. Das heißt, Aufklärung bis hin zum Hausbesuch.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir diese Regelung mit Bund und Ländern gemeinsam durchsetzen können, wenn Ihre Gesundheitsministerin endlich den Widerstand gegen die Beteiligung der Krankenkassen an diesem Kinderschutznetzwerk aufgibt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich an Ihrer eigenen Bundesgesundheitsministerin die Zähne ausbeißen, dann lassen Sie Ihren Frust bitte nicht an uns aus.

(*Doris Mandel SPD*: Das ist doch wohl eher der Bundesrat!)

Ihr vorgelegter Antrag baut zum Teil mit mehrfach zeitraubendem Schriftwechsel mit allen Familien und einem fehlerhaften Meldewesen eine unglaubliche Bürokratie auf. Sie berücksichtigen in keiner Weise die in Hamburg bereits eingeführte verpflichtende Viereinhalbjährigenuntersuchung. So sind zum Beispiel die in Ihrem Gesetz vorgesehenen Einlade- und Meldewesen für die U 8 und die U 9 teuer und überflüssig, da genau in diesem Zeitraum schon jetzt in Hamburg die Vorstellung in der Schule mit einer verpflichtenden Schuleinganguntersuchung durchgeführt wird und bereits alle Kinder den Behörden bekannt sind.

Sie berücksichtigen auch nicht, dass gerade Hamburg mit den großen Anteilen von Versorgung aus dem und für das Umland auf eine länderübergreifende und nicht nur stadtstaatbezogene Regelung zum Kinderschutz angewiesen ist.

(*Christiane Blömeke GAL*: Wir sind verantwortlich für unsere Kinder!)

Das kann man an der Stelle wirklich nicht leugnen. Eine isolierte Landeslösung ist keine Hilfe, wenn beispielsweise – das ist hier mehrfach gesagt worden – ein Kind in Hamburg gemeldet ist und in Niedersachsen oder Schleswig-Holstein zur Frühuntersuchung gebracht wird. In Hamburg sollen die Eltern, die dort gewesen sind, nicht gleich unter Generalverdacht gestellt werden, dass sie ihr Kind misshandeln. Das fände ich eine Zumutung, um das klar zu sagen.

Im Ziel, die Vorsorgeuntersuchung zum Bestandteil eines Netzwerks zum Kinderschutz werden zu lassen, sind wir uns, glaube ich, alle einig. Ihr Weg mit der jetzt vorgelegten Gesetzesformulierung schafft ein teures, ein unglaublich bürokratisches Monstrum, das überhaupt nicht auf die Hamburger Verhältnisse passt. Tun Sie mir den Gefallen und sprechen Sie mit den Kollegen im Saarland, welche Erfahrungen sie zurzeit machen.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen noch einmal mein Appell an die Kolleginnen und Kollegen von der SPD: Unterstützen Sie uns in Berlin, sprechen Sie mit Ihrer Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, damit sie beim Kinderschutz endlich mitzieht. Wir setzen in Hamburg in Sachen Kinderschutz mit dem Senatskonzept "Hamburg schützt seine Kinder" auf vielfältige Schritte.

(*Doris Mandel SPD*: Das sind doch alles nur

A Absichtserklärungen!)

Herr von Frankenberg hat sie eben noch einmal sehr deutlich und klar erläutert. Ich bin froh, dass wir dieses Kompetenzzentrum eingerichtet haben, denn wenn wir es nicht gemacht hätten, dann hätten wir heute nicht die zusätzliche Transparenz in diesen Bereichen.

Frau Blömeke, ein letzter Satz zu Ihren Klagen, was die Sozialen Dienste angeht: Schön wäre es gewesen, wenn wir diesen Stand zu Ihrer Regierungszeit gehabt hätten. Um ein Drittel haben wir in diesem Bereich aufgestockt. Ich kann mich noch gut an den Beginn der heutigen Sitzung erinnern, als Ihr Kollege, Herr Dr. Maier, uns vorgeworfen hat, wir würden zu viel Geld ausgeben. Hinter Ihnen sitzt die Dame, die immer mehr, mehr, mehr möchte. Ich weiß nicht, wie das ausgeht.

(Anhaltender Beifall bei der CDU)

Präsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Kienscherf.

(Zurufe von der CDU: Nein, nein! – *Wolfhard Ploog CDU*: Wir als Sozialdemokraten! – *Michael Neumann SPD*: Nein, ihr seid Christen. Wir sind sozial!)

Dirk Kienscherf SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Was gibt es Eindrucks volleres, als wenn man dieser Senatorin zehn Minuten lauschen darf und feststellt, wie wenig sie sich für Kinderschutz in dieser Stadt interessiert.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Das merkt man sehr deutlich, Frau Schnieber-Jastram. Es ist ein Witz,

(*Lars Dietrich CDU*: Sie sind ein Witz!)

wenn Ihr Landesvorsitzender in seiner Wahlkampfrede sagt, uns Christdemokraten schert nicht, was der Bund macht, sondern wir machen Politik für Hamburg. Dort, wo Sie wirklich Politik für Hamburg machen könnten, für Kinder und für Familien in dieser Stadt, da drücken Sie sich nach wie vor. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD – *Harald Krüger CDU*: Wo haben Sie die letzten vier Jahre gelebt?)

Ich verstehe auch nicht, dass Sie Ihrem Kollegen Müller, Ministerpräsident im Saarland, so in den Rücken fallen, wie Sie es gerade gemacht haben. Herr Müller ist nach wie vor stolz auf das, was er im Bereich Kinderschutz – beispielsweise bei den U-Untersuchungen – erreicht hat. Ihre Kollegin von der Leyen hat im niedersächsischen Wahlkampf auch zwei-, dreimal gesagt, wie wichtig es ist, dass die U-Untersuchungen eingeführt werden. Sie können nicht verschweigen, dass es in Niedersachsen geschehen soll.

(*Petra Brinkmann SPD*: Geschehen ist!)

Sie dürfen auch nicht verschweigen, dass es in Schleswig-Holstein geschehen soll. Wer ist denn die Insel, die nichts tut? Das sind wir, meine Damen und Herren. Das wollen wir nicht und deswegen brauchen wir die U-Untersuchungen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Schnieber-Jastram, betreiben Sie deshalb keine

Legendenbildung, sagen Sie offen und deutlich, ob Sie die U-Untersuchungen, den Kinderschutz wollen oder nicht. Aber führen Sie die Kinder und die Eltern nicht mehr an der Nase herum.

(Beifall bei der SPD, bei *Christiane Blömeke* und bei *Dr. Willfried Maier*, beide GAL)

Herr von Frankenberg, Sie sind mittlerweile der kleine Terrier der CDU-Fraktion und holen immer wieder Ihre Rede heraus. Eines ist auch bei Herrn Schira erstaunlich, der sich nach sechs Jahren doch einmal geäußert hat. Wissen Sie, was ich nicht verstehe?

(*Harald Krüger CDU*: Ich verstehe Sie den ganzen Tag nicht!)

Das könnten wir vielleicht auch sachlich diskutieren.

(Zurufe von der CDU)

Der Bürgermeister hat uns vorgeworfen, dass wir die soziale Spaltung herbeireden.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Richtig!)

Darüber kann man ja diskutieren. Vielleicht ist das etwas, was die Sozialdemokraten oder die Grünen herbeireden.

(*Wolfhard Ploog CDU*: So ist es!)

Was ich dann überhaupt nicht verstehe, heute gab es von der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt eine Pressemitteilung, in der steht, dass Herr Senator Gedaschko zu einem Workshop einlädt, in dem es darum geht, Strategien zu entwickeln, um der sozialen Spaltung der Stadt entgegenzuwirken. Das verstehe ich überhaupt nicht, meine Damen und Herren, wenn Sie es auf der einen Seite als Hirngespinst von Sozialdemokraten betrachten, aber auf der anderen Seite Ihre Behörde dazu einlädt. Ich glaube, Herr Schira wird gut beraten sein, daran teilzunehmen.

(Beifall bei der SPD und bei *Claudius Lieven GAL*)

Herr von Frankenberg, Sie werfen uns vor, dass wir in Horn, in Hamm, in Billstedt nicht nahe bei den Menschen sind. Ich bin gespannt, wenn Frau Strasburger gleich aus ihrer unmittelbaren Umgebung berichten kann. Ich glaube, da sind wir ein Stück näher bei den Menschen.

(Beifall bei der SPD und bei *Martina Gregersen GAL*)

Was Sie und die Senatorin vorgetragen haben, zeigt, dass Sie nicht wirklich an der Lösung des Problems interessiert sind. Herr von Frankenberg, Sie können es zehnmal sagen und die Senatorin auch, dass es mehr Kinderbetreuungsplätze in Hamburg gibt, ist nicht Ihr Verdienst, sondern es ist das Verdienst der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt. Das wollen wir einmal festhalten.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Dass es in den sozialen Brennpunkten weniger Ganztagsbetreuung gab, ist auch allgemein anerkannt, und dass Sie versucht haben, in den letzten drei, vier Monaten gegenzusteuern und die Zahlen deswegen ein wenig steigen, ist nicht weiter verwunderlich. Aber Sie haben den Karren erst einmal in den Dreck gefahren. Das ist die Tatsache, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

A Bei den Schulen ist es genauso. Auf der einen Seite haben Sie die Schulklassenfrequenzen sechs Jahre lang deutlich angehoben und nun sagen Sie, wir senken sie in der ersten Klasse. Es glaubt Ihnen keiner, dass Sie das ernst meinen.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Abgeordneter, darf ich einmal daran erinnern, wie das Thema heißt?

Dirk Kienscherf (fortfahrend): Aber immer doch.

(Beifall bei der CDU und Zurufe von der CDU)

Das ist wie in der Aktuellen Stunde, es geht um die Benachteiligung und die Vernachlässigung von Kindern und es geht auch darum, inwieweit man sich bei der Beratung im Ausschuss einbringt. Da ist es verwunderlich, dass die Grünen nachgefragt und dass wir nachgefragt haben. Die einzige Fraktion, die immer geschwiegen hat, war die CDU. Herr von Frankenberg, ich habe von Ihnen im Ausschuss nicht einen Redebeitrag gehört. Das zeigt eindrucksvoll, wie wichtig Ihnen das Thema ist.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL*)

U-Untersuchungen sind ein wichtiges Thema, kein Allheilmittel, aber sie müssen kommen. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Personalbemessung bei den Allgemeinen Sozialen Diensten. Auch darauf haben Sie bis heue keine Antwort gefunden. Es ist richtig, Frau Senatorin, und wir haben es auch gar nicht bestritten, dass Sie alle vakanten Stellen aufgefüllt haben,

(*Harald Krüger CDU*: Na, also! – *Christiane Blömeke GAL*: Es sind immer noch sechs Stellen frei!)

auch wenn dies erst nach einem gehörigen Druck passiert ist. Herr Hesse, bevor Sie jetzt gleich wieder ausflippen, will ich Ihnen das ganz deutlich sagen: Ihre Senatorin war es, die am Anfang gesagt hat, alles ist gut bei den Allgemeinen Sozialen Diensten. Sie musste auch erst einmal dazu getrieben werden, dass sie überhaupt handelt. Auch das ist die Wahrheit.

Wir brauchen eine Personalbemessung beim ASD, die es ermöglicht, diese aufsuchende Arbeit wahrzunehmen. Auch für uns sind U-Untersuchungen allein kein Allheilmittel, wir brauchen auf jeden Fall aufsuchende Mitarbeiter des ASD. Diese aufsuchende Arbeit kann zurzeit nicht geschehen und wir vertun damit die Chance, den Kindern wirksam zu helfen. Sie sind nach wie vor nicht tätig gewesen, das ist ein Riesenfehler, Frau Senatorin, und wir hoffen, dass sich das mit dem 24. Februar in dieser Stadt ändern wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei *Christiane Blömeke GAL*)

Präsident Berndt Röder: Die Abgeordnete Blömeke hat das Wort.

Christiane Blömeke GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Noch ein paar kurze Erwiderungen. Geld ist kurz angesprochen worden – mehr, mehr, mehr. Ich gebe Ihnen Recht, das Problem ist – das teile ich sogar mit Ihnen –, dass Kinderschutz etwas sehr Undankbares ist.

Man investiert am Anfang und es zahlt sich meistens nicht innerhalb einer Legislaturperiode aus. Wenn man jetzt aber so vehement sagt, wir wollen nicht mehr investieren, zeigt das eine gewisse Kurzsichtigkeit. Uns allen ist klar, dass sich das, was wir am Anfang investieren, auf jeden Fall später auszahlt.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Manchmal auch gar nicht, Frau Blömeke! – Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz. – Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Frau Blömeke, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Heinemann?

Christiane Blömeke (fortfahrend): Nein, ich war gerade beim Thema Kinderschutz, Herr Heinemann, ich weiß nicht, was Sie dazu beitragen möchten.

(Zuruf von der CDU: Hören Sie es sich doch an!)

Es geht grundsätzlich darum, diese frühen Investitionen zu tätigen, damit wir – deswegen ist es auch nicht zwangsläufig ein Mehr – später einsparen. Wenn Sie sich dazu entscheiden, Kinderschutz bewusst und aktiv zu betreiben und die Familienhebammen zum Beispiel zu fördern oder im Kita-Bereich Ganztagsplätze auszubauen, dann ist das natürlich ein aktiver Schritt, den wir später einsparen.

Ich möchte daran erinnern, dass Frau Koop, Frau Veit und ich vor Kurzem in Billstedt auf einer Veranstaltung waren. Das möchte ich zum Thema Kita-Politik sagen.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Was wollten Sie da?)

– Was wir da wollten, Herr Hesse? Es fand ein Treffen aller Kita-Leiter der Hamburger Vereinigung statt, die uns voller Frustration ihre Situation geschildert haben, weil Ihr so tolles Gutscheinsystem in diesen sozialen Brennpunkten überhaupt nicht funktioniert. Wenn Frau Koop sich jetzt melden würde, müsste sie es bestätigen.

(*Karen Koop CDU*: Warum? – *Michael Neumann SPD*: Sie bekommt gerade ein Signal vom Senat, dass sie nicht reden darf!)

Es ist eine schiere Katastrophe, was dort passiert. Kinder aus den Familien, die zu Hause nicht aufgefangen werden, kommen nicht in die Kita, bevor sie drei Jahre alt sind. Ab mittags sind sie wieder zu Hause, sind also für maximal vier bis fünf Stunden in der Kita. Dann setzt das Desaster ein. Wenn sie in die Schule kommen, sind sie völlig aus dem Blickfeld der Kita und aus dem Hortbereich, weil sie auch kein Anrecht auf einen Hortplatz haben. Die Erzieherinnen und Kita-Leiterinnen – die beiden Kolleginnen stimmen mir sicherlich zu –, hoch engagierte Leute, waren gefrustet, dass sie diesen Kindern nicht weiter helfen konnten. Sie haben versucht, in mehreren Gesprächen eine Änderung herbeizuführen. Ich muss noch einmal auf Herrn von Frankenberg und die Senatorin eingehen, die immer sagen, Hamburg ist vorbildlich, was das Kita-Gutscheinsystem angeht. Ich bezweifle, dass Sie vor Ort sind und sich wirklich anhören, was Erzieherinnen und Erzieher sagen, und dass Sie irgendeine Podiumsdiskussion besuchen, bei der ihnen direkt geschildert wird, wie die Situation ist. Hamburg ist bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglicherweise führend, aber das ist nur ein Teil der Kinder. Der weitaus größere Teil der Kinder braucht unsere Hilfe. Das sind häufig Kinder nicht berufstätiger Eltern. Bei Ihnen

C

D

A Klappt im Kinderschutz nach wie vor eine Riesenlücke. Die werden Sie nicht schließen können, wenn Sie nicht endlich aktiv etwas dazu beitragen und sagen, ja, hier müssen wir handeln. Das ist bislang nicht zu hören gewesen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr von Frankenberg.

(Dr. Andreas Dressel SPD: Jetzt kommt der Terrier!)

Egbert von Frankenberg CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kienscherf, zu Ihrer Rede kann ich nur sagen: Schade, dass so wenig Zuhörer da waren. Wenn Sie das als sachlich empfunden haben, dann möchte ich Sie nicht erleben, wenn Sie es selbst als unsachlich empfinden.

(Beifall bei der CDU)

Mehr möchte ich dazu nicht sagen, denn inhaltlich war das sehr stark am Thema vorbei.

Frau Blömeke, Sie haben Bergedorf angesprochen. Bergedorf hat sogar mehr Stellen, als man dort nach dem Sollplan haben sollte. Das geht auch aus der Drucksache hervor. 14,68 Stellen sind es im Soll und Bergedorf hat fast 20 Stellen.

(Christiane Blömeke GAL: Ne, ne, übertreiben Sie mal nicht!)

Infofern ist die veränderte Struktur durchaus berücksichtigt.

Bei den Allgemeinen Sozialen Diensten hat nur der Bezirk Hamburg-Mitte mit seinen diversen Fremdnutzungen Sorge gemacht. Dort könnten Sie als Rotgrün zeigen, wie Ihnen der Kinderschutz am Herzen liegt. Aber nun hat der Bezirk mittlerweile versprochen, dass man es dort besser machen will. Infofern ist das vielleicht auf einem guten Weg.

(Beifall bei der CDU – Christiane Blömeke GAL: Es gibt immer noch sechs vakante Stellen!)

Es fällt insgesamt auf, dass es Ihnen gar nicht um Wirksamkeit geht, sondern im Endeffekt nur um Außenwirkung und Selbstdarstellung, um mehr nicht.

(Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Veit.

Carola Veit SPD: Herr von Frankenberg, Jessica ist fast drei Jahre tot. Andere Länder haben inzwischen verbindliche U-Untersuchungen. In anderen Ländern bekommen die Kinder ihre Chance, untersucht zu werden. In Hamburg bekommen sie diese Chance nicht und das ist Ihr Versagen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Wenn keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Zunächst stelle ich fest, dass die Bürgerschaft von der Drs. 18/7920 Kenntnis genommen hat.

Nun zum Bericht des Familien-, Kinder- und Jugendaus-

schusses aus der Drs. 18/7922.

C

Wer der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 91, Antrag der CDU-Fraktion: Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010", hier: Platz der Republik – Aufwertung des Entrees zum Altonaer Theater und zum Altonaer Museum.

[Antrag der Fraktion der CDU:
Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010"
hier: Platz der Republik – Aufwertung des Entrees zum Altonaer Theater und zum Altonaer Museum
– Drs. 18/7831 –]

Hierzu liegt Ihnen als Drs. 18/7967 ein Antrag der SPD-Fraktion vor.

[Antrag der Fraktion der SPD:
Investitionsfonds des Sonderinvestitionsprogramms "Hamburg 2010"
hier: Platz der Republik – Grundüberholung und Aufwertung des Entrees zum Altonaer Theater und zum Altonaer Museum
– Drs. 18/7967 –]

Die Debatte entfällt einvernehmlich und wir kommen zur Abstimmung.

D

Zunächst zum SPD-Antrag aus der Drs. 18/7967. Wer diesen annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Wer dem CDU-Antrag aus der Drs. 18/7831 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

(Bernd Reinert CDU: Kriegen wir jetzt wieder eine Koalitionsdebatte?)

Tagesordnungspunkt 4, Große Anfrage der Fraktion der CDU: Die Bedeutung des Forschungsvorhabens CliSAP für Hamburg als Spitzenstandort der Klimaforschung.

[Große Anfrage der Fraktion der CDU:
Die Bedeutung des Forschungsvorhabens CliSAP für Hamburg als Spitzenstandort der Klimaforschung
– Drs. 18/7309 –]

Wer wünscht das Wort? – Herr Beuß und er bekommt es.

Wolfgang Beuß CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Senat der Stadt Hamburg hat sich in seinem Klimaschutzkonzept 2007 bis 2012 explizit für eine Förderung der Klimaforschung in Hamburg ausgesprochen. Hamburg bildet bereits zusammen mit anderen norddeutschen Einrichtungen den größten bundesdeutschen Forschungsschwerpunkt zu Klimaentwicklung und Klimafolgenabschätzung. Universitäre und außeruniversitäre Einrichtungen bilden in unserer Stadt den sogenannten Klima-Campus.

A Ziel der CDU-Bürgerschaftsfraktion ist es, die vorhandenen Potenziale auszuweiten und Hamburg zu einem Spitzenstandort vernetzter Klimaforschung in Deutschland zu machen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Michael Neumann SPD*)

– Nun man nicht so unruhig, Herr Neumann.

Ein erster Schritt in diese Richtung war die Gründung des Zentrums für Marine und Atmosphärische Wissenschaften, in dem heute mehr als 300 Wissenschaftler aus der Universität Hamburg und dem Max-Planck-Institut für Meteorologie mit Wissenschaftlern des GKSS-Forschungszentrums in Geesthacht zusammenarbeiten.

Einen weiteren Meilenstein auf diesem Weg bedeutet die Finanzierung des Deutschen Klimarechenzentrums durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung mit 33 Millionen Euro und durch die Stadt Hamburg mit 26 Millionen Euro. Wesentlich in diesem Verbund ist zudem das interdisziplinäre Klimaforschungsvorhaben CliSAP, mit dem sich Hamburger Wissenschaftler unter Federführung der Universität Hamburg an der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder beteiligen.

(Glocke)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden (unterbrechend): Herr Beuß, bitte entschuldigen Sie die Unterbrechung. Ich kann verstehen, dass auch die Abgeordneten etwas zum Klimaschutz tun wollen und das Klima untereinander stärken wollen, indem Sie viel miteinander reden, aber das könnten Sie draußen tun. Hier hat ausschließlich Herr Beuß das Wort.

B

Wolfgang Beuß (fortfahrend): Mit Schreiben vom 26. Oktober 2007 hat die Deutsche Forschungsgemeinschaft der Universität Hamburg für die Jahre 2007 bis 2012 Mittel in Höhe von bis zu 34 Millionen Euro bewilligt. Auf Hamburg entfallen Kosten in Höhe von insgesamt 8,561 Millionen Euro, verteilt auf die Jahre 2007 bis 2012. Wir halten dies für eine lohnenswerte Investition am Hochschulstandort Hamburg. Mit der Förderung von CliSAP kann der Aufbau des Klima-Campus Hamburg nachdrücklich und nachhaltig vorangetrieben werden. Es ging hier zum Schluss also um sehr, sehr viel Geld.

Ich möchte aus meiner Sicht noch einen anderen Klimaaspekt erwähnen, und zwar das Klima im Wissenschaftsausschuss in den letzten vier Jahren. Wir hatten in dieser Zeit einmal eine Schlechtwetterfront, als es um die Einführung von Studiengebühren ging. Aber ich möchte mich als Vorsitzender dieses Ausschusses an dieser Stelle bei allen Mitgliedern ganz herzlich für diese klimaverträgliche und konstruktive Stimmung in diesem Ausschuss bedanken.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

Auch wenn Heike Opitz und ich uns im Rahmen der Einführung der Studiengebühren kräftigst gefetzt haben, haben wir doch irgendwann wieder zu einem klimaverträglichen Stil miteinander gefunden. Heike, ich wünsche Dir für Deine Zukunft, weil Du nicht wieder kandidierst, alles Gute.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

Das Gleiche gilt für Wolfgang Marx, der auch zu diesem angenehmen Klima im Ausschuss beigetragen hat. Auch ihm wünsche ich alles Gute und danke allen anderen Ausschussmitgliedern für diese klimatisch gute Situation, die wir in diesem Ausschuss hatten. Ich hoffe, dass es auch im nächsten Wissenschaftsausschuss im Interesse der Sache so klimafreundlich weitergeht. – Danke schön.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD und der GAL)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Herr Marx.

Wolfgang Marx SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe mich erkundigt und habe noch 25 Minuten Zeit, eine Generalabrechnung mit der Hochschulpolitik des Senats zu machen,

(*Harald Krüger CDU: Na, denn mal los!*)

aber ich werde doch darauf verzichten.

Die CDU hat die erfolgreiche Fortsetzung der von Rot-grün begonnenen Klimaforschungspolitik angemeldet. Das ist sehr gut, dass diese Politik auch von diesem Senat fortgesetzt wurde. Es gibt viele andere Politikbereiche bei der Hochschulpolitik, die auch eine Anmeldung verdient hätten und nicht so erfolgreich für diese Stadt waren. Ich nenne da nur die Einführung der Studiengebühren, wodurch jetzt knapp 4.000 Studierende an der Universität Hamburg zwangsexmatrikuliert werden. Das ist etwas, das man genauso gut hätte anmelden können und wo man hätte feststellen können, dass eben nicht alles so toll in dieser Stadt läuft.

D

Ich will zum Schluss ein paar versöhnliche Worte zu dem sagen, was im Wissenschaftsausschuss gelaufen ist. Im Wissenschaftsausschuss hat sich insbesondere die CDU-Fraktion dadurch ausgezeichnet, dass sie sich durchaus kommunikativ zur Senatspolitik verhalten hat. Im Haushaltsausschuss kenne ich das ganz anders. Da hat die CDU-Fraktion oft den Charme von Fischen im Aquarium, was die Kommunikation angeht.

(*Kai Voet van Vormizeele CDU: Kommunizieren Sie auch so, oder was?*)

Die CDU im Wissenschaftsausschuss hat manchmal auch sehr energisch an der Seite der beiden anderen Fraktionen im Rahmen ihrer Möglichkeiten für die hochschulpolitische Sache gekämpft. Ich will da nur die HWP-Schließung und auch die Streichpläne bei den geistes- und sozialwissenschaftlichen Studiengängen erwähnen. Wir haben da manches gemeinsam im Interesse der Stadt verhindern können. Bei Ihnen, Herr Beuß, möchte ich mich bedanken, dass Sie meine Hinweise zur Geschäftsordnung regelmäßig mit Gelassenheit ertragen haben und ich wünsche allen, die im Wissenschaftsausschuss wiederkommen, viel Spaß und Erfolg.

(Beifall bei der SPD, der GAL und vereinzelt bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Frau Dr. Opitz.

Dr. Heike Opitz GAL: Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Präsidentin, lieber Wolfgang, lieber Wolfgang kann ich in dem Fall sagen. Es ist tatsächlich meine letzte

C

A Debatte als Abgeordnete. Ich kandidiere nicht wieder. Es freut mich natürlich, dass wir uns heute nicht streiten, sondern ein Thema angemeldet haben, bei dem wir alle einer Meinung sind. Es ist ein großer Erfolg, dass dieser Schwerpunkt im Bereich der Klimaforschung, der unter Rotgrün angefangen worden ist, weitergeführt worden ist. Es ist ein Riesenerfolg, dass die Universität bei der Exzellenzinitiative in diesem Bereich gewonnen hat und wir deswegen auch die entsprechenden Mittel in Hamburg haben werden, um diesen unglaublich wichtigen Bereich fortzuführen. Es freut mich auch, dass das nicht nur auf die Naturwissenschaften beschränkt ist, sondern auch einen starken geistes- und sozialwissenschaftlichen Ansatz hat und dass deswegen auch die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eine Anbindung an das CliSAP beschlossen hat.

Ich möchte noch sagen, dass auch ich die Arbeit im Wissenschaftsausschuss größtenteils klimatisch als sehr gut empfunden habe, gerade angesichts der Tatsache, dass es, als ich in die Bürgerschaft nachgerückt bin, noch eine Beteiligung der Schill-Partei gab und das Klima in der Bürgerschaft unglaublich schlecht war, um nicht zu sagen, teilweise wirklich unterirdisch.

(Michael Neumann SPD: So wie heute in der Aktuellen Stunde, so war es immer!)

– Es war noch viel schlimmer als heute in der Aktuellen Stunde. Wenn man das damals erlebt hat, dann war die Aktuelle Stunde heute relativ harmlos. Der Wissenschaftsausschuss hat sich da immer unterschieden. Wir haben immer sehr stark versucht, fachliche und sachliche Debatten zu führen, auch wenn wir natürlich in vielen Bereichen unterschiedliche Auffassungen haben. Aber deswegen sitzen auch drei Parteien in diesem Parlament, um unterschiedliche Auffassungen und Interessen zu vertreten.

B Ich kandidiere aus persönlichen Gründen nicht mehr. Ich habe in dieser Zeit, seitdem ich in der Bürgerschaft bin, einiges erlebt. Meine Parteifreunde wissen das. Vielleicht interessiert es auch einen Teil der CDU-Abgeordneten: Ich habe promoviert, ich habe ein Referendariat abgeschlossen, ich habe geheiratet und ein Kind bekommen und meinen Berufseinstieg gemacht. Dieser Berufseinstieg ist für mich auch der Hauptgrund zu sagen, dass ich mich darauf konzentrieren werde und deswegen nicht noch einmal kandidiere. – Vielen Dank.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von der Großen Anfrage, Drs. 18/7309 Kenntnis genommen hat.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt 72 der Tagesordnung, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltplan 2007/2008: Finanzierung von Investitionsprojekten aus Verkaufserlösen.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/7608: Haushaltplan 2007/2008 Finanzierung von Investitionsprojekten aus Verkaufserlösen (Senatsantrag) – Drs. 18/7825 –]

Wer der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte

ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig bei Enthaltung angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Das ist nicht der Fall.

Wer den soeben in erster Lesung gefassten Beschluss in zweiter Lesung fassen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen worden.

(Zuruf: Das war einstimmig, Frau Vorsitzende!)

Es war einstimmig bei Enthaltung.

Tagesordnungspunkt 74, Bericht des Haushaltsausschusses: Haushaltplan 2007/2008: "Sonderinvestitionsprogramm Hamburg 2010", 1. Modernisierung des Hamburger Umweltzentrums zum UmwelterlebnisPark Karlshöhe mit den Themenschwerpunkten Natur, Energie und Klimaschutz, 2. Nachbewilligung von Haushaltsmitteln.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 18/7235: Haushaltplan 2007/2008 –

"Sonderinvestitionsprogramm Hamburg 2010" (SIP)

1. Modernisierung des Hamburger Umweltzentrums zum UmwelterlebnisPark Karlshöhe mit den Themenschwerpunkten Natur, Energie und Klimaschutz

2. Nachbewilligung von Haushaltsmitteln

(Senatsantrag)

– Drs. 18/7827 –]

Wer der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den gibt es. Dann wird die zweite Lesung in der morgigen Sitzung durchgeführt.

Tagesordnungspunkt 82 der Tagesordnung, Bericht des Stadtentwicklungsausschusses: 94. Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg sowie 79. Änderung des Landschaftsprogramms einschließlich Arten- und Biotopschutzprogramm für die Freie und Hansestadt Hamburg, Flächen für die Landwirtschaft am östlichen Ortsrand von Wohldorf-Ohlstedt und Gesetz über den Bebauungsplan Wohldorf-Ohlstedt 13, Hoisbütteler Straße.

[Bericht des Stadtentwicklungsausschusses über die Drucksache 18/6843:

94. Änderung des Flächennutzungs-

C

D

A **plans für die Freie und Hansestadt Hamburg (Flächen für die Landwirtschaft am östlichen Ortsrand von Wohldorf-Ohlstedt)**

C

79. Änderung des Landschaftsprogramms einschließlich Arten- und Biotopschutzschutzprogramm für die Freie und Hansestadt Hamburg (Flächen für die Landwirtschaft am östlichen Ortsrand von Wohldorf-Ohlstedt) Gesetz über den Bebauungsplan Wohldorf-Ohlstedt 13 (Hoisbütteler Straße) (Senatsantrag)
– Drs. 18/7855 –]

Wer der Ausschussempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltung? – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Hinsichtlich des Gesetzes über den Bebauungsplan Wohldorf-Ohlstedt 13 aus der Drs. 18/6843 bedarf es einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

- Das ist der Fall. Gibt es Widerspruch aus dem Hause?
- Das ist der Fall. Dann wird die zweite Lesung in der morgigen Sitzung durchgeführt.

Für heute ist die Sitzung beendet. – Danke.

Schluss: 20.14 Uhr

B

D

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Dr. Barbara Brüning, Hans-Christoff Dees, Michael Fuchs, Roland Heintze, Katja Husen und Dr. Andreas Mattner.